G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Christoph Butterwegge und Harald Hudy
Die rechte Herausforderung

Jürgen Ostrowsky
Zum Prozeß der Dekolonisierung im südlichen Afrika

Karl D. Bredthauer
Peking, die CDU/CSU und der Prozeß der Entspannung

Jürgen Räuschel
BASF — Zur Anatomie eines multinationalen Konzerns

Gabriele Sprigath
Die Entwicklung in Kambodscha und die USA

Thomas Neumann
Wissenschaft und Verantwortung

Knut Krusewitz und Gerhard Kade
Die Umwelt-Katastrophe des Hans Magnus Enzensberger
Von den Grenzen literarischer Krisenbewältigung (II)

10'74

Oktober 1974 Einzelheft 5,00 DM Im Abonnement 3,50 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,00 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Oktober 1974

CHRONIK DES MONATS SEPTEMBER 1974 993

KOMMENTARE UND BERICHTE

Die rechte Herausforderung . . *Christoph Butterwegge und Harald Hudy* 996

Zum Prozeß der Dekolonisierung im südlichen Afrika *Jürgen Ostrowsky* 998

Zehnter internationaler Hegel-Kongreß . . . . . *Hans-Bert Reuvers* 1003

HAUPTAUFSÄTZE

Peking, die CDU/CSU und der Prozeß der Entspannung . . . . . *Karl D. Bredthauer* 1006

BASF — Zur Anatomie eines multinationalen Konzerns (mit Anhang: „Die Welt der BASF", Karten und Tabellen) *Jürgen Räuschel* 1017

Die Entwicklung in Kambodscha und die USA . . . . . *Gabriele Sprigath* 1035

Wissenschaft und Verantwortung . . . . . *Thomas Neumann* 1044

Die Umwelt-Katastrophe des Hans Magnus Enzensberger. Von den Grenzen literarischer Krisenbewältigung (II) . . . . . *Knut Krusewitz und Gerhard Kade* 1054

MEDIENKRITIK

Genres und Gebrauchswert (4: Le Louche) . . . . . *Günter Giesenfeld* 1079

BÜCHER

Kurzrezensionen: Bücher von Jean Saint-Geours, Johannes Schlemmer, Daniel Frei, Alfred Bönisch/Wolfgang Steinke, Udo Bermbach, Klaus Bolz/Peter Plötz 1080

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 1083

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Aufruf zum Kongreß für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit am 7. Dezember 1974 in Bad Godesberg (Wortlaut) 1084

Manifest gegen Berufsverbote und Sondergesetz des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) (Wortlaut) 1088

Beschäftigungsrückgang in der BRD von 1962 bis 1972 durch technischen und strukturellen Wandel (Tabelle) 1090

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Neunzehnter Jahrgang · Heft 10/1974

Herausgeber

HILDE BENTELE †
WILFRIED FRHR. V. BREDOW
GERHARD GOLLWITZER †
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL

KNUT NEVERMANN
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER †

HELMUT RIDDER
ROBERT SCHOLL †
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF †

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats September 1974

1. 9. — Arabische Liga. Generalsekretär Mahmoud Riad eröffnet am Sitz der Organisation in Kairo eine Außenministerkonferenz der 20 Mitgliedstaaten. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen die Vorbereitung einer afrikanisch-arabischen Gipfelkonferenz (zusammen mit der Organisation für die Afrikanische Einheit) sowie die Ausarbeitung einer einheitlichen Politik für die bevorstehende UN-Generalversammlung in New York.

2. 9. — KSZE. Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa setzt nach einer längeren Sommerpause (26. 7. — 2. 9.) die zweite Verhandlungsphase in Genf fort.

3. 9. — UdSSR/BRD. Anläßlich des dritten Jahrestages der Unterzeichnung des „Vierseitigen Abkommens" vom 3. September 1971 schreibt das sowjetische Parteiorgan „Prawda", bei der Analyse der Erfüllung dieses Abkommens komme man nicht umhin, jenen Beobachtern rechtzugeben, die auf die inkonsequente und widersprüchliche Haltung einiger Politiker in der Regierungskoalition in der BRD sowie der Führer des Westberliner Senats hinweisen. Die Errichtung des Umweltbundesamtes in Westberlin habe ernsthafte Besorgnis und Beunruhigung hervorgerufen. Verbindungen zwischen Westberlin und der Bundesrepublik seien nur zulässig, „sofern sie nicht der Grundfeststellung des Abkommens widersprechen, derzufolge diese Stadt nicht Teil der BRD ist". Jeder Versuch, „die Bestimmung des Abkommens in einem erweiternden oder irgendeinem anderen Sinne einseitig und willkürlich zu interpretieren", bedeute „eine Störung der hergestellten Balance". — Vom 15.—16. 9. hält sich der sowjetische Außenminister Gromyko im Rahmen einer Konsultationsvereinbarung in Bonn auf. Gesprächspart-

ner Gromykos sind Außenminister Genscher und Bundeskanzler Schmidt. Auch Bundespräsident Scheel empfängt den Minister. Zu den Themen der Konsultation gehört der für Herbst 1974 geplante Besuch von Bundeskanzler Schmidt in Moskau. Gromyko und Genscher treffen später am Rande der UN-Generalversammlung in New York noch einmal zusammen.

4. 9. — USA / DDR. Im amerikanischen Außenministerium unterzeichnen Unterstaatssekretär Arthur Hartmann (USA) und Botschafter Herbert Süß (DDR) ein Protokoll. In einem gemeinsamen Kommunique werden die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und der Austausch von Botschaftern bekanntgegeben. Weiter heißt es: „Beide Delegationen führten ferner einen Meinungsaustausch über die künftigen Entwicklungen der Beziehungen zwischen beiden Staaten. Es wurde vereinbart ... in naher Zukunft über die Regelung von Ansprüchen und anderen finanziellen Fragen, die zwischen ihnen bestehen, zu verhandeln."

8. 9. — USA. Präsident Ford erläßt eine Generalamnestie für den ehemaligen Präsidenten Nixon im Zusammenhang mit der Watergate-Affäre. Die Begnadigung gilt nach dem in Washington veröffentlichten Text „für alle Vergehen, die er, Richard Nixon, während des Zeitraumes vom 30. Januar 1969 (Amtsantritt) bis zum 9. August 1974 (Rücktritt) gegen die Vereinigten Staaten begangen hat oder begangen haben mag oder an denen er beteiligt war". — Am 16. 9. nimmt Präsident Ford auf einer Pressekonferenz in Washington zu Meldungen Stellung, der amerikanische Geheimdienst habe während der Regierungszeit Allendes die Opposition in Chile finanziell unterstützt. Ford erklärt, Geldzuwendungen seien an Zeitungen und andere Massenmedien sowie an oppositionelle Parteien und Organisationen geleistet worden. Die Transaktionen hätten unter Kontrolle einer Kongreßkommission stattgefunden.

— Moçambique. Vertreter Portugals und der Unabhängigkeitsbewegung Frelimo einigen sich in Lusaka (Sambia) auf den Text eines Vertrages, der die Unabhängigkeit für die bisherige Kolonie nach entsprechenden Übergangsregelungen vorsieht. Nach Bekanntwerden des Vertrages kommt es in Lourenco Marques, der Hauptstadt von Moçambique, zu einem Aufstand weißer Siedler, der jedoch schon nach wenigen Tagen zusammenbricht. — Am 19. 9. übernimmt ein Übergangskabinett unter dem Frelimo-Vertreter Joaquim Chissano die Regierungsgewalt in Lourenco Marques.

10. 9. — Guinea-Bissao. Der portugiesische Staatspräsident General Spinola unterzeichnet in Lissabon die Unabhängigkeitsurkunde von Guinea-Bissao, die der Vertreter der Partei für die Unabhängigkeit von Guinea-Bissao und der Kapverdischen Inseln (PAIGC), Major Pedro Pires, in Empfang nimmt (vgl. „Blätter", 9/1974, S. 882).

12. 9. — Äthiopien. Das „Koordinationskomitee der Streitkräfte" verfügt die Absetzung von Kaiser Haile Selassie. Der in der Schweiz lebende Kronprinz Asfa Wossen wird von den Streitkräften aufgefordert, nach Äthiopien zurückzukehren und an die Spitze einer konstitutionellen Monarchie zu treten. Senat und Repräsentantenhaus werden aufgelöst und die Verfassung aus dem Jahre 1948 außer Kraft gesetzt.

14. 9. — EG. Auf Einladung von Staatspräsident Giscard d'Estaing (Frankreich führt gegenwärtig den Vorsitz in den Europäischen Gemeinschaften) treffen sich die Regierungschefs der Mitgliedstaaten in Paris zu einem Arbeitsessen. Das Treffen, an dem auch der Präsident der EG-Kommission Ortoli teilnimmt, wird als „privat" bezeichnet, ein Kommuniqué nicht veröffentlicht.

17. 9. — UNO. In New York beginnt die 29. Generalversammlung der Vereinten Nationen, zu deren Präsidenten der algerische Außenminister Abdul Aziz Bouteflika gewählt wird. Die Delegierten stimmen den Aufnahmeanträgen der Volksrepublik Bangladesch, Republik Guinea-Bissao und der Karibischen Insel Grenada zu; die Organisation zählt damit 138 Mitglieder. An der Generaldebatte, mit der die Versammlung eingeleitet wird, beteiligen sich u. a. der amerikanische Präsident Ford, der sowjetische Außenminister Gromyko, Bundesaußenminister Genscher (die BRD stellt einen der 17 Vizepräsidenten) sowie der amtierende DDR-Außenminister Fischer.

18. 9. — Abrüstung. Die seit dem 19. März 1974 unterbrochenen „Strategic Arms Limitation Talks" (SALT) werden in Genf wieder aufgenommen. Delegationsleiter sind weiterhin Botschafter Alexis John-

son (USA) und der stellvertretende Außenminister Semjonow (UdSSR). — Am 29. 9. werden die Truppenabbau-Gespräche in Wien nach einer Sommerpause (17. 7. — 24. 9.) fortgesetzt.

— BRD/Jemen. Die Bundesrepublik und die Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen) geben die Wiederaufnahme ihrer diplomatischen Beziehungen und den Austausch von Botschaftern bekannt. Die Bundesrepublik hatte im Juli 1969 mit dem Abbruch der Beziehungen auf die Anerkennung der DDR durch Südjemen reagiert.

19. 9. — BRD / Finnland. Bundesaußenminister Genscher und der finnische Außenminister Ahti Karjalainen unterzeichnen in Bonn eine „Gemeinsame Erklärung der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland", in der beide Seiten die Verpflichtung übernehmen, sich in ihren gegenseitigen Beziehungen der Drohung mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt zu enthalten. Punkt III der Erklärung lautet: „Unter Bezugnahme auf den erklärten Willen Finnlands, außerhalb der gegensätzlichen Interessen der Großmächte zu bleiben, erklärt die Bundesrepublik Deutschland, daß sie Finnlands Absicht respektiert, seine Neutralitätspolitik zu verfolgen. Die Bundesrepublik Deutschland würdigt Finnlands Bemühungen, auf dieser Grundlage freundschaftliche Beziehungen und friedliche Zusammenarbeit mit allen Staaten und besonders mit seinen Nachbarn sowie den Staaten im Ostseeraum zu entwickeln."

20. — 21. 9. — USA/UdSSR. Der sowjetische Außenminister Gromyko, der sich anläßlich der UN-Generalversammlung in den Vereinigten Staaten aufhält, führt in Washington Gespräche mit Präsident Ford, an denen auch Außenminister Kissinger und der sowjetische Botschafter Dobrynin teilnehmen. Gromyko setzt seinen Meinungsaustausch mit Kissinger, der im Oktober in Moskau erwartet wird, später in New York fort. Ein amerikanischer Sprecher nennt als Themen die Lage im Nahen Osten, die KSZE, die Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Rüstungen (SALT) sowie das Zypernproblem.

21. 9. — Naher Osten. Ägypten und Syrien anerkennen die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) als die einzige legitime Interessenvertretung aller arabischer Palästinenser. Ein entsprechendes Kommuniqué wird nach einer Konferenz der Außenminister Fahmi (Ägypten) und Khaddam (Syrien) mit dem PLO-Delegierten Faruq al-Quaddumi in Kairo veröffentlicht.

25. 9. — RGW/EG. Der Generalsekretär des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, Nikolai Fadejew, lädt den Präsidenten der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Francois-Xavier Ortoli, zu einem Besuch nach Moskau, dem Sitz des RGW-Sekretariats ein. Die Einladung ist in einem Brief enthalten, dessen Eingang aus Brüssel gemeldet wird.

27. 9. — DDR. Die Volkskammer beschließt Änderungen der Verfassung vom 6. April 1968, die zum 25. Jahrestag der DDR (am 7. Oktober 1974) in Kraft treten sollen. In der neuen Präambel heißt es u. a.: „In Fortsetzung der revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterklasse hat das Volk der DDR in Übereinstimmung mit den Prozessen der geschichtlichen Entwicklung unserer Epoche sein Recht auf sozialökonomische , staatliche und nationale Selbstbestimmung verwirklicht und gestaltet die entwickelte sozialistische Gesellschaft." Die Wahlperiode der Volkskammer wird von vier auf fünf Jahre verlängert und entspricht damit dem Zeitraum eines Fünfjahrplanes.

30. 9. — Portugal. Staatspräsident General Spinola tritt zurück. Zum Nachfolger beruft die „Bewegung der Streitkräfte" den Chef des Generalstabes, Francisco da Costa Gomes, der seinen bisherigen Posten beibehält. Costa Gomes bestätigt Ministerpräsident Goncalves im Amt. General Spinola begründet seinen Rücktritt mit der innenpolitischen Krise, die am 28. 9. zum Verbot einer (zunächst von Spinola gebilligten) Massenkundgebung in Lissabon geführt hatte. Vor der Presse in Straßburg gibt Außenminister Soares (Sozialistische Partei) eine Darstellung der Ereignisse. Soares erklärt, die geplante Demonstration habe von „demokratiefeindlichen Kräften" ausgenutzt werden können. Die Reaktion im Lande verfüge weiterhin über Einfluß und beträchtliche Geldmittel. Die Kommunistische Partei bezeichnet die verhinderte Kundgebung als „konterrevolutionäre Manifestation".

Peking, die CDU/CSU und der Prozeß der Entspannung

Von Karl D. Bredthauer

I

Während in Genf die Beratungen der KSZE über die Prinzipien der friedlichen Koexistenz und die Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa Anfang September in ein definitives Stadium traten, ließ sich der Vorsitzende der CDU, Helmut Kohl, in Peking die „augenblickliche außenpolitische Konzeption" der chinesischen Führung erläutern, die sich nach seinem Eindruck „in folgende Punkte zusammenfassen läßt:

1) Ernste Mahnung an die Westeuropäer, sich zusammenzuschließen und Stärke zu bewahren, um dem Druck Moskaus standhalten zu können.

2) Westeuropa sei vom sowjetischen Expansionsdrang am meisten bedroht, weil der Hauptteil der sowjetischen Streitkräfte im Westen der Sowjetunion und in den Ostblockländern konzentriert sei. Für China hingegen bestehe keine Gefahr eines Angriffs aus dem Norden.

3) Die Bundesrepublik solle ‚Härte' gegenüber der DDR zeigen, da diese in völliger Abhängigkeit von der Sowjetunion stehe und keine ‚eigene Statur' zeige.

4) Die Bundesrepublik solle den Anspruch auf die ‚nationale Identität Deutschlands' nicht aufgeben, das heißt an der Forderung auf Selbstbestimmung und Wiedervereinigung festhalten. In dieser Frage müßten die Deutschen einen ‚langen Atem' haben und auf die Bewegung der Geschichte vertrauen.

5) Die militärische Präsenz Amerikas in Europa, im Pazifik und im Indischen Ozean sei notwendig, um das sowjetische Vordringen zu verhindern; ebenso eine militärische Erstarkung Japans und der westeuropäischen Länder.

6) Die militärische Blockbildung in der Form der NATO sei im Prinzip nicht gutzuheißen, aber unter den gegebenen Umständen notwendig.

7) Die ideologische Kluft zwischen China und der Sowjetunion sei eine von Personen unabhängige Tendenz" [1]).

Ein Statement, das — abgesehen von Nuancen — niemanden aufhorchen lassen würde, wäre es Ausdruck der Auffassungen in Kreisen der NATO oder etwa des CDU-Vorsitzenden bzw. seines CSU-Kollegen persönlich. Niemand würde auf den Gedanken kommen, darin einen Beitrag zur Entspannung — oder womöglich zur Stärkung des Sozialismus — zu vermuten. Helmut Kohl erklärt allerdings, dies sei die augenblickliche außenpolitische Konzeption der Volksrepublik China, also eines sozialistischen Landes, das — zweifellos im Gegensatz zur CDU/CSU — aus einer revolutionären Erhebung hervorgegangen ist und Wert darauf legt, als progressive Kraft anerkannt zu werden, zumindest in der Dritten Welt.

Der Vorsitzende der CDU, einer Partei, deren außenpolitische Doktrinen sich in den vergangenen Jahren weder durch Konstruktivität noch durch Erfolg auszeichneten, verbreitet mit großer Befriedigung den Eindruck, in Peking habe sich unverhofft ein neuer, starker Bündnispartner für die Restauration dessen gefun-

[1]) „Süddeutsche Zeitung" v. 7./8. 9. 1974.

den, was die CDU als „die deutsche Politik" bezeichnet, d. h. der Politik der Konfrontation mit der Sowjetunion, der Offenhaltung territorialer Ansprüche der BRD und ihrer Expansion.

Ihren Ansatzpunkt findet die Spekulation auf ein Bündnis mit China als „Feind unseres Feindes" in der Gegnerschaft zwischen Peking und Moskau. Die unüberschaubaren Unterschiede in der historischen, geographischen, sozialökonomischen und politischen Situation der Bundesrepublik einerseits, der VR China auf der anderen Seite, vor allem aber auch in den Zielvorstellungen und Motivationen einer konservativ-rechtsgerichteten, der Großindustrie verbundenen Partei wie der CDU und der Kommunistischen Partei Chinas, lassen nüchterne Beobachter an der Tragfähigkeit und Dauerhaftigkeit eines gegenwärtig scheinbar naheliegenden „Aktionsbündnisses" gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten zweifeln, von der Frage, ob ein solches Zusammenspiel ratsam sei, ganz abzusehen.

Es kann hier nicht der Ort sein, die Revolutionstheorie oder auch nur die außenpolitische Doktrin der KPCh und der VR China zu erörtern. Offenkundig ist, daß sie sich in den vergangenen etwa 15 Jahren in zunehmendem Widerspruch zur Politik der Sowjetunion entwickelt hat und daß dieser Gegensatz zur Zeit zu einem bestimmenden Element chinesischer Politik geworden ist. Dabei hat es eine Reihe von Modifikationen, Schwankungen, unvermuteten Wendungen gegeben, die hier im einzelnen nicht nachgezeichnet werden können. Standen am Beginn der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion Zweifel an der Möglichkeit einer Politik friedlicher Koexistenz, an der Vermeidbarkeit von Krieg und Bürgerkrieg im revolutionären Prozeß, auch an der Prinzipienfestigkeit der sowjetischen Politik gegenüber den Westmächten, ging es Peking also anfangs um die „Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung" [2]), so entwarf der stellvertretende chinesische Ministerpräsident Teng Hsiao-ping jüngst vor der Rohstoff- und Entwicklungskonferenz der UNO (9. April — 2. Mai 1974) das völlig neue Bild einer Welt, in der das sozialistische Lager überhaupt nicht existiert. Der Ersten Welt, unter die USA und Sowjetunion — also die Hauptmächte der beiden entgegengesetzten Weltsysteme — gleichermaßen subsumiert werden, stehen Teng Hsiao-ping zufolge die Dritte Welt und eine — früher als „zweite Zwischenzone" firmierende — kapitalistische und sozialistische Industriestaaten zusammenfassende Zweite Welt in vereinter Gegnerschaft gegenüber. Dies Schema, in deutlicher Nachbarschaft zu westlichen Theorien vom Nordsüdkonflikt bzw. vom Gegensatz zwischen Industrie- und Agrar-Rohstoffländern als neuem Hauptwiderspruch unserer Zeit, ist eine Weiterentwicklung der „Supermächte"- und „Zwischenzonentheorien", deren Abstraktion von sozialökonomischen Fakten sogar eine klassenanalytisch nicht sonderlich ambitionierte Zeitung wie die „Frankfurter Allgemeine" zu dem Ausruf veranlaßt: „Sind alle Schottenwände zwischen Gesellschaftsordnungen schon stillschweigend hochgezogen, oder werden sie es bald sein, und wird es nur noch die horizontale Scheidelinie geben?" [3])

Akuter scheint allerdings die Untersuchung der Frage, ob und inwieweit Peking, nachdem es eine offenbar ursprünglich erstrebte Führungsrolle innerhalb des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung bisher nicht erringen konnte, und angesichts der Schwierigkeiten, auf die es bei allen partiellen Erfolgen weiterhin mit seinem Versuch stößt, in der Dritten Welt als deren integraler Bestandteil und Mentor anerkannt zu werden, heute auf ein längerfristiges Zusammengehen mit westlichen Kreisen gegen die — auf dem

[2]) „Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung" hieß ein zentraler Artikel der KPCh vom 14. 6. 1963 in der Polemik mit der KPdSU.
[3]) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 25. 4. 1974.

IX. Parteitag der KPCh 1969 zum derzeitigen Hauptfeind deklarierte — Sowjetunion setzt.

II

Unverkennbar ist, daß die gegenwärtig in einer Reihe zentraler Fragen der internationalen Politik von der VR China eingenommenen Positionen deutlich abweichen von den Prioritäten, über die unter den verschiedensten progressiven Kräften nicht nur in Europa weitgehend Konsens besteht: Festigung der Entspannung, Schritte zur Abrüstung, friedliche Koexistenz und Kooperation, Unantastbarkeit der Grenzen, Ächtung von Krieg und Gewaltandrohung, Auflösung der Militärblöcke, Abzug ausländischer Truppen und Stützpunkte, Zurückdrängung der Rechtskräfte als der politischen Repräsentanten des Rückschritts, der Kriegsgefahr, der reaktionärsten Industriekreise, besonders des sogenannten militärisch-industriellen Komplexes.

Die maßgeblich Rolle, die die Sowjetunion im Prozeß der Entspannung naturgemäß — sowohl aufgrund ihrer geographischen Lage und politischen Bedeutung, wie auch angesichts ihrer traditionellen Orientierung an einer Politik der friedlichen Koexistenz — spielt, ist offenbar für China zum Anlaß geworden, seinerseits von langezeit vertretenen antiimperialistischen Forderungen soweit abzurücken, daß gegenwärtig beunruhigende Übereinstimmungen mit Positionen der Entspannungsgegner in Erscheinung treten. In dem Maße, in dem Gegnerschaft zur Sowjetunion zu einem bestimmenden Element der chinesischen Außenpolitik geworden ist, verkehrte sich die früher auch von Peking vertretene Ablehnung der NATO als eines imperialistischen Militärblocks, der USA als der größten und gefährlichsten Macht des Imperialismus, der EWG als eines Kartells der Konzerne und einer Metropole des Neokolonialismus in vehemente Befürwortung der NATO, der EWG und der globalen militärischen und politischen Präsenz der USA. Dies alles insoweit, als davon gegen die Sowjetunion gerichtete Wirkungen erwartet werden.

Dem bis in die jüngste Zeit hinein China gegenüber geradezu hysterischen Antikommunismus in den USA, die z. B. bis 1971 der VR China ihren Platz in der UNO verwehrten, entsprach lange Zeit eine äußerst scharfe antiamerikanische Tonart in Peking (wo bekanntlich alle Versuche der Sowjetunion, die Beziehungen zu Washington auf die Grundlage der friedlichen Koexistenz zu stellen, als Verrat am Marxismus und Supermächte-Kollaboration bezeichnet wurden). Eine Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Washington und Peking ist nach alledem überfällig. In den Vereinigten Staaten ist die Neuorientierung der Chinapolitik allerdings begleitet worden von Kalkulationen, Elemente der gegenwärtigen Politik Pekings würden sich in das globale Konzept der USA, um das angesichts des schrumpfenden internationalen Spielraums der amerikanischen Nachkriegsstrategie seit Jahren erbittert gerungen wird, einbeziehen lassen und Washingtons weltpolitischen Manövrierraum wieder erweitern.

Seit dem Nixon-Besuch im Februar 1972 kehren Besucher der verschiedensten politischen Couleur aus Peking mit der übereinstimmenden Nachricht zurück, China trete für die globale Präsenz der USA, vor allem für US-Truppen in Westeuropa, ein. „Sie wollen nicht, daß die Vereinigten Staaten den pazifischen Raum oder irgendeine andere Region der Welt verlassen. Sie meinen, daß die Anwesenheit ein Garant des Friedens und der Stabilisierung ist und der Abzug der Ver-

einigten Staaten zum Verlust der Stabilität in der Welt führen würde", berichtete Gerald Ford, der heutige Präsident der USA, im März 1972 nach Gesprächen mit Chou En-lai und anderen chinesischen Politikern [4]). „Europa hat jedes Interesse daran, daß der amerikanische Kernwaffenschirm erhalten bleibt", erfuhr im Dezember 1972 eine französische Parlamentariergruppe von einem führenden chinesischen Funktionär [5]). Und Helmut Kohl konnte nach seiner Rückkehr aus Peking knapp und bündig erklären: „China ist nicht daran interessiert, daß die Amerikaner sich aus Europa über den Atlantischen Ozean zurückziehen" [6]).

Das Bekenntnis zur fortdauernden Anwesenheit amerikanischer Truppen in Westeuropa ist für die CDU/CSU und für alle der NATO-Doktrin verbundenen Kräfte bekanntlich eine strategische Schlüsselfrage. Die US-Präsenz gilt sozusagen als das Scharnier der NATO. Jede Lockerung wird hier als vitale Gefahr für die Fortsetzbarkeit der bisherigen „Europa-Politik" und „Deutschland-Politik" eingeschätzt, wie umgekehrt die unverhoffte Rückendeckung aus Peking den Entspannungsgegnern als Beitrag zur Stabilisierung ihrer fraglich gewordenen Positionen hoch willkommen ist.

NATO

„Was die NATO betrifft", berichtet Helmut Kohl, „so ist in Peking großes Verständnis für die amtliche deutsche Politik festzustellen, die die CDU/CSU nachdrücklich unterstützt. Es ist von großer Bedeutung, daß die Regierung der Volksrepublik China die NATO für eine Grundvoraussetzung vernünftiger Politik hält" [7]).

Das ist, wenn der CDU-Vorsitzende sich nicht gründlich verhört hat, eine schallende Ohrfeige für alle, die sich für eine Überwindung der Adenauer-Doktrinen des Kalten Krieges eingesetzt und u. a. mit der Durchsetzung der Ostverträge Voraussetzungen dafür haben schaffen helfen, daß an die Stelle der Blockkonfrontation mit der schrittweisen Auflösung von NATO und Warschauer Pakt ein vernünftiges System der gesamteuropäischen Sicherheit und Zusammenarbeit wird treten können.

Unverständnis zeigte der stellvertretende chinesische Außenminister Chiao Kuan-hua auch, als Kohl über den wachsenden Widerstand der betroffenen Bevölkerung gegen die Stationierung amerikanischer Luftwaffeneinheiten klagte; mit den Worten „Besser Lärm als Tod" desavouierte Chiao Kuan-hua derartige Bürgerinitiativen [8]).

Blockbildung in Westeuropa

Die gleiche Verständnislosigkeit für wichtige Forderungen und Aktivitäten der breiten Öffentlichkeit in der Bundesrepublik und mehr noch in anderen westeuropäischen Ländern spricht aus der entschiedenen Unterstützung, die Chinas Politik neuerdings den Plänen für eine ökonomisch-politische und sogar militärische Blockbildung in Westeuropa zuteil werden läßt. Ignoriert wird dabei die offene Ablehnung der EG durch die Bevölkerung mehrerer betroffener Länder, aber auch die z. B. unter den Mitgliedsgewerkschaften des EGB verbreitete Haltung, wonach eine ökonomische Integration in Westeuropa zwar notwendig, die

4) „U.S. News & World Report" v. 13. 3. 1972.
5) „Le Monde" v. 10./11. 12. 1972.
6) Interview, „Die Welt" v. 19. 9. 1974.
7) Interview, „Die Welt" v. 19. 9. 1974.
8) „Die Welt" v. 7. 9. 1974.

EG in ihrem heutigen Zustand aber ein Kleineuropa der Konzerne sei, das erstens demokratisiert werden müsse, sich zweitens nicht gegen eine gesamteuropäische Kooperation abkapseln und drittens keinesfalls ein neuer Militärblock werden dürfe.

Im Januar 1973 stellte Ministerpräsident Chou En-lai in einem Gespräch mit dem italienischen Außenminister, Giuseppe Medici, fest: „China unterstützt enthusiastisch den Prozeß der Konsolidierung der EWG". Er fügte die Aufforderung hinzu, sie „müßte nicht nur die wirtschaftliche Tätigkeit, sondern auch politische und militärische Aktionen umfassen" [9]). Im August 1973 betonte Chou einer niederländischen Parlamentariergruppe gegenüber erneut die „Notwendigkeit der militärischen Integration Westeuropas" [10]).

Während die chinesische Hinwendung zur EWG/EG in ihrer ersten Etappe damit begründet worden war, durch die westeuropäische Integration entstehe ein neuer, von USA und UdSSR gleichermaßen unabhängiger Faktor in der Weltpolitik — entsprechend also den Theorien über die „Supermächte" und die „zweite Zwischenzone" —, berichtete Harry Hamm Anfang 1973 über ein „neues Moment": „Zum erstenmal erwähnte Peking die positive Rolle, die eine der Supermächte, nämlich Amerika, bei der Stärkung der westeuropäischen Einheit spielen könnte" [11]).

Hier schließt sich der Kreis, der von der Hoffnung, Westeuropa lasse sich zu einem Hebel gegen die Sowjetunion formen, über die Befürwortung amerikanischer Truppenpräsenz zur Rechtfertigung der NATO, d. h. der Blockkonfrontation geführt hat. Mit der gleichen Folgerichtigkeit scheint die Aufmerksamkeit der chinesischen Politik sich, nachdem sie zunächst das gaullistisch-antiamerikanische Frankreich, dann die antisowjetische Regierung Heath/Home in Großbritannien bevorzugt hatte, nunmehr vollends auf die Bundesrepublik zu konzentrieren, als die ökonomisch beherrschende Potenz Westeuropas und als ein Land, in dem Regierung und parlamentarische Opposition übereinstimmend die „Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten" und die NATO als „elementare Grundlage" [12]) ihrer Politik bezeichnen.

„Im langfristigen Interesse der chinesischen Politik", berichtete nach seiner Peking-Reise Helmut Kohl, „liegt eine zügige Entwicklung zugunsten der europäischen Einigung und in diesem Zusammenhang auch eine entsprechend starke Position der Bundesrepublik Deutschland" [13]).

Mit besonderer Genugtuung hat der CDU-Vorsitzende China für politische Zielvorstellungen in Anspruch genommen, deren Urheberschaft die Unionsparteien mit einigem Recht sich selbst zuschreiben und auf die sie zugleich SPD, FDP und Koalitionsregierung nach wie vor einzuschwören bemüht sind: „Die chinesische Regierung", stellte Kohl fest, „unterstützt die beiden zentralen Anliegen der deutschen Politik — die Integration Europas und das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen" [14]).

War Peking noch anläßlich der Verhandlungen zwischen Bonn und Moskau im Jahre 1970 aufgetreten, als gelte es, die DDR gegen einen drohenden Ausverkauf durch die Sowjetunion zu verteidigen, so tritt es, Helmut Kohl zufolge, jetzt auch

9) Zit. in „Journal de Genève" v. 12. 7. 1973.
10) AFP-Meldung v. 22. 7. 1973; vgl. auch „Süddeutsche Zeitung" v. 28. 8. 1973.
11) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 13. 1. 1973.
12) Regierungserklärung Helmut Schmidts v. 17. 5. 1974.
13) Interview, „Die Welt" v. 19. 9. 1974.
14) „Die Welt" v. 13. 9. 1974.

im Verhältnis BRD—DDR „für eine Politik ein, die ohne Abstriche der unsrigen entspricht" [15]). „Es ist wichtig zu wissen", erklärte der CDU-Vorsitzende in Kanton am 12. September der Deutschen Presse-Agentur, „daß Peking die Thesen der DDR von zwei deutschen Nationen und zwei deutschen Staaten ganz entschieden ablehnt." „Wer in der Welt herumhört", kommentierte Kohl selbst, „weiß, das die Frage einer deutschen Wiedervereinigung auch im Lager unserer Freunde mit einiger Skepsis betrachtet wird. Hier brauchen wir viel Unterstützung und Verständnis" [16]).

Die chinesische Schützenhilfe für ein „Offenhalten der deutschen Frage" mit all ihren Konsequenzen wird in der Tat von der äußersten Reaktion als offenes Bündnisangebot aufgefaßt, als Bestätigung einer Interessengemeinschaft in der Gegnerschaft gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten, wie sie Franz Josef Strauß beispielsweise bereits 1968 in seinem Buch „Herausforderung und Antwort" [17]) glaubte voraussagen zu können.

Heute kommt aus Peking die Empfehlung an die Bundesrepublik, „wie Adenauer eine klare, realistische Linie zu verfolgen", rühmen führende chinesische Politiker diesen Exponenten des Kalten Krieges in Europa wegen seiner „weltpolitischen Klarsicht" und rät man seinen Erben zu einem „langen Atem" [18]).

Peking und die deutsche Rechte

„Er sei beeindruckt davon, wie die außenpolitische Position der CDU in China verstanden und gewürdigt werde", und fühle sich „in vielen Einschätzungen der weltpolitischen Lage bestätigt", betonte, der Hamburger „Welt" zufolge, Helmut Kohl nach seinen Begegnungen mit Chiao Kuan-hua und Teng Hsiao-ping, dem stellvertretenden Außenminister und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten in Peking.

Tatsächlich muß es den Führern der deutschen Rechten wie Musik in den Ohren klingen, wenn China das zentrale Rechtfertigungsmuster der CDU-Politik — die „russische Gefahr" — aufgreift und dieser traditionellen Schreckparole damit möglicherweise bei manchen, die keineswegs in die Nähe der CDU-Politik zu geraten wünschen, zeitweilig zu neuem Kredit verhilft. Schlüsselbegriffe und Losungen der Rechten, von denen realistischere westliche Kreise heute abrücken, tauchen neuerdings in der politischen Sprache Pekings auf: die Beschwörung eines „neuen Rapallo" [19]) oder auch eines „globalen München" [20]) im Zusammenhang mit den Ostverträgen, die Helsinkis Neutralitätspolitik diffamierende Warnung vor einer „Finnlandisierung" [21]) Europas, Angstparolen gegenüber der „bis an die Zähne bewaffneten" Sowjetunion, der man nicht trauen dürfe, auch wenn sie „laut vom Frieden rede" [22]).

Entspannung

Die Politik der Entspannung stößt in Peking auf nicht minder vehemente Ablehnung als bei den rechtesten Kreisen der westlichen Politik, so unterschiedlich die

15) Interview, „Die Welt" v. 19. 9. 1974.
16) Interview, „Die Welt" v. 19. 9. 1974.
17) Franz Josef Strauß, Herausforderung und Antwort, Stuttgart 1968, S. 96.
18) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 7. 9. 1974.
19) Vgl. Klaus Mehnert, China nach dem Sturm, Stuttgart 1971, S. 258.
20) „Jen-min jih-pao" v. 18. 9. 1970.
21) Gegenüber französischen Parlamentariern, „Le Monde" v. 10./11. 12. 1972.
22) Artikel der Journalistendelegation, die im Mai 1973 die BRD besuchte und u. a. von F. J. Strauß empfangen wurde, in der „Pekinger Volkszeitung", zit. nach „Die Welt" v. 7./8. 7. 1973.

Motive dieser „Aktionsgemeinschaft" sicherlich sind. In dem bereits erwähnten Bericht einer chinesischen Journalistendelegation vom vergangenen Jahr wird eine „nicht namentlich genannte, aber bekannte Persönlichkeit der westdeutschen Politik", vermutlich Strauß, zustimmend zitiert: „Die Gefahr liegt darin, daß Entspannung, Sicherheit und Frieden starke psychologische Wirkungen haben" [23]). Das ist genau das Klagelied der NATO-Kreise, die „nachlassende Wehrmotivation", „Entspannungseuphorie" und „Verlust des Feindbilds", letztenendes die Einschränkung ihres politischen und finanziellen Spielraums durch die Fortschritte einer Politik friedlicher Koexistenz befürchten.

Es „habe keinen Sinn, von internationaler Entspannung zu reden", erklärte Chiao Kuan-hua vor der 28. Vollversammlung der UNO [24]), solange durch das Fortbestehen des — wie er sich ausdrückte — „sowjetischen und amerikanischen Imperialismus die Gefahr des Krieges gegeben" sei. „Es gibt heute keine Ruhe in der Welt, nur eine Travestie friedlicher Koexistenz." Es fällt schwer, den Unterton von Genugtuung zu begreifen, wenn beispielsweise der Neujahrsartikel 1974 der drei Pekinger Zentralorgane feststellt, „im vergangenen Jahr herrschte in der ganzen Welt große Unordnung", „die Lüge von der sogenannten Entspannung zerplatzte". Das entspricht vollständig jenem bestürzend grobgerasterten Bild der gegenwärtigen Weltlage, das Chou En-lai in seinem „Bericht auf dem X. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas" (erstattet am 24. August 1973) entwarf: „Die gegenwärtige internationale Lage ist durch große Unordnung auf der Erde gekennzeichnet. ‚Nähert sich ein Gewitter vom Berg, pfeift der Wind durch die Burg.' Das beschreibt genau (sic), wie sich die von Lenin analysierten verschiedenen (sic) Grundwidersprüche in der Welt heute zeigen. Die Entspannung ist eine vorübergehende, oberflächliche Erscheinung, die große Unordnung geht aber weiter. Eine solche Unordnung ist etwas Gutes, keineswegs schlecht für die Völker." [25]).

Als eine marxistische Analyse wird so etwas, trotz der Berufung auf Lenin, sicherlich kaum jemand betrachten; wichtiger ist aber wohl, daß eine solche Weltsicht — und die ihr entsprechende Praxis — die verschiedensten Katastrophen-Strategen ermuntern muß. Mit der Metaphorik der „großen Unordnung" und der herannahenden „Gewitter" wird, in abstoßend euphemistischer Weise, Spannungsverschärfung und Krieg geradezu heraufbeschworen. Alle Anstrengungen, dem Ausbruch neuer Kriege vorzubeugen und die friedliche Koexistenz definitiv als Grundlage der internationalen Beziehungen zu verankern, werden als unnütz denunziert, wenn Chou in unbeteiligtem Tonfall die Entspannung zur „vorübergehenden, oberflächlichen Erscheinung" deklariert. (Hoffnung auf ein „Vorübergehen" der unerwünschten Entspannung inspiriert auch die Verzögerungstaktik rechter Kreise auf der KSZE und bei Abrüstungsverhandlungen!)

Diese Art Analyse, deren Tenor sich mit dem unverantwortlicher „Ernstfall"-Ideologen im Westen deckt, kann zur Lösung der Lebensfragen, die die Völker heute bewegen, keinen konstruktiven Beitrag leisten. Im Gegenteil. Sie soll die Ablehnung faktisch aller gegenwärtig zur Diskussion stehenden konkreten Schritte zur Festigung der internationalen Sicherheit und zur Verminderung der Rüstungen rechtfertigen.

KSZE

Gegen das Zustandekommen der KSZE hat Peking sich seit Jahren und noch zu einem Zeitpunkt gewehrt, als Entspannungsgegner in den USA und Westeuropa

[23]) Vgl. Anm. 22.
[24]) Lt. „Süddeutsche Zeitung" v. 4. 10. 1973.
[25]) In: Der X. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas. Dokumente, Peking 1973, S. 25.

die Verhinderung der Konferenz nicht mehr für möglich hielten und auf die Verwässerung ihrer Ergebnisse zu setzen begannen. So bezeichnete 1969 der stellvertretende chinesische Ministerpräsident Li Hsien-nien bei einem Besuch Albaniens die geplante gesamteuropäische Konferenz als „verschwörerischen Plan der sowjetischen Revisionisten", der das Ziel habe, „Osteuropa unter Kontrolle zu bringen" [26]). Auf eklatante Widersprüche scheint es bei dieser Argumentation nicht anzukommen. So schrieb „Jen-min jih-pao" noch am 5. Oktober 1972, im Sinne der Theorie der „beiden Supermächte", die KSZE sei eine „Konferenz über Unsicherheit" und ein „Deckmantel, mit dem die Aufteilung der Einflußsphären zwischen zwei Supermächten getarnt wird." Am 11. Juni 1973 war für die gleiche Zeitung das Wesen der KSZE reduziert auf den Versuch der Sowjetunion, „ihre Einflußsphäre auf Westeuropa auszudehnen"; das Feindbild ist also vollends akzeptabel für Kräfte wie die CDU/CSU, Amerika ist exkulpiert.

Je deutlicher sich mittlerweile abzeichnet, daß die Konferenz in einer Reihe von Fragen zu konkreten gesamteuropäischen Übereinkünften führen wird, desto stärker verlagert sich — wie in westlichen Rechtskreisen — die Pekinger Argumentation heute auf Versuche, die Konferenzergebnisse als nutzlos und irrelevant erscheinen zu lassen. Tatsächlich paßt weder die Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa, wie der Prinzipienkatalog der Konferenz sie enthalten wird, noch der Ausbau der intersystemaren Kooperation zwischen West- und Osteuropa und die mit alldem einhergehende Verminderung der Spannungen in das gegenwärtige außenpolitische Konzept Chinas.

Abrüstung

Durchweg negativ ist die Haltung der chinesischen Regierung bereits seit 1963, als sie das Atomteststoppabkommen [27]) ablehnte, zu den wichtigsten konkreten multilateralen wie bilateralen, Schritten auf dem Gebiet der Abrüstung. Zum Teststoppabkommen schrieb seinerzeit, sicherlich mit Blick auf die eigene Atomrüstung, die „Peking Review" [28]): „Der einzig wirksame Weg zur Beseitigung der Drohung eines atomaren Krieges besteht darin, daß immer mehr kommunistische und andere friedliebende Staaten die Mittel zur nuklearen Selbstverteidigung besitzen." Nach diesem Plädoyer für Proliferation ist die Ablehnung des Kernwaffensperrvertrages durch die VR China nur folgerichtig. Nicht beigetreten ist Peking auch dem Vertrag über das Verbot der Stationierung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden [29]) und der Konvention über das Verbot der Entwicklung, Produktion und Hortung bakteriologischer Waffen und über deren Vernichtung [30]). Als die Sowjetunion im Juni 1971 China die Teilnahme an einer Konferenz der fünf Atommächte vorschlug, lehnte dieses mit der Begründung ab, es werde „an keinen Verhandlungen hinter dem Rücken der nichtkernwaffenbesitzenden Staaten teilnehmen". Andererseits kritisiert Peking aber auch die geplante Weltabrüstungskonferenz im Rahmen der UNO. „Die Chinesen machten bereits klar, daß sie weder an der Konferenz noch an ihrer Vorbereitung teilnehmen werden", und gaben damit, wie die „Frankfurter Rundschau" in einem Bericht anläßlich der Einberufung eines 36-Staaten-Vorbereitungsausschusses durch UN-Generalsekretär Waldheim weiter schreibt [31]), „in

[26]) vgl. „Hsinhua, Daily Bulletin" v. 23. 12. 1969 und „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 3. 12. 1969; zit. nach Uwe G. Fabritzek, Deutschland, China und der sino-sowjetische Konflikt, in: „Internationales Asien-Forum", 2. Jg., H. 3, Juli 1971, S. 335.
[27]) Wortlaut in „Blätter", 8/1963.
[28]) Nr. 33, 1963, S. 14.
[29]) Wortlaut in „Blätter", 3/1971.
[30]) Wortlaut in „Blätter", 5/1972.
[31]) „Frankfurter Rundschau" v. 16. 4. 1973.

Widerspruch zur Haltung der meisten Länder der Dritten Welt" den westlichen Atommächten, die die Konferenz ebenfalls „für unzweckmäßig halten", das Argument in die Hand, eine solche Konferenz sei „unsinnig, wenn China nicht daran teilnimmt".

In Widerspruch zur großen Mehrheit der Mitgliedsstaaten, gerade der Länder der Dritten Welt, setzte sich Peking auch bei einer ganzen Reihe weiterer Entscheidungen der UNO-Vollversammlung zu Fragen der Sicherheit und Abrüstung. Gegen die Entschließung der XXVII. Vollversammlung (1972) über die Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen und über das Verbot des Einsatzes von Kernwaffen stimmte China neben Albanien, Portugal und der Republik Südafrika; an der Abstimmung über die Erklärung über die Festigung der internationalen Sicherheit, bei der lediglich Portugal und Südafrika mit Nein votierten, nahm die chinesische Delegation nicht teil. Nur China und Albanien stimmten im Dezember 1973 gegen die Resolutionen der XXVIII. Vollversammlung über die Reduzierung der Rüstungshaushalte der Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates um 10 % (die BRD und die meisten anderen NATO-Staaten enthielten sich der Stimme [32])). Als der sowjetische Außenminister Gromyko den Vorschlag für eine entsprechende Resolution der Vollversammlung unterbreitet hatte, sprach der chinesische Delegierte Chiao Kuan-hua von „altem Ramsch". „Wir halten es für besser, mit diesen leeren Reden aufzuhören, und zwar schnell" [33]). Das sowjetisch-amerikanische Abkommen über die Verhütung von Atomkriegen vom 22. Juni 1973 [34]) bezeichnete Chiao Kuan-hua im gleichen Zusammenhang als „ ‚ein bloßes Stück Papier', mit dem die beiden Mächte sich in die Angelegenheiten anderer Länder einmischten" [35]).

Wiederum berührt sich die Haltung Chinas mit der bestimmter Kreise in westeuropäischen Ländern, die das Abkommen über die Verhütung von Atomkriegen als eine Infragestellung des amerikanischen „Atomschirms" und als Unterminierung der NATO kritisierten.

III

Die Bilanz der Betrachtung ist wenig beruhigend. Gegenüber der internationalen Strategie der USA, der Aufrechterhaltung der NATO, den Versuchen einer politisch-militärischen Blockbildung im Rahmen der EG und der Schaffung einer westeuropäischen Atommacht ebenso wie gegenüber den Grenzrevisionsansprüchen der deutschen Rechten nimmt die Regierung der VR China heute eine Haltung ein, die den Erwartungen und dem Engagement breitester Kreise der demokratischen Öffentlichkeit schroff zuwiderläuft. Die Ostverträge, der Kampf um ihre Ratifizierung und Verwirklichung, um die Einberufung der gesamteuropäischen Konferenz und ihren erfolgreichen Abschluß, um die Verankerung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz in den Beziehungen zwischen den Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, um die Ausweitung der Entspannung vom politischen auf den militärischen Bereich, um die Einleitung und Realisierung konkreter Abrüstungsschritte, wo immer sich Ansatzpunkte dazu ergeben — diese großen Fragen, die gerade angesichts der Zuspitzung wirtschaftlicher Krisenerscheinungen in vielen westlichen Ländern die Zukunftsüberlegungen der Menschen beschäftigen, weil Lösungen auf den bisherigen Wegen offensichtlich nicht mehr zu erwarten sind, stoßen in Peking auf Unverständnis und Ablehnung. Die Ergeb-

[32]) Wortlaut der Resolutionen in „Blätter", 1/1974.
[33]) „Süddeutsche Zeitung" v. 4. 10. 1973.
[34]) Wortlaut in „Blätter", 7/1973.
[35]) „Süddeutsche Zeitung" v. 4. 10. 1973.

nisse des Kohl-Besuchs zeigen mit unmißverständlicher Deutlichkeit, daß die gegenwärtige chinesische Politik die Rechtskräfte in der Bundesrepublik — und in anderen Ländern — ermutigt, die Restauration anachronistischer Konfrontationsmuster und gescheiterter Expansionsdoktrinen zu betreiben. Diese Politik ist, wenn man sie gewähren läßt, dazu angetan, alle Geister des Kalten Krieges wiederzubeleben und die Welt erneut hart an den Rand des heißen Krieges zu bringen.

Die VR China ist, insbesondere auf Betreiben der USA, gegen den Widerstand der sozialistischen Länder und einer wachsenden Zahl weiterer Staaten zwei Jahrzehnte lang aus den Vereinten Nationen ausgeschlossen geblieben. Innere Auseinandersetzungen, besonders augenfällig in den Jahren der Kulturrevolution, haben das ihre dazu beigetragen, daß ein konsistenter außenpolitischer Kurs Pekings in dieser Zeit allenfalls in Bruchstücken sichtbar geworden ist. Allein seine Bevölkerungszahl und seine territoriale Ausdehnung weisen China, obgleich seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit noch nicht mit der anderer großer Staaten Schritt hält, den Platz eines der Staaten zu, denen eine besondere Verantwortung für die internationale Entwicklung zufällt. Dies findet seinen Ausdruck nicht zuletzt darin, daß die VR China einen der fünf ständigen Sitze im Weltsicherheitsrat einnimmt. In der kurzen Zeit ihrer UNO-Mitgliedschaft hat die VR China sich bestrebt gezeigt, vor allem Länder der Dritten Welt für sich zu gewinnen und in einer Art Sprecherrolle anerkannt zu werden; zugleich aber ist die chinesische Delegation, wie gezeigt wurde, in einer Reihe von Fragen, vor allem auf dem Gebiet der Abrüstung, faktisch gegen die überwältigende Mehrheit der Staaten, einige der reaktionärsten Regierungen ausgenommen, aufgetreten. Hier setzen die Aspirationen von Kräften wie der CDU an, wenn deren Vorsitzender erklärt: „Die Volksrepublik China hat eine wichtige Sprecherfunktion, vor allem in der Dritten Welt, in den Vereinten Nationen, im Sicherheitsrat. Wenn sie das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung unterstützt, so ist das für uns von großem Nutzen." [36])

Man kann bezweifeln, ob ein Zusammenwirken zwischen Peking und den Rechtskräften in der Bundesrepublik irgend jemandem nützt. Für den Fortgang der Entspannung ist es zweifellos nicht von Vorteil. Andererseits hat die negative Einstellung weder der Entspannungsgegner in der BRD und anderen westlichen Ländern, noch der Pekinger Regierung jenen Prozeß aufhalten können, der über die Verträge zwischen Bonn und Moskau, Warschau, Prag, Berlin, die französisch-sowjetischen und amerikanisch-sowjetischen Abkommen und Prinzipienerklärungen zur gesamteuropäischen Konferenz geführt und heute konkrete Abrüstungsschritte realisierbar werden läßt. Es fragt sich, ob es wirklich im „nationalen Interesse" Chinas liegt, wie etwa Helmut Kohl unterstellt, sich mit Kräften wie der CDU/CSU auf der Grundlage gescheiterter antisowjetischer Ambitionen zusammenzutun; die gewaltigen Entwicklungsaufgaben im Inneren der chinesischen Gesellschaft dürften sich auf einer Basis friedlicher Zusammenarbeit in Asien sicherlich rascher und nachhaltiger lösen lassen, als wenn Peking seine Kraft vergeudet, um sich dem Entspannungsprozeß, einer von den Hoffnungen breitester Kreise aller Völker wie den politisch-ökonomischen Realitäten der heutigen Zeit getragenen Grundströmung, entgegenzustemmen. Auch für die CDU und die hinter ihr stehenden Kreise der Industrie dürfte es letztenendes wenig fruchtbar sein, vor der Anerkennung der Realitäten von neuem in die Illusion geborgter Stärke zu flüchten, diesmal in Spekulationen, die sich auf leichtfertige, überdies für jede politische Konjunkturschwankung anfällige Avancen eines so fernen

[36]) Interview, „Die Welt" v. 19. 9. 1974.

und so stark mit eigenen Problemen beschäftigten Landes wie der VR China stützen.

Es liegt auf der Hand, daß die Freundlichkeiten Pekings gegenüber Vertretern der CDU/CSU von Schröder bis Kohl und demnächst Strauß, vor allem der indirekten Einflußnahme auf die Politik der Bundesregierung dienen. Chiao Kuan-huas Begrüßungsworte an den CDU-Vorsitzenden stützen diese Annahme: „Wir haben", sagte der stellvertretende Außenminister, „den Eindruck, daß seit dem Amtswechsel zu Schmidt die Lage der Bundesrepublik im allgemeinen gut ist" (Kohl antwortete, da müsse man „die Nuancen sehen").

Das ist als eine retrospektive Verurteilung der Vertragspolitik Brandts und Bahrs durch Peking verstanden worden und zugleich als Ausdruck der Hoffnung, die Regierung Schmidt werde in gewissem Maße von der Entspannungspolitik abrücken, jedenfalls aber von China gegenwärtig favorisierten Zielen wie der westeuropäischen Integration und der Rekonsolidierung der NATO definitive Priorität einräumen.

Bundeskanzler Schmidt hat angekündigt, daß er „in absehbarer Zeit" die VR China besuchen wolle. Die Entwicklung konstruktiver Beziehungen auch zwischen Bonn und Peking liegt unzweifelhaft im Interesse beider Seiten. Spekulationen, wie die China-Aktivität von CDU-Führern sie anregen muß, erfordern allerdings, daß die Bundesregierung unmißverständlich sichtbar macht: an eine Rückkehr zur Politik der Konfrontation in Europa, einen Rückschritt hinter den mit den Ostverträgen erreichten völkerrechtlichen Status, ist nicht zu denken. Konstruktive Beiträge zum Fortschritt der Konferenzen in Genf/Helsinki (KSZE) und Wien (Truppenreduzierung) wären ausgezeichnete Möglichkeiten, den politischen Kurs der Bundesregierung zu präzisieren. Zur Entspannung gibt es für die Völker Europas keine Alternative.

Neuerscheinung

Claus Grossner / Henning Schierholz

Projekt MRCA

Dokumentation und Kritik des größten Rüstungsvorhabens der deutschen Geschichte

Grossner und Schierholz dokumentieren und analysieren das Rüstungsgroßprojekt MRCA (Multi Role Combat Aircraft – Mehrzweckkampfflugzeug), vom heutigen Bundeskanzler Helmut Schmidt einmal als „das größte technologische Projekt seit Christi Geburt" bezeichnet, als ein militärisch fragwürdiges und haushaltspolitisch ruinöses Vorhaben, das die Fortsetzung der Entspannung in Europa wie die Aussichten demokratischer Reformbestrebungen in der Bundesrepublik gleichermaßen zu belasten droht. Zugleich werden die Möglichkeiten und Bemühungen aufgezeigt, durch die Mobilisierung öffentlicher Kritik eine Einstellung des Projekts MRCA zu erwirken.

Hefte zu politischen Gegenwartsfragen · Doppelband, 64 Seiten, DM 6,–

Pahl-Rugenstein

Kommentare und Berichte

Die rechte Herausforderung

Die Bundesrepublik erlebt gegenwärtig eine Welle ökonomischen Drucks auf breiteste Bevölkerungskreise, politischer Disziplinierungsbestrebungen und ideologischer Aggressivität der Rechtskräfte aller Schattierungen.

Der in neue Dimensionen vorgestoßene Prozeß der Konzentration und Zentralisation des Kapitals, die zunehmende Verfeinerung des staatsmonopolistischen Planungs- und Lenkungsinstrumentariums sowie die Optimierung bürgerlicher Manipulationstendenzen können nicht mehr über die chronisch gewordene Krise des Kapitalismus hinwegtäuschen. Während die sogenannte Ölkrise, die Inflation, das Anwachsen der Arbeitslosigkeit und die Bankpleiten der letzten Monate den krisenhaften Charakter der bestehenden Wirtschaftsordnung erneut unter Beweis stellen, die Befreiung Portugals und Griechenlands vom Faschismus und das Erstarken der Linken in Ländern wie Frankreich, Italien u. a. den schrumpfenden politischen Spielraum der Kapitalherrschaft eindrucksvoll demonstriert und der Bonner Staat zum Nothelfer westeuropäischer Nachbarkapitalismen avanciert, versuchen Arbeitgeberverbände, Bundesregierung und Pressemonopole in Form einer konzertierten Aktion, über die Unfähigkeit des Kapitalismus zur systemimmanenten Lösung seiner Probleme Nebel zu werfen.

Den akuten Kapitalverwertungsschwierigkeiten begegnet die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung mit Sonderprogrammen und Schubladenplänen der Ministerialbürokratie, die das Profitaufkommen der Konzerne steigern und die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen einer Mehrheit der Werktätigen (Massenarbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Reallohneinbußen) verschleiern sollen. Das „magische Viereck" spätkapitalistischer Wirtschaftspolitik — Vollbeschäftigung, Preisstabilität, Wirtschaftswachstum und außenwirtschaftliches Gleichgewicht — erweist sich immer deutlicher als Quadratur des Kreises.

Maßhalteappelle, Lohnleitlinien und gewerkschaftsfeindliche Äußerungen führender SPD-Politiker sind an die Stelle sozialer Reformversprechungen im letzten Bundestagswahlkampf getreten. Dabei symbolisiert der Kanzlerwechsel diese Entwicklung auch personell. Wie sich heute zeigt, war das Motto von Helmut Schmidts Regierungserklärung — „Konzentration und Kontinuität" — auch insoweit Programm, als der Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft unter der Ägide des umgebildeten Kabinetts kontinuierlich voranschreitet. Das Konzept der formierten Gesellschaft, das Ludwig Erhard seinerzeit als ideologische Legitimationsbasis seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik diente, feiert fröhliche Urständ — auf sozialdemokratisch.

Die offenen Ankündigungen von CDU und CSU, nach gewonnenen Landtagswahlen eine Säuberungswelle im öffentlichen Dienst einzuleiten und die Berufsverbotspraxis gegenüber Sozialisten und Kommunisten noch zu verschärfen, stoßen auf frappierende Gelassenheit. Die liberale Presse schweigt oder schwenkt ins Lager der Rechten, während große Teile der Sozialdemokratie wieder einmal bereitwillig mithelfen, das Messer zu schärfen, das in ihren eigenen Rücken gestoßen werden soll.

Selbst Resolutionen aus Untergliederungen der Regierungspartei sowie die offene Solidarisierung des IG-Metall-Vorsitzenden Loderer mit kommunistischen Gewerkschaftskollegen können die sozialdemokratische Führung — trotz der immer deutlicher zutage

tretenden Auswirkungen der internationalen Systemkrise des Kapitals — nicht dazu bewegen, ihre engstirnige, antikommunistische Haltung zu überdenken und eine an den wirklichen Ursachen der Krise ansetzende, also antimonopolistische Strategie zu entwickeln. Vielmehr versucht man im rechten Wettstreit mit den Konservativen um die Wähler der „Mitte", sich von allen systemkritischen Kräften „abzugrenzen" und z. B. durch eine besonders restriktive Anwendung des Radikalenerlasses zu profilieren (Hamburg). Statt den Klotz, den man sich selbst ans Bein gebunden hat, zu lösen, wird er fester angezurrt.

Hinzu kommt eine verstärkte Pazifizierung der SPD-Linken, die sich nach dem Kanzlerwechsel verschärftem Anpassungsdruck ausgesetzt sah und ohne nennenswerten Widerstand auf den Rechtskurs der Parteispitze und damit auf die „Beschränkung auf das Machbare" verpflichtet werden konnte, während die linken Kräfte an der Basis zusehends in politische Lethargie zu verfallen drohen.

Die mit der Glorifizierung des „Machers" Schmidt noch potenzierte Identifikation sozialdemokratischer Politik mit dem kapitalistischen System und dessen ökonomischen Krisen ermöglicht der Union, ihre seit Jahren betriebene „Doppelstrategie" zu perfektionieren, nämlich einerseits durch geschickte Sozialdemagogie eine progressive Alternative vorzutäuschen und andererseits die Restauration ultrarechter und zum Teil offen faschistischer Gedanken voranzutreiben.

Der Versuch, diese „Doppelstrategie" durch die Gründung eines CSU-Ablegers außerhalb Bayerns auch organisatorisch zu manifestieren, findet nur schwachen, eher deklamatorischen Widerstand seitens der CDU, weil dadurch deren Möglichkeiten verbessert werden, sich in den Augen der bürgerlichen Öffentlichkeit als moderne und soziale Partei der Mitte, welche die SPD an Effektivität übertrifft, anzubieten, während die bundesweite CSU-Aktivität als Sammelbecken aller rechten Randgruppen fungieren kann. Die Gefahr der Wiederholung einer so peinlichen und folgenschweren Fehlleistung wie des Verlustes von über 4 % NPD-Stimmen anläßlich der Bundestagswahlen 1969 soll auf diese Weise offenbar zumindest auf ein Minimum reduziert werden.

Tatkräftig unterstützt durch Gelder der Konzerne, bemühen sich die Unionsparteien mit der Gründung ihrer „Schülerunion" und ständig fortschreitender Aktivierung der Hochschularbeit, eine der letzten Lücken in ihrem Manipulationsapparat zu schließen. Aktivitäten, die auf fruchtbaren Boden fallen, der durch die Verhinderung einer demokratischen Reform des Bildungswesens und die Säuberung der Schulen von „Systemveränderern" bereitet ist und bereitet wird.

Der Rechtstrend der SPD, verbunden mit der Disziplinierung aller systemkritischen Ansätze innerhalb und außerhalb der Partei gewinnt dadurch tragikomische Züge, erweitert er doch den Spielraum erzkonservativer und reaktionärer Kräfte zum Kampf auch gegen die SPD selbst.

Die Zuspitzung der kapitalistischen Widersprüche, der unübersehbare Fortschritt der sozialistischen Kräfte im internationalen Maßstab und die Weiterentwicklung des auch in der Bundesrepublik entstandenen demokratischen Potentials, allen Diskriminierungen zum Trotz, veranlassen das Monopolkapital, seinen Druck auf die Lohnabhängigen zu intensivieren. Festzustellen bleibt jedoch, daß der verstärkte Druck der Rechtskräfte nicht aus einer gestärkten, sondern aus einer objektiv geschwächten Position heraus erfolgt. Das beweist nicht zuletzt die besondere Bitterkeit der von ihnen angezettelten Gegenoffensive.

Der systematische Versuch, das Rad der geschichtlichen Entwicklung zurückzudrehen, wird trotz seiner gefährlichen Begleiterscheinungen kaum zum Erfolg führen können, vorausgesetzt, die in den letzten Jahren auch in der Bundesrepublik spürbar gewachsene demokratische Bewegung gibt ihre einmal errungenen Positionen nicht kampflos preis. Angesichts des im Vergleich zu anderen Ländern noch relativ niedrigen Entwicklungsgrades des Klassenbewußtseins der Werktätigen in der BRD resultiert die momentane Schwäche der Linken nicht zuletzt aus ihrer politischen und organisatorischen Zersplitterung, die ein geschlossenes Vorgehen gegen das Monopolkapital ebenso erschwert wie der gerade bei kritischen Liberalen zu beobachtende Mangel an Solidarität.

Die Herausforderung von rechts muß als das begriffen werden, was sie ist — eine Herausforderung der Linken, d. h. ein ernster Anstoß, weltanschauliche und politische Divergenzen zurückzustellen angesichts der (jüngst von Jean Amery in der „Frankfurter Rundschau" als Lehre der erfolgreichen „Union populaire" in Frankreich eindrucksvoll dargelegten) Erkenntnis, daß der rechten Offensive nur durch gemeinsames Handeln Einhalt geboten und eine konkrete Alternative gegenübergestellt werden kann.

Christoph Butterwegge
und Harald Hudy

Zum Prozeß der Dekolonisierung im südlichen Afrika

Nach Guinea — dessen Anerkennung der „Bayernkurier" des Franz Josef Strauß in sinniger Anspielung als „Auslieferung" apostrophiert — ist mit der Übergabe der Regierungsgewalt an eine Übergangsregierung in Moçambique, gebildet aus sechs Vertretern der FRELIMO sowie drei kommissarischen portugiesischen Mitgliedern, auch die zweite Kolonie faktisch selbständig; lediglich in Angola stellt sich der Liquidationsprozeß der kolonialen Vergangenheit ungleich schwieriger dar. Begünstigt durch diesen Prozeß werden auch die Unabhängigkeitsforderungen der Befreiungsbewegung der Inselgruppe Sao Tomé/Príncipe (MLSTP) unüberhörbar; selbst Spanien beeilt sich, seiner Kolonie Spanisch-Sahara die Unabhängigkeit zuzugestehen, und in der portugiesischen Kolonie Timor östlich Indonesiens regt sich gleichfalls eine Unabhängigkeitsbewegung. Der Rückzug Portugals aus seinen afrikanischen Kolonien drängt zugleich den sogenannten „weißen" Machtblock im südlichen Afrika, bestehend aus Rhodesien und der Republik Südafrika (RSA) sowie dem von der RSA völkerrechtswidrig annektierten Namibia, um ein entscheidendes Stück zurück. Die Aussichten auf Befreiung auch dieser Gebiete von der Rassistenherrschaft wachsen beträchtlich. Damit ist die Beseitigung der gefährlichsten Konfliktherde Afrikas näher gerückt, ein weiterer Schritt in Richtung auf eine friedliche Entwicklung Afrikas getan.

In nationaler wie in internationaler Hinsicht stehen daher die Befreiungsbewegungen der drei ehemaligen Kolonien vor gewaltigen Aufgaben. Nach der Erringung der politischen Unabhängigkeit haben sie nun den äußerst komplizierten Prozeß zu bewältigen, der ihnen die volle, d. h. die ökonomische, Unabhängigkeit bringen soll. Ausgehend von den unmittelbaren Aufgaben, das Funktionieren der Produktion und Distribution in den befreiten Ländern zu sichern, um die Lebensbedingungen der Bevölkerung überhaupt erst einmal zu erhalten und schrittweise zu verbessern, erfordert es das Interesse der jungen Nationalstaaten, den Raubbau an ihren Ressourcen

einzuschränken und zu unterbinden und schließlich den Aufbau und Ausbau einer nationalen Industrie in Angriff zu nehmen, um das Erbe der Kolonialwirtschaft, das Nebeneinander einer vorkapitalistischen Subsistenzwirtschaft und eines von ausländischen Kapitalinteressen beherrschten Sektors des Rohstoffabbaus und -exports zu beseitigen. Der Prozeß, der damit umrissen ist, verläuft keinesfalls geradlinig, sondern ist im Gegenteil mit Problemen und Risiken behaftet, deren Lösung theoretisches Vermögen und Prinzipienfestigkeit, verbunden mit Flexibilität, erfordern. Es erleichtert die Aufgabe nicht gerade, daß die Entwicklung Portugals selber zur Demokratie bis zu einem gewissen Grade von Fortschritten in den unabhängig gewordenen Gebieten abhängt; die portugiesische Reaktion könnte sich nichts Besseres wünschen als ein Scheitern der Ansätze in den Ex-Kolonien (wozu sie nach besten Kräften beizutragen sucht).

Programmatisch sind sich die drei Befreiungsbewegungen PAIGC, FRELIMO und MPLA weitestgehend einig im Ziel der „Zerstörung des kolonialen Systems und ... Aufbau(s) einer Wirtschaft, die frei von kolonialer Bevormundung ist und nur im Dienste des Volkes steht", oder, wie es am konsequentesten in der Verfassung der Republik Guinea-Bissao formuliert ist: „totale Befreiung ... vom Kolonialismus ... Aufbau einer Gesellschaft, welche die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedingungen schaffen wird, die für die Beendigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und aller Formen der Unterjochung des Menschen unter erniedrigende Interessen zugunsten Individuen, Gruppen oder Klassen notwendig sind" (Art. 3).

Kurz und präzis formulierte Samora Machel, Präsident der FRELIMO, als Gast auf dem VIII. Parteitag der SED 1971: „Wir in Moçambique kämpfen für die Errichtung einer neuen Gesellschaft, in der der Kapitalismus beseitigt ist."

Damit stellt sich als Hauptaufgabe die Verhinderung des Neokolonialismus als jener Form der Kapitalherrschaft, die in der Mehrzahl der ehemaligen Kolonien die direkte Beherrschung und Ausbeutung abgelöst hat und für das Elend ihrer Völker verantwortlich ist. Schon vor Jahren versuchten z. B. SPD-Kreise, auf die FRELIMO Einfluß zu erlangen, um in ihr jene Kräfte zu stärken, die einen konsequenten Weg nichtkapitalistischer Entwicklung ablehnten oder ihr als potentielle Gegner einer solchen Perspektive erschienen; die offizielle Bonner Politik bereitete solchen Bestrebungen ein Fiasko. Noch in jüngster Zeit versuchten internationale Monopolkonzerne, ihre Stellungen in den Kolonialgebieten durch Erwerb von Konzessionen auszubauen; die Mitte September zwischen Spinola und Zaïres Staatschef Mobutu abgehaltene Besprechung über das Schicksal der zu Angola gehörenden Exklave Cabinda zeigt überdies, daß auf eine neokolonialistische Perspektive orientierte Kreise in Portugal selbst noch nicht aufgegeben haben; in Cabinda beutet die Gulf Oil Corp. gewaltige Erdölvorkommen aus, und erst im November 1973 wurden neue Felder entdeckt.

Die vereinigte Macht der auf neokoloniale Ausbeutung orientierten internationalen und portugiesischen Konzerne stellt das größte Hindernis der Emanzipation Angolas, Guineas und Moçambiques dar, denn zu viel steht für sie auf dem Spiel. Namentlich die beiden südlichen Länder verfügen über einen gewaltigen Rohstoffreichtum, an dessen Ausbeutung zahlreiche Konzerne aus den USA, der BRD, Frankreich, Großbritannien, der RSA sowie daneben auch die mächtigsten Firmengruppen Portugals beteiligt sind. Daß diese Kapitalgruppen ihre Interessen nicht kampflos aufgeben werden, hat ihre Unterstützung des portugiesischen Kolonialkrieges während der

letzten zehn und mehr Jahre bewiesen. Spätestens die für den Aufbau einer nationalen Wirtschaft unumgänglichen Nationalisierungen der Rohstoffressourcen und Großbetriebe werden ihre Gegenoffensive auslösen. Doch bereits jetzt funktioniert das Zusammenspiel von weißen Rassisten und Kapitalinteressen: die Ereignisse in Moçambique zu Beginn des September stellten einen ersten Versuch dar, den geschichtlichen Prozeß rückgängig zu machen. Es dürfte nicht der letzte bleiben: auch in Angola bildeten sich separatistische Gruppen aus ehemaligen Sondereinheitsangehörigen und anderen Rassisten, deren Ziel die Inszenierung von Aufständen und die einseitige Unabhängigkeitserklärung nach rhodesischem Vorbild ist. Mit Unterstützung westlicher Mächte — Boykotte und Geheimdienstoperationen — drohen die reaktionären Kräfte in Angola und Moçambique nach wie vor, jenes politische und ökonomische „Chaos" zu schaffen, das dann für einen Putsch oder gar Interventionen seitens der RSA den Vorwand bieten soll. Hinzu kommen die strategischen Interessen der NATO, z. B. an den Kapverdischen Inseln, die vorerst nicht der Republik Guinea-Bissao angehören. (Freilich hat die PAIGC unmißverständlich vor den Vereinten Nationen erklärt: „Wir haben nicht mehr als zehn Jahre mit der Waffe in der Hand gekämpft, um am Ende zu akzeptieren, daß ein Teil unseres nationalen Territoriums in einen Unruheherd verwandelt wird.") In Moçambique haben die Stärke der FRELIMO, ihre Unterstützung durch die afrikanische Bevölkerung sowie die Loyalität der portugiesischen Truppen einen Erfolg des reaktionären Putsches verhindert, der von Repräsentanten portugiesischer Konzerne und der Gruppe um den faschistischen General Kaulza de Arriaga angezettelt worden war; nach wie vor sind jedoch die Anführer der weißen Terroristen mit der Rekrutierung von Söldnern beschäftigt, von denen viele schon im Namen internationaler Konzerne und der CIA an den Massakern im ehemaligen belgischen Kongo, heute Zaïre, beteiligt waren.

Die Probleme Moçambiques haben sich durch die Folgen des Terrors der Reaktion zweifelsohne weiter zugespitzt. So stellt die Auswanderung Tausender von Weißen eine empfindliche Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Funktionen dar. Zwar gehört es zu den Grundsätzen der Befreiungsbewegungen, keinerlei Rassendiskriminierung anzuerkennen und diese zu bekämpfen, dennoch verfangen die Propagandalügen, die den Afrikanern Unfähigkeit und Rachedurst an allen Weißen nachsagen; die Saat jahrzehntelanger rassistischer Verhetzung geht auf.

Das Organ des CSU-Vorsitzenden Strauß, der „Bayernkurier", prophezeit am 7. September 1974: „Wir werden voraussichtlich in den nächsten Monaten Zeugen eines blutigen Gemetzels zwischen den Makondes in Mozambique, auf die sich die FRELIMO hauptsächlich stützt, und den islamischen Macuas sein. In Angola wird es noch schlimmer kommen, falls Vernunft und die Verantwortung der westlichen Mächte nicht siegen." Es bedarf keiner Phantasie, um sich nach Kongo, Vietnam und Chile auszumalen, wie derlei Übernahme von „Verantwortung" aussehen soll.

Problemen sehen sich die Unabhängigkeitsbewegungen jedoch nicht nur in der unumgänglichen Konfrontation mit den internationalen Monopolinteressen und dem Rassismus gegenüber. Die Wahl des künftigen Entwicklungsweges sowie seiner einzelnen Schritte setzt die Geschlossenheit der Befreiungsbewegungen, die nun die Funktion von Regierungsparteien übernommen haben (bzw. in Angola noch übernehmen werden), schweren Belastungsproben aus. Zustande gekommen als Bündnis über politische Divergenzen, über Klassen- sowie Stammesunterschiede hinweg, wird sich die erreichte Einheit

beim Aufbau bewähren müssen. Auf diese Notwendigkeit der ideologisch-politischen Geschlossenheit eingehend, formulierte Guineas Präsident Sekou Touré anläßlich der Beisetzungsfeiern für Amilcar Cabral: „Innerhalb der Nationalen Befreiungsbewegung müssen Widersprüche ihre Auflösung durch verstärkte ideologische und politische Erziehung finden, damit die bewußten Kämpfer innere Gegensätze ... überwinden, da allein das gemeinsame Ziel des Kampfes um rasche und vollständige Befreiung des Landes sie leiten darf." Diese Einheit fortzuentwickeln in eine höhere Stufe des gemeinsamen Kampfes für die Erringung der vollständigen Souveränität und für den Aufbau einer neuen Gesellschaft, stellt ein Hauptproblem dar. Bei aller Gemeinsamkeit existieren unterschiedliche Klasseninteressen, verschiedene Vorstellungen über Art und Weise, Tempo und konkrete Maßnahmen der notwendigen Entwicklung; daß Stammesgegensätze eine Rolle spielen, die von den imperialistischen Mächten systematisch vertieft oder vielfach gar erst geschaffen wurden, zeigte sich am Beispiel Biafras.

Am „leichtesten" dürfte die Bewältigung insbesondere dieser internen Probleme — die indessen imperialistischen Manövern stets Ansatzpunkte bieten — der PAIGC fallen; bezeichnenderweise ist sie die einzige unter den drei führenden Befreiungsbewegungen, die sich als Partei bezeichnet. Ihre hohe ideologische und politische Geschlossenheit verdankt sie weitgehend der theoretischen Arbeit Amilcar Cabrals, zugleich sind aber die ökonomischen Bedingungen und damit auch die klassenmäßige Zusammensetzung der Bewegung in Guinea-Bissao als reinem Agrarland einheitlicher als etwa in Moçambique oder gar Angola. Nichtsdestoweniger hat sich mit der FRELIMO in Moçambique die weitaus stärkste Befreiungsfront durchgesetzt, die seit der Ermordung ihres Gründers Eduardo Mondlane 1968 durch portugiesische Agenten von Samora Machel geführt wird. Alle Abspaltungen von der FRELIMO landeten in der Bedeutungslosigkeit oder — wie die neugegründete PNC des Renegaten Simango — an der Seite der weißen Reaktion. In Angola haben die Methoden des Imperialismus eine Situation geschaffen, die noch der Klärung bedarf. Die einflußreichste und stärkste Befreiungsbewegung, die MPLA, war seit ihrer Gründung stets Konkurrenzorganisationen konfrontiert. Die größte unter ihnen, die FNLA/GRAE des Holden Roberto, ist immerhin eine CIA-Gründung und steht heute unter zentralem Einfluß Mobutus. Die UNITA, die sich lange durch linksradikales Gebaren hervortat, war unmittelbar nach dem Sturz Caetanos diejenige Organisation, in deren Verlautbarungen das Wort „völlige Unabhängigkeit" fehlte; ihre gesamte Tätigkeit ist auf die Spaltung der Bewegung ausgerichtet. Die MPLA selbst hat gegenwärtig mit inneren Spannungen zu kämpfen, die sich vorerst jedoch in der Bestätigung Agostinho Netos als Vorsitzender gelegt zu haben scheinen.

Die Befreiungsbewegungen stehen vor einer schweren Zukunft, in der sie die solidarische Unterstützung aller antiimperialistischen Kräfte dringend benötigen. Sie haben jedoch auch Leistungen vorzuweisen, die ihnen gute Ausgangspositionen bieten und ihre Fähigkeit demonstrieren, der Hinterlassenschaft des Kolonialismus Herr zu werden. In den befreiten Gebieten haben sie den Aufbau von ökonomischen und sozialen Strukturen in Angriff genommen, die gewissermaßen Vorposten der neuen Gesellschaft darstellten und nun Elemente des voranzutreibenden Prozesses bilden. In den befreiten Gebieten entstanden funktionierende Bildungseinrichtungen, wurde eine Gesundheitsversorgung geschaffen, wurden Produktion und Handel auf kollektiver Basis mit beachtlichen Erfolgen organisiert, zumal wenn man den ge-

zielten Terror der portugiesischen Kolonialtruppen gegen diese Einrichtungen berücksichtigt. Zugleich wurden politische Institutionen aufgebaut, die die „vollständige Mobilisierung der Volksmassen und ihre umfassende Teilnahme an der Ausarbeitung der Politik" ermöglichen sollen, wie es in Artikel 5 der Verfassung von Guinea-Bissao heißt; und schließlich: „Die Partei fördert die Gründung und Entwicklung von demokratischen Massenorganisationen" (ebd.) — z. B. wurden in den befreiten Gebieten bereits Gewerkschaften sowie demokratische Frauenverbände gebildet.

Gleichwohl sind die PAIGC wie die FRELIMO und die MPLA auf Hilfe von außen angewiesen. In Afrika unterstützt eine Anzahl von Ländern die Befreiungsbewegungen direkt, so Algerien, die Republik Guinea, Tanzania, Zambia oder die VR Kongo (Brazzaville). In der Organisation Afrikanischer Staaten (OAU) waren diese Nationalstaaten die engagiertesten Wortführer einer kollektiven Unterstützung der Befreiungsbewegungen; es spiegelt die divergierenden politischen Positionen innerhalb der OAU wider, daß sie neben den drei genannten auch noch andere Organisationen wie die FNLA/GRAE offiziell anerkennt. In zunehmendem Maße spielte die Unterstützung des Befreiungskampfes durch die Vereinten Nationen eine Rolle, die sich in der Zulassung der PAIGC mit Beobachterstatus ausdrückte, sowie in den zahlreichen Resolutionen mit der Aufforderung an Portugal, seine Kolonialherrschaft zu beenden. Die damit verstärkte internationale Isolierung des portugiesischen Kolonialismus bedeutete eine wesentliche Hilfe für die Befreiungsorganisationen wie für die demokratische Bewegung in Portugal selbst.

Von wesentlicher Bedeutung für den Erfolg des Befreiungskampfes war seine Unterstützung durch die sozialistischen Länder. „Wir schmälern nicht die Bedeutung der afrikanischen Solidarität und die Solidarität der anderen antikolonialistischen Kräfte in der Welt, wenn wir offen erklären, daß wir die größte Hilfe in unserem Kampf gerade von der Sowjetunion erhalten", erklärte Amilcar Cabral auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU.

Zu den Hauptaufgaben der Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik gehört die Durchsetzung der Anerkennung der Regierung Moçambiques, d. h., der FRELIMO, als wirklicher Repräsentantin des Volkes von Moçambique durch die Bundesregierung. Zugleich müssen die Kampagnen gegen die Ausplünderung Angolas und Moçambiques durch deutsche Monopole fortgesetzt und verstärkt werden. Ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung der Unabhängigkeitsbewegungen besteht in der Isolierung der Relikte rassistischer und quasi-kolonialistischer Unterdrückung in Rhodesien und der RSA, in der Durchsetzung der Anerkennung der SWAPO als legitimer Vertreterin des Volkes von Namibia. Schließlich ist mit der Erringung der Unabhängigkeit die Notwendigkeit materieller Solidarität mit den Befreiungsbewegungen nicht erloschen: während sich der ANC in Südafrika, die ZAPU in Rhodesien oder die SWAPO in Namibia noch im Kampf befinden und die MPLA in Angola weiter gestärkt werden muß, besteht in Guinea-Bissao und Moçambique nach wie vor dringender Bedarf an Ausrüstungsgegenständen für die medizinische Versorgung, an Medikamenten und anderen Materialien *).

Jürgen Ostrowsky

*) Spendensammlungen wie die von der Redaktion des „Antiimperialistischen Informationsbulletins" organisierte Kampagne, Schulhefte, Bleistifte und andere Schreibutensilien für Guinea-Bissao zu sammeln, können in dieser Situation einen wichtigen Beitrag der Solidarität leisten.

Zehnter internationaler Hegel-Kongreß

Der zehnte internationale Hegel-Kongreß, der vom 26.—31. August 1974 in der Lomonossow-Universität in Moskau stattfand, war kein Jubiläumskongreß. Er war vielmehr Ausdruck des erfolgreichen Wirkens der Internationalen Hegel-Gesellschaft, und das bedeutet, er stellte ein Fazit philosophischer Arbeit dar, die als Aufgabe in die Zukunft hinein wirkt und fortbesteht: „Im Streit der Meinungen diese unsere Zeit in Begriffen zu fassen", so formulierte sie der erste Vorstand der Gesellschaft Prof. Wilhelm Raimund Beyer in seiner Eröffnungsadresse. Er resumierte damit zugleich rückschauend die von Schwierigkeiten, Verleumdungen und Spaltungsversuchen gekennzeichnete Wegstrecke, die die Gesellschaft seit ihrer Gründung 1955 in Hegels ehemaligen Schulräumen in Nürnberg im Kampf um die Verwirklichung des Ziels zurückgelegt hat, das die Satzung so formuliert: „Der Verein stellt sich die Aufgabe, das geistige Erbe zu pflegen, die Philosophie Hegels in ihrer geschichtlichen Entwicklung und in ihren vielfältigen Beziehungen zu vorhergehenden und nachfolgenden Theorien kritisch zu erforschen und darzustellen, die aktuelle Bedeutung Hegels und des Hegelschen Denkens herauszuarbeiten sowie insbesondere die mit dem Namen Hegel eng verknüpfte dialektische Methode in all ihren Erscheinungsformen und in ihrer Anwendung wissenschaftlich zu untersuchen und fortzubilden. Der Verein verfolgt weiterhin das Ziel, die an die Philosophie Hegels anknüpfenden oder mit ihr verbundenen philosophischen Richtungen zu fördern" (Hegel-Jahrbuch 1970, S. X).

In dieser Aufgabenstellung lebt Hegel fort, und als Plattform für die Austragung philosophisch-politischen Meinungsstreites entläßt sie die „Wirklichkeit" der Hegelschen Philosophie zu aktueller „Wirksamkeit" in unsere Zeit. Kein Thema, kein Begriff scheint sich mehr für das Austragen dieses Streites und für die Verwirklichung der Aufgabenstellung der Gesellschaft in diesem Streit anzubieten als die „Dialektik". Sie ist Methode und Theorie, die Hegel aus der Widersprüchlichkeit seiner Zeit heraus diese in Gedanken fassen läßt, sie ist Prüfstein aller „Hegelei" und zugleich Moment und Anknüpfungspunkt der Aufhebung Hegelscher Philosophie. Denn Dialektik, als „rationeller Kern" herausgeschält aus der „mystischen Hülle", ist ihrem Wesen nach kritisch und revolutionär und drängt zur Praxis, da sie „in dem positiven Verständnis des Bestehenden zugleich auch das Verständnis seiner Negation, seines notwendigen Untergangs einschließt" (Marx, Das Kapital I, in MEW 23, S. 28). Dialektik in diesem Verständnis wird zur Gefahr für das satte, selbstzufriedene besitzende Bürgertum und ruft den von seinen mittelmäßigen Epigonen zum „toten Hund" erklärten Hegel stets zu neuem Leben.

Zu diskutieren, im Streitgespräch zu entwickeln — und damit in echt Hegelscher Manier, die den philosophischen Streit dem „Frieden der Gleichgültigkeit gegen die Tiefen des Geistes, einen Frieden des Leichtsinns, der Kahlheit" (Hegel, Vorrede zu Hinrichs' Religionsphilosophie, 1822), stets vorzog — zu bestimmen, was „Dialektik" sei, setzte der Kongreß sich als Aufgabe. Hegel, darauf verwies W. R. Beyer in seiner Eröffnungsrede, nannte in § 31 der Rechtsphilosophie „das bewegende Prinzip des Begriffs, als die Besonderungen des Allgemeinen nicht nur auflösend, sondern auch hervorbringend" *Dialektik,* und in der Abgrenzung zur Dialektik des alten Skeptizismus und zu Platons Dialektikauffassung präzisierte er seine „höhere Dialektik des Begriffs" als „die Bestimmung nicht bloß als

Schranke und Gegenteil, sondern aus ihr den positiven Inhalt und Resultat hervorzubringen und aufzufassen, als wodurch sie allein *Entwicklung* und immanentes Fortschreiten ist." Entwicklung als immanentes Fortschreiten, Bewegung und „Selbstbewegung als Kern der abstrakten und abstrusen Hegelei" entdeckten und begriffen Marx, Engels und Lenin, schälten ihn heraus aus der Hülle und retteten ihn aus der Erbmasse eines Philosophen, der bewußt nur *seine* Zeit in Gedanken fassen wollte, hinüber in *unsere* Zeit. In diesem Sinn verglich der Rektor der Lomonossow-Universität als Gastgeber des Kongresses in seinem Grußwort Hegels Dialektik mit dem heißen Feuer, das aus dem Erbe unserer Vorfahren genommen und von der kalten Asche getrennt werden müsse.

Dialektik als Generalthema des Kongresses und damit verbindende und zugleich trennende, das Streitgespräch provozierende Instanz hätte kaum einen geeigneteren Austragungsort für den Streit um seine inhaltliche Füllung finden können als die Hauptstadt jenes Staates, der, wie W. R. Beyer formulierte, „an seiner Geburtsurkunde ein Hegelsches Moment: Lenin" hat, die Hauptstadt eines Landes, in dem Dialektik praktisch geworden ist für ein ganzes Volk (Kedrow).

725 Philosophen aus 35 Staaten, darunter 325 aus westeuropäischen Ländern, versuchten im Streit, im Widerspruch die zentrale Frage zu beantworten: Was ist Dialektik? 250 Referate, gehalten in zwei Plenarsitzungen und täglich gleichzeitig stattfindenden vier Sektionssitzungen, zahlreiche Abendveranstaltungen, Diskussionen, private Gespräche, Meinungsaustausch und Streitgespräch können nur annähernd Ausdruck der vielfältigen Formen und Möglichkeiten sein, in denen die angestrengte Arbeit am Begriff sich vollzog. Eine Atmosphäre offener, herzlicher Gastfreundschaft garantierte in freier Aussprache ein vielfältiges Meinungsspektrum, in dem antidialektisches und antimarxistisches Gedankengut nicht unvermittelt dem dialektisch-materialistischen gegenüberstand, sondern durch Streit, Widerspruch und Negation auf Vermittlung und Aufhebung hin angelegt war.

An Hegel, an Hegels Dialektik, bewährte sich die Einheit von Politik und Philosophie; Hegels Philosophie faßt ihre Zeit in Gedanken, und die Grenze seiner Philosophie erscheint als Ausdruck der Schranke der politischen Wirklichkeit seiner Zeit. Diesen Gedanken formulierte Manfred Buhr in seinem Referat: „Die Kraft der materialistischen Dialektik". Bei Hegel reifte, formuliert als der zentrale Ausdruck der Dialektik, daß mit der Entstehung der Dinge zugleich ihr Untergang gesetzt ist, daß die Stunde ihrer Geburt die Stunde ihres Todes ist, die Erkenntnis, daß die Faktizität der bürgerlichen Gesellschaft im Widerspruch zum Totalitätsanspruch der Vernunft steht. Hegel nimmt Zuflucht, in der Ahnung des unlösbaren Widerspruchs von Eigentum und Realisierung der Vernunft in der bürgerlichen Gesellschaft, zur beobachtenden Vernunft und sieht den Fortschritt des Denkens. Die Reduktion des Anspruchs der Vernunft auf die Betrachtung ihrer selbst führt zur weltgeschichtlichen Rückerinnerung. Die materialistische Dialektik dagegen verändert die Bedingungen, die die Vernunft zwingen, lediglich beobachtend zu sein, und macht in der Bindung an das Proletariat Geschichte als bewußt zu gestaltende Realität für die Zukunft fruchtbar. „Die Arbeiterklasse hat nicht die Aufgabe, zum Feudalismus zurückzukehren oder auf dem Boden des Reformkapitalismus zu stagnieren, sondern zum Sozialismus fortzuschreiten. Die von der objektiven Tendenz der Geschichte Wissenden realisieren die Kraft der Dialektik" (Buhr).

Dies anerkennen, heißt, Eduard Gans, dem Freund und Kollegen Hegels, recht

geben, der den Blick auf die Zukunft der Hegelschen Philosophie richtet, und die neue zukünftige Philosophie begrüßt, die als Ausdruck einer „anderen Auffassung der auch veränderten Wirklichkeit" die Philosophie Hegels dann aufhebt, wenn ihre „Zeit philosophisch um" ist (Gans, Vorrede zur Rechtsphilosophie, 1833).

Daß diese Auffassung kaum allgemein akzeptierter Ausdruck der Zukunftserwartung der Hegelschen Philosophie werden könnte, dafür sorgten so profilierte und konträre philosophische Grundhaltungen, wie sie den Referaten von B. M. Kedrow, T. I. Oiserman, Manfred Buhr, Günter Kröber, Robert Steigerwald, Hans-Jörg Sandkühler, Lucien Sève, Louis Althusser oder Hermann Lübbe, Werner Marx, Dieter Henrich, Rudolf Meyer, Ivan Soll und Claude Bruaire zugrunde lagen. Es soll darauf verzichtet werden, Kurzfassungen des Inhalts der vorgetragenen Referate wiederzugeben. Betrachtet man den Pressespiegel, zumindest den deutschsprachigen, zum Hegel-Kongreß, so scheinen die Schwierigkeiten und Gefahren eines solchen Verfahrens deutlich auf. Nur am Rande sei vermerkt: Die Italiener, die der Korrespondent der „Welt" so sehr bewundert, waren nicht da (vgl.: „Die Welt" vom 9. September 1974). Der „gespenstige Auftritt des alten F. Pawlow", den Michael W. Fischer in der „Zeit" erwähnen zu müssen meinte (vgl.: „Die Zeit" vom 6. September 1974) fand nicht statt; es referierte Todor Pawlow. Erich Hahn aus der DDR, den Werner Becker in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" zu den Teilnehmern der DDR zählte, referierte zur gleichen Zeit in Tokio . . . Anstelle von Fehlzeichnungen und Fehldeutungen sei auf die korrekte Publikation der Konferenzmaterialien verwiesen, die das neue Hegel-Jahrbuch bringen wird. Hans-Bert Reuvers

Hefte zum Geschichts- und Sozialkundeunterricht

Herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Frank Deppe, Prof. Dr. Georg Fülberth, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Prof. Dr. Hans Karl Rupp.
Redaktion: Dr. Horst Ermel.

In der Auslieferung:

1. Horst Ermel, Der Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus in Deutschland
2. Georg Fülberth, Die Wandlung der deutschen Sozialdemokratie vom Erfurter Parteitag 1891 bis zum Ersten Weltkrieg
3. Dieter Halfmann, Der Anteil der Industrie und Banken an der faschistischen Innenpolitik
5. Ulrich Albrecht, Die Wiederaufrüstung der BRD

In Vorbereitung:

4. Dieter Halfmann, Der Anteil der Industrie und Banken an der faschistischen Außenpolitik
6. Anne und Gerhard Weiß, Geschichte der deutschen Spaltung von 1945 bis 1955
7. Hans Karl Rupp, Sozialismus und demokratische Erneuerung. Die Konzeptionen der Parteien in den Westzonen nach 1945

Je Heft 48 Seiten Umfang, Preis DM 3,—

Pahl-Rugenstein Verlag

BASF – Zur Anatomie eines multinationalen Konzerns

Von Jürgen Räuschel

Der nachstehend abgedruckte Beitrag ist Teil einer breitangelegten Studie, die Ende des Jahres unter dem Titel „BASF — Anatomie eines multinationalen Konzerns" im Pahl-Rugenstein Verlag als Buch erscheinen wird. Neben der hier dargestellten exemplarischen Entwicklung der BASF zu einem wirtschaftlichen Riesen mit globalen Ambitionen ist Gegenstand des Buches die soziale und politische Macht, die einen Konzern dieser Größenordnung zu einem Staat im Staate werden läßt. Dabei werden die Besitzverhältnisse und die Organisations- und Leitungsstruktur ebenso untersucht wie die wirtschaftliche und soziale Lage der Beschäftigten, Lohnstruktur und Lohnsumme, Bilanzen, Gewinne und Steuern. Eine Schlüsselfrage des Autors lautet: Von wem und nach welchen Gesichtspunkten werden Entscheidungen gefällt, die über Zehn- und Hunderttausende unmittelbar Beschäftigter hinaus nicht nur ökonomisch tief in die Entwicklung ganzer Regionen eingreifen? Wo sind die Ansatzpunkte für eine Politik der Mitbestimmung und der Demokratisierung? Wir halten es für erforderlich, die Diskussion über die Rolle der Monopole und multinationalen Konzerne, deren unkrontrollierte Macht inzwischen auch die UNO beschäftigt, über Mitbestimmung und Vergesellschaftung stärker auf die Grundlage konkreter Analysen über die maßgeblichen Konzerne und Industriezweige zu stellen. Nach der Untersuchung des Chemiebereichs (vgl. auch Henning Friege und Peter M. Kaiser, Die IG-Farben-Nachfolger BASF, Bayer und Hoechst als multinationale Konzerne, in „Blätter", 6/1974), werden wir in unregelmäßiger Folge weitere Industrie-Analysen veröffentlichen.
D. Red.

In einem Werbeprospekt der BASF über den Wiederaufbau des Konzerns nach dem Zweiten Weltkrieg heißt es [1]: „Nur sechs Prozent der Werksanlagen waren bei Kriegsende unzerstört. ... Mit 800 Mann Belegschaft begann 1945 der Wiederaufbau. 1947 zählte das Werk zwar schon wieder über 20 000 Mitarbeiter. Doch erst die Währungsreform schuf die Grundlage für einen echten wirtschaftlichen Neubeginn und damit für einen Wiederaufstieg der BASF." Die Badische Anilin- & Soda-Fabrik AG wurde als eine der zwölf Nachfolgegesellschaften der IG-Farben am 30. Januar 1952 neu gegründet. Die Eintragung ins Handelsregister des Amtsgerichts Ludwighafen vom 5. Februar 1952 stellte auch formal die Rechte der alten Aktionäre wieder her. Ein umfangreicher Beteiligungserwerb machte die BASF schnell zum nationalen und nach wenigen Jahren schon zum multinationalen Großkonzern. Dies sind die wesentlichen Stationen auf dem Weg zum Weltunternehmen [2]:

1953: Eingliederung der Steinkohlenzeche Gewerkschaft Auguste Victoria, Marl. Übernahme eines 50-%-Anteils vom Kapital der Rheinischen Olefinwerke GmbH, Wesseling (die andere Hälfte hält der Shell-Konzern). 46-%-Beteiligung an der Chemischen Fabrik Holten GmbH. 30-%-Beteiligung an der Duisburger Kupferhütte. *1955:* 17-%-Beteiligung an den Buna-Werken Hüls. *1956:* 25-%-Beteiligung an der Cassella Farbwerke Mainkur AG, Frankfurt/Main, ferner 15-%-Anteil an den Süddeutschen Kalkstickstoffwerken. *1962:* BASF Kraftwerk Marl GmbH (100 %). *1964:* Gründung der BASF Nyloprint GmbH.

[1] „Handelsblatt" v. 13. 11. 1972.
[2] Alle Angaben, soweit nicht anders vermerkt, aus den BASF-Geschäftsberichten 1964—1973.

Im Ausland verlief der Vormarsch noch rasanter. Schon 1954 engagierte sich die BASF in Kanada, 1955 in Brasilien, 1956 in Argentinien und abermals Brasilien, 1958 in den USA, 1960 in Indien, 1962 in Japan, 1963 in Australien, 1964 in Mexiko und verstärkt in den USA. Daneben sind insbesondere die Gründungen von BASF-Tochtergesellschaften in Frankreich (Suma SA, Dispersions Plastiques SA) und Belgien (BASF Antwerpen NV) von Bedeutung. Die Expansion wird durch eine geschickte „Bündnispolitik" der Konzernleitung sehr erleichtert. Es handelt sich bei fast allen größeren Engagements jener Zeit um Gemeinschaftsgründungen zusammen mit anderen Konzernen. So entstehen 50-50-Unternehmen mit der Dow Chemical Company, der Sté. Ugine-Kuhlmann, der Mitsubishi Petrochemical Company und anderen Großkapitalgruppen. Bis zum Jahre 1964 einschließlich halten sich die Firmenkäufe und -gründungen im Ausland in verhältnismäßig engen Grenzen. Die Höhe der Beteiligungen bewegt sich bei der BASF AG stets zwischen 10 und 15 % des gesamten Anlagevermögens. Der Ausbau der Muttergesellschaft in Ludwigshafen hält bis dahin Schritt.

Ab 1965 wird das anders. So steigt der Anteil der Beteiligungen in den Folgejahren 1965 — 19,7 %, 1966 — 22,3 %, 1967 — 28,1 %, 1968 — 33,1 %, 1969 — 42,6 %, 1970 — 41,4 %, 1971 — 44,7 %; im Jahre 1972 übersteigen die Beteiligungen mit 50,7 % erstmals das Sachanlagevermögen der AG. Hinter diesen nüchternen Zahlen verbergen sich folgende wesentlichen Ereignisse.

1965: Die BASF kauft aus Familienbesitz den gesamten Glasurit-Konzern mit Tochtergesellschaften in Großbritannien, Italien und Brasilien. Die Majorität der Chemischen Düngerfabrik Rendsburg wird übernommen (zwei Jahre später geht das Unternehmen ganz in BASF-Besitz über). Durch die Gründung der Badocol Chemicals Pty. Ltd. (50 %) in Australien wird die Zusammenarbeit mit dem Dow-Konzern intensiviert. In den Niederlanden baut die BASF zusammen mit der Verenigde Kunstmestfabrieken Mekog-Albatros die Ammoniak-Unie NV auf. Die Finanzierungsgesellschaft BASF Holding Luxemburg SA wird gegründet; sie legt zwecks weiterer Expansion sofort eine 80-Mio-DM-Anleihe auf.

1966: Eine weitere Finanzierungsgesellschaft, die Basfin Corporation, New York, wird gegründet, die einen Kredit von zunächst 20 Mio, später weiteren 10 Mio US-$ aufnimmt. Gründung der Badischen Phillips Petroleum NV, Antwerpen/Belgien; 50 % hält der US-Mineralölkonzern Phillips Petroleum Company. Unter Beteiligung der Arrahona SA (25 %) entsteht die BASF Española SA in Barcelona/Spanien. Die BASF und der Shell-Konzern (50 %) vereinigen ihre Chemie-Interessen in der Compagnie Chimique de la Méditerranée in Paris. Der Vertrieb in aller Welt wird gestrafft, die BASF tritt stärker unter ihrem Namen auf; u. a. marschiert der Konzern jetzt mit den Tochtergesellschaften BASF United Kingdom Ltd., London; BASF Agritalia S.p.A., Milano; BASF (Nigeria) Ltd., Lagos; BASF (Ethiopia) Ltd. P.L.C., Addis Abeba; BASF (Thai) Ltd., Bangkok; BASF South Africa (Pty.) Ltd., Johannesburg; BASF Mexicana SA, México; BASF Australia Pty. Ltd., Melbourne.

1967: Die BASF Holding Luxemburg begibt eine neue Anleihe über 120 Mio DM. In weiteren Ländern klappt die BASF ihr Visier hoch: Die Indoplast, Bombay, ändert ihren Namen in BASF India Ltd. Die venezolanische Sumintex SA, Carácas, heißt nunmehr BASF Venezolana SA. Die BASF beteiligt sich mit 50 % an der Lurex NV, Amsterdam, und ihren Tochtergesellschaften in Frankreich und Großbritannien; die restlichen 50 % hält die Dow Chemical Company. Die Danubia Olefinwerke in Schwechat/Österreich werden gegründet; an ihnen sind die BASF und die staatliche Österreichische Stickstoffwerke AG, Linz, je zur Hälfte betei-

ligt. Die BASF kauft die Dr. Beck & Co. AG, Hamburg, mit ihren Produktionsstätten in Norddeutschland, Großbritannien, Italien und Indien auf. Ferner schluckt sie die Phrix AG, Hamburg, mit zahlreichen Tochtergesellschaften sowie die Denkendorf Forschungsgesellschaft für Chemiefaserverarbeitung mbH. Für den Forschungsbereich ist die Gründung der IDC Internationalen Dokumentationsgesellschaft für Chemie mbH, Frankfurt/Main, von Bedeutung, an der sich neben der BASF zehn weitere Chemie-Unternehmen beteiligen. Die Minderheitsbeteiligung an den Buna-Werken Hüls wird an Bayer und Hoechst zu gleichen Teilen abgegeben. Der Geschäftsbericht 1967 spricht von „beachtlichen Fortschritten" für das ganze Unternehmen.

1968: Die BASF verkauft ihre 15-%-Beteiligung an den Süddeutschen Kalkstickstoffwerken. Die Dow Chemical Company scheidet aus einer australischen Gemeinschaftsgründung aus, übernimmt dafür einen 50-%-Anteil an der Phrix AG. Der amerikanische General-Electric-Konzern verkauft seinen 50-%-Anteil an dem bisherigen BASF-GE-Gemeinschaftsunternehmen Computron Inc. an die BASF (das Unternehmen heißt seit 1969 BASF Systems Inc.). In Nord- und Südamerika, besonders in den USA, in Argentinien, Brasilien und Chile, werden etliche Unternehmen aufgekauft. Auch im Inland schiebt sich der BASF-Konzern voran: Voll wird die Nordmark-Werke GmbH in Hamburg, zu mehr als 70 % die Herbol-Werke Herbig-Haarhaus AG, Köln, übernommen. Aber der Coup des Jahres ist der Erwerb des Wintershall-Konzerns (Aktienkapital der Wintershall AG: 176 Mio DM, Konzernumsatz knapp 2 Mrd DM, ca. 13 000 Beschäftigte) mit zahlreichen Tochtergesellschaften im In- und Ausland, darunter der Burbach-Kaliwerke AG, der Guano-Werke AG, der Kali-Bank AG, der G. Siegle & Co. GmbH sowie der Kast+Ehinger GmbH; ferner sind die Erdöl-Raffinerie Mannheim GmbH, die Kali und Salz AG sowie die Salzdetfurth AG als Wintershall-Beteiligungsgesellschaften zu erwähnen. „Die BASF-Gruppe befand sich im Jahr 1968 weiter auf Expansionskurs", sagt der Geschäftsbericht.

1969: „Die Entwicklung der BASF-Gruppe im Jahr 1969 ist durch eine starke Expansion gekennzeichnet", heißt es auch im Jahr darauf. Diesmal trifft es einen amerikanischen Konzern: Die BASF kauft für 93,7 Mio US-$ die Wyandotte Chemicals Corporation mitsamt ihren Tochtergesellschaften, wobei ein 45-%-Anteil der Marles-Kuhlmann-Wyandotte SA, Paris, größere Bedeutung hat (der BASF-Anteil wird 1972 auf 50 % erhöht). Die amerikanische Neuerwerbung unterhält acht Produktionsstätten in den USA. Umsatz 1969: 153 Mio US-$. Weitere Expansionsschwerpunkte: Durch den Kauf einer 50-%-Beteiligung an der Elastomer AG, Chur/Schweiz, wurde die BASF Teilhaber einer stark expandierenden Firmengruppe, die — ebenso wie Wyandotte — Spezialkunststoffe (Polyurethanschaumsysteme) herstellt und verarbeitet (Umsatzzuwachs der Firmengruppe 1969: rund 50 %). In der Türkei gründet die BASF mit der Sümerbank zusammen die BASF-Sümerbank Türk Kimya Sanayii A.S., Istanbul, und übernimmt 60 % der Kapitalanteile. In Lateinamerika werden weitere Unternehmen aufgekauft sowie neue Produktionsstätten errichtet. Eine Übersichtskarte Lateinamerikas in einer werksinternen Publikation [3]) zeigt „wichtige" Tochter- und Beteiligungsgesellschaften mit 28 Produktionsstätten in Mexiko, Guatemala, Nikaragua, Panama, Kolumbien, Venezuela, Ekuador, Peru, Chile, Argentinien, Brasilien, Uruguay und auf Jamaika und Curaçao. Der Erwerb eines mittleren Unternehmens in Kanada und die Gründung der BASF Pakistan Ltd. runden die Auslands-Aktivitäten des BASF-Konzerns im wesentlichen ab. In der BRD, in der schon im Rahmen des Elastomer-Anteilserwerbs etliche 50-%-Beteiligungen ab-

[3]) „BASF Information" (Hrsg. Abt. Öffentlichkeitsarbeit der BASF) Nr. 1/70, S. 4 f.

gefallen sind, seien noch die Gründung der BASF automation Heidelberg GmbH (BASF-Anteil 60 %) und der Ultraform GmbH (50 % BASF, 50 % Degussa), Ludwigshafen, genannt. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die BASF in diesem Jahr in die Gruppe der größten und aggressivsten Konzerne der Welt vorgestoßen ist. Der Konzernumsatz erreicht 9 Mrd DM, die Investitionen 1,2 Mrd DM, die Aktionäre kassieren eine Dividende von 292 Mio DM, welche mittlerweile rund 95 000 Konzernangehörige in aller Welt erarbeiten.

1970: Das Jahr beginnt mit einer freiwilligen Entflechtungsaktion der drei größten IG-Farben-Nachfolger: Gemeinsam betriebene Tochtergesellschaften bzw. Beteiligungen werden so hin- und hergeschoben, daß man sich letztlich stärker gegeneinander abgrenzt. Ergebnis für den BASF-Konzern: 1) Die BASF gibt ihre 25,4-%-Cassella-Beteiligung an die Farbwerke Hoechst ab. 2) Bayer reicht der BASF ihre 25,6-%-Beteiligung an Herbol herüber (die BASF besitzt daraufhin mehr als 95 % am Herbol-Kapital und gliedert das Unternehmen ein). 3) Bayer zahlt der BASF eine Wertdifferenz von 46,3 Mio DM bar auf die Hand. Damit ist nur noch ein inländisches Unternehmen, die Duisburger Kupferhütte, im gemeinschaftlichen Besitz von BASF, Bayer und Hoechst. — Wegen größerer Verluste des Chemiefaser-Beteiligungsunternehmens Phrix AG werden die Werke Krefeld, Okriftel und — teilweise — Siegburg stillgelegt und rund 3400 Arbeiter und Angestellte entlassen (was Jungfilmer zum Anlaß nehmen, den Streifen „Rote Fahnen sieht man besser" zu drehen). Die Phrix-Pleite resultiert nicht so sehr aus den Verlusten des Unternehmens, denn es war abzusehen, daß die Durststrecke für Phrix bald zu Ende gewesen wäre, und die BASF hat früher schon andere Konzernbetriebe, so etwa die Gewerkschaft Auguste Victoria, jahrelang durchgeschleppt, bis sie wieder mit Gewinn arbeiteten. Vielmehr hat sich wohl die Konzernleitung durch die vielen Firmenkäufe insgesamt etwas übernommen. Der Geschäftsbericht: „Das Vermögen der Gruppe" (gemeint ist der Gesamtkonzern) „ist zu 73 Prozent langfristig finanziert; zu rund 30 Prozent ist es durch Eigenkapital gedeckt." Eine derart dünne Eigenfinanzierung hat das Unternehmen bislang nicht gehabt. Die 70er Gewinn- und Verlustrechnung der Muttergesellschaft weist einen Zinsaufwand für Fremdkapital von 250 Mio DM auf; in der Gewinn- und Verlustrechnung des Inlandskonzerns werden sogar 295,5 Mio DM genannt, Zahlen, die bis dahin für die BASF ohne Beispiel sind. Über die Hintergründe der Phrix-Stillegungen ist niemals etwas Genaueres bekanntgeworden. Die Phrix-Beschäftigten jedenfalls bezahlen die Expansionspolitik mit ihrem Arbeitsplatz. Als ein Jahr später ein Chemiefaser-Boom einsetzt, der Phrix in der Folgezeit enorme Gewinne beschert hätte, ist nichts mehr zu ändern.

Die Konzernleitung verzichtet nicht auf weitere Firmenkäufe. An der Röhm GmbH, Darmstadt, die zahlreiche Tochtergesellschaften im In- und Ausland betreibt, wird eine Beteiligung von 27,7 % übernommen. Ein nicht ganz kleines Unternehmen in Kanada, die Firma Howards & Sons Ltd., Cornwall/Ontario, wird dem US-amerikanischen Grace-Konzern abgekauft. Ferner gründet die BASF zusammen mit der Firma Freudenberg & Co, Weinheim, die Lutravil Spinnvlies sowie in Australien zusammen mit dem britischen ICI-Konzern die Pigment Manufacturers of Australia Ltd. Ende Mai 1970 umfaßte der BASF-Konzern 288 Tochter- und Beteiligungsgesellschaften (44 Inland, 76 Ausland) mit zusammen 140 Produktionsstätten[4]). — Die wachsende Größe und Vielfalt des Konzerns macht eine umfassende Leitungs-Neuorganisation erforderlich. Es werden „operative Ressorts" geschaffen, „in denen sich das geschäftliche Geschehen ertragsbezogen in chemisch-technisch-kaufmännischer Gesamtverantwortung abwickelt, und funktionale Ressorts, die

4) Ebd., Nr. 7/70, S. 2.

der ganzen Gruppe" (gemeint ist der Gesamtkonzern) „ihre Dienste zur Verfügung stellen" [5]). Operative Ressorts sind: Grundchemikalien, Öl und Gas, Agrochemikalien; Kunststoffe und Fasern; Farbstoffe, Chemikalien, Dispersionen; Verbraucherprodukte, Verkaufskoordination und Verteilung; Technik; außereuropäische Regionen (dieses Ressort ist geographisch gegliedert). Die funktionalen Ressorts: Forschung; Finanzen; Personal; dem Vorstandsvorsitzenden direkt unterstellte Einheiten (dazu gehören u. a. Recht, Steuer und Versicherung sowie Zentrale Planung). — Der Konzernumsatz erreicht 1970 mehr als 10,5 Mrd DM, die Investitionen 1,6 Mrd DM; rund 106 800 Arbeiter und Angestellte erarbeiten eine Dividendensumme von 306,7 Mio DM.

1971: In diesem Jahr geht es nur langsam voran. Eine Reihe Faktoren wirken zusammen: die übermäßigen Zentralisations- und Konzentrationsbewegungen der letzten zwei Jahre, die im Verhältnis zum Gewinn sehr hohe Dividendenzahlung des Jahres 1970, die Währungskrise und die Rezession im Inland. Dennoch gibt es einige bemerkenswerte Vorgänge im Beteiligungsbereich. Die BASF kauft auch die restlichen 50 % des Elastomer-Konzerns mit seinen 24 Beteiligungsgesellschaften in der BRD und weiteren Tochtergesellschaften in den USA, Japan, Großbritannien, Brasilien, Südafrika und anderen Ländern. In der Republik Elfenbeinküste wird die BASF Afrique de l'Ouest S.a.r.l., in Kamerun die BASF Cameroun S.a.r.l. gegründet. Zusammen mit der Firma Azote & Produits Chimiques SA gründet die BASF die 50%ige Beteiligungsgesellschaft Société Colles et Résines Adhésives du Midi. Der BASF-Konzern zählt nunmehr 121 Inlands- und 180 Auslandsgesellschaften mit einem BASF-Kapitalanteil von mindestens 50 %. — Konzernumsatz: 11,2 Mrd DM (oder nach einer neuen Erfassungsmethode [6]): 10,2 Mrd DM). Investitionen: 922 Mio DM. Dividendensumme: 227 Mio DM, erarbeitet von 93 022 Arbeitern und Angestellten [7]). Die Konzernleitung versucht, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Unternehmens durch ungewöhnlichen Druck auf das Arbeitstempo sowohl in Produktionsbetrieben als auch in der Verwaltung wettzumachen. „Mitarbeiter", die aus gesundheitlichen Gründen gelegentlich arbeitsunfähig sind, werden mündlich und schriftlich verwarnt und ihnen die Entlassung in Aussicht gestellt. Der Vorstand will kurzarbeiten lassen. Der Betriebsrat widerspricht mit Erfolg. Aber nun werden Umsetzungen größeren Ausmaßes vorgenommen, wobei die Betroffenen erhebliche Lohneinbußen haben. Die den Beschäftigten stets zum Jahresende gezahlte Jahresprämie wird gekürzt [8]). Die Tarifverhandlungen des Jahres 1971 haben zum erstenmal seit der Neugründung der BASF keine Erhöhung des Effektivlohns mehr gebracht. Dafür erhöht sich die Arbeitsproduktivität: Während der Pro-Kopf-Umsatz bei der BASF AG im Vorjahr noch 94 603 DM betrug, erreicht er nun 104 862 DM. Das entspricht einer Steigerung von 10,8 %.

1972: Die Sparmaßnahmen des Jahres 1971 zahlen sich aus, die Expansion geht weiter. Die BASF erhöht ihren Beteiligungsanteil an der Röhm GmbH von 27,7 auf mehr als 38 %. Von der Dow Chemical Company wird der 25-%-Anteil in der Phrix AG für 12 Mio DM zurückgekauft. Der durch die Pleite von 1970 diskreditierte Firmenname wird geändert in BASF Spinntechnik AG (das Unter-

5) Zit. nach dem Börsenzulassungs-Prospekt der BASF vom Januar 1974, in: „Bundesanzeiger" v. 6. 2. 1974, S. 10 ff.
6) Über die Erfassungskriterien vgl. BASF-Geschäftsbericht 1971, S. 10, Fußnote.
7) Die geänderten Erfassungskriterien für Beteiligungsgesellschaften betreffen auch die Feststellungen über die Zahl der Belegschaftsangehörigen. Nach den neuen Kriterien hätten 1970 nur 96 085 BASF-Arbeiter und -Angestellte ausgewiesen werden dürfen.
8) Vgl. „die anilin", Betriebszeitung der DKP, Ludwigshafen; besonders die Ausgaben Nr. 17 („Werksleitung wollte Kurzarbeit einführen", „Die Angstmacher", „Alt, daher überflüssig"), Nr. 19 („Ärztliche Kündigung", „Schärfere Maßnahmen", „Klamm muß weg vom Fenster") und Nr. 28 („Zum Jahreswechsel") vom März, April und Dezember 1971.

nehmen geht später in der BASF Farben + Fasern AG auf). Die BASF erwirbt von dem französischen Chemiekonzern Péchiney-Ugine-Kuhlmann eine 50-%-Beteiligung an der Firma Dekachimie, stockt ihre 45-%-Beteiligung an der Marles-Kuhlmann-Wyandotte auf 50 % auf, und beide Unternehmen werden per Fusion zusammengefaßt; das westdeutsch-französische Gemeinschaftsunternehmen firmiert nun unter dem Namen Eurane (Européenne du Polyuréthane) SA. Die BASF Farben+Fasern AG wird gegründet. Sie nimmt unter ihrem Firmendach alle 100%igen Tochtergesellschaften der Produktionsbereiche Lackchemie, Spezialfarben und Fasern auf (Glasurit, Herbol, Siegle, Kast+Ehinger, BASF Spinntechnik alias Phrix). Auch der Produktionsbereich Kali und Salz AG/Salzdetfurth AG wird umstrukturiert. Die beiden Firmen fusionieren zur neuen Kali und Salz AG, der Name Salzdetfurth verschwindet. Schließlich fusionieren auch die beiden amerikanischen BASF-Töchter BASF Systems und BASF Wyandotte. Unter der Überschrift „BASF AG — halb Holding, halb Produzent" schreibt die Fachzeitschrift „Chemische Industrie" [9]: „In der Bilanz der BASF AG für das Geschäftsjahr 1972 übertreffen die Finanzanlagen erstmals die Sachanlagen. Das bedeutet: Die Muttergesellschaft des weltweiten Chemiekonzerns ist jetzt mehr Holding als Produktionsgesellschaft. ... Wie Vorstandsvorsitzer Prof. Timm der Presse erläuterte, stand das Geschäftsjahr 1972 unter dem elementaren Auftrag, die Rendite zu verbessern. Daß dieser Auftrag erfüllt wurde, ist aus den Ertragsziffern deutlich abzulesen." Der Konzernumsatz steigt um 16 % auf über 11,8 Mrd DM. Investitionen: 915 Mio DM. Der in der Handelsbilanz ausgewiesene Gewinn beträgt 279 Mio DM, wovon 229 Mio als Dividende unter die Aktionäre geschüttet werden. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten des Gesamtkonzerns ist auf 104 054 angewachsen.

1973: Zum erstenmal seit rund 50 Jahren wird bei der BASF in Ludwigshafen wegen Lohnforderungen gestreikt. Nachdem die Frühjahrs-Tarifverhandlungen gescheitert sind und aufgrund der Schlichtungsangebote eine Effektivlohn-Kürzung droht, legen Tausende Aniliner die Arbeit nieder und demonstrieren auf und vor dem Werksgelände. Der spontane Lohnkampf erfaßt nicht nur Arbeiter in der Produktion, sondern auch Verwaltungsangestellte. Infolge der „unbeugsamen Haltung der Mitglieder und Vertrauensleute der BASF", so die IG Chemie [10], wird die von Unternehmern und Regierung inoffiziell diktierte 10-%-Lohnerhöhungsgrenze durchbrochen. Der geforderte BASF-Haustarif wird allerdings nicht erreicht. — In diesem Jahr wendet sich die IG Chemie verstärkt den Problemen zu, die sich aus der multinationalen Verflechtung des Großkapitals ergeben. Nachdem schon der 9. Ordentliche Gewerkschaftstag 1972 in Reden und Beschlüssen forderte, die multinationalen Konzerne wirksamen Kontrollen zu unterwerfen, beginnt die IG Chemie 1973 eine Vortragsreihe mit Politikern und Gewerkschaftern unter dem Arbeitstitel: „Kontrollierter Kapitalismus oder Supermacht der Konzerne?" [11] Auf dem 15. Ordentlichen Kongreß der Internationalen Föderation der Chemie- und Fabrikarbeiterverbände 1973 wird in erster Linie beraten, wie die Gewerkschaften verstärkt gegen die multinationalen Konzerne vorgehen können [12]. Der Verband der Chemischen Industrie bildet eine Arbeitsgruppe „Internationale Unternehmensfragen" mit der Begründung [13]: „Die gesamte öffentliche Diskussion über multinationale Unternehmen ist emotionell überreizt. Es wird daher viel darauf ankommen, daß von seiten der Industrie"

[9] „Chemische Industrie", Nr. 6/1973, S. 367 ff.
[10] Erwin Grützner, Bilanz der Chemierunde, in: „gp — Gewerkschaftspost", Zeitung der IG Chemie-Papier-Keramik, Nr. 7/1973, S. 2.
[11] „presse-dienst" Nr. IX/48 der IG Chemie-Papier-Keramik v. 10. 10. 1973.
[12] Ebd., Nr. IX/55 v. 23. 10. 1973.
[13] Geschäftsbericht 1972/1973 des Verbandes der Chemischen Industrie e. V., Frankfurt/M, S. 15.

(gemeint sind die Unternehmer) „eine sachliche und fundierte Gegendarstellung gegeben wird, ohne dabei die Augen vor den echten Problemen zu verschließen." Vor dem Wirtschafts- und Sozialausschuß der UNO beginnen Hearings über multinationale Unternehmen, eine EG-Kommission und ein OECD-Ausschuß befassen sich mit dem gleichen Thema [14]). — Gemessen an der internationalen Aufmerksamkeit, welche die multinationalen Unternehmen in diesem Jahr finden, und dem erwachenden Selbstbewußtsein der „Aniliner" in Ludwigshafen geraten die Expansions-Sondermeldungen des Konzerns nunmehr in ein anderes Licht: Im November gibt der Vorstand bekannt, daß der Konzernumsatz in den ersten drei Quartalen 1973 bereits die 10-Mrd-DM-Grenze überschritten hat und der Konzerngewinn vor Steuern schon 790 Mio DM beträgt [15]). Und ein Inserat vom 31. Dezember 1973 weist einen Konzern-Jahresumsatz von 14 Mrd DM aus [16]). Das entspricht gegenüber 1972 einer Zunahme von 17 %. Das multinationale Unternehmen BASF ist die Nr. 1 in der westdeutschen Großchemie.

BASF-Jahresumsätze im Vergleich zu den Bruttosozialprodukten verschiedener Länder für das Jahr 1970 in Mrd DM (umgerechnet zum damaligen Kurs 1 US-$ = 3,66000 DM)

Kuba	*16,3*	*Dominikanische Republik*	*5,2*
Marokko	*13,2*	*Sri Lanka*	*5,2*
Libyen	*12,5*	*Tansania*	*5,0*
Irak	*11,3*		
Ghana	*9,7*	*BASF AG (MUTTERGESELLSCHAFT)*	*4,9*
BASF-GESAMTKONZERN	*9,6*	*Tunesien*	*4,6*
Uruguay	*8,7*	*Jamaika*	*4,6*
Birma	*8,2*	*Uganda*	*4,6*
BASF-INLANDSKONZERN	*7,4*	*El Salvador*	*3,9*
		Afghanistan	*3,9*
Äthiopien	*6,9*	*Panama*	*3,9*
Guatemala	*6,8*	*Kamerun*	*3,8*
Sudan	*6,8*	*Costa Rica*	*3,6*
Mozambique	*6,7*	*Madagaskar*	*3,6*
Syrien	*6,4*	*Khmer (Kambodscha)*	*3,6*
Ekuador	*6,4*	*Nepal*	*3,4*
Kenia	*6,1*	*Bolivien*	*3,2*
Angola	*6,1*	*Nikaragua*	*3,1*
Sambia	*6,0*	*Paraguay*	*2,3*
Libanon	*5,9*	*Jordanien*	*2,1*
Elfenbeinküste	*5,4*	*Haiti*	*1,9*
Rhodesien	*5,4*	*Laos*	*1,3*

Quelle: BASF-Geschäftsbericht 1970; Bericht zur Entwicklungspoitik der Bundesregierung vom 9. November 1973 — Bundestagsdrucksache 7/1236; und eigene Berechnungen.

Daten zum Umsatz, zur Größe und zum Reichtum

Um darzustellen, welche Wirtschaftsmacht hinter einem Umsatz von etlichen Mrd DM steckt, bietet sich ein Vergleich mit der ökonomischen Kraft ganzer Länder an. Die obigen Daten stammen aus dem Jahr 1970; 71er und 72er Daten

14) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, Nr. 117/73, Bonn, 20. 11. 1973.
15) „Handelsblatt" v. 14. 11. 1973.
16) Ebd., 31. 12. 1973.

sind wegen der damals andauernden Wechselkurs-Schwankungen kaum umrechenbar, und neueste Zahlen konnten noch nicht berücksichtigt werden.

Bei der Aufstellung solcher Tabellen bereiten die Umrechnungskurse erhebliche Schwierigkeiten. Die Deutsche Mark war im Jahre 1970 mit Sicherheit unterbewertet [17]). Allein aufgrund der 71er DM-Aufwertung und der entsprechenden Abwertung anderer Währungen klettert der BASF-Umsatz im Vergleich in noch größere Höhen. Tabellen wie die obige geben deshalb in Zeiten großer wirtschaftlicher Unsicherheit mit schwankenden Wechselkursen nur Anhaltswerte.

Über die Marktanteile der BASF bei den verschiedenen Erzeugnissen und Erzeugnisgruppen ist nicht allzuviel bekannt. Aus verschiedenen Quellen kann man dies zusammentragen: Fünf BASF-Fabriken in Ludwigshafen, Willstätt, Gien/Frankreich, Bedford/USA und Guaratingueta/Brasilien produzieren Ton- und sonstige Magnetbänder [18]). Die Magnetbandproduktion eröffnet der BASF den Marsch ins Mediengeschäft. Insbesondere im Kassettenfernsehen, im Bildungswesen und bei den modernen Informationssystemen stehen außerordentlich hohe Profite in Aussicht [19]). Das Institut für Internationale Politik und Wirtschaft in Berlin wies bereits 1971 auf die diesbezügliche Zusammenarbeit der BASF mit führenden Elektrokonzernen und Schickedanz (Quelle-Versand) hin [20]): „Der ökonomische und politische Machtgewinn, den diese Monopolkreise aus der Aneignung moderner Datenspeicherungssysteme als dem entscheidenden Schlüssel zur gesellschaftlichen Information und aus der Kommerzialisierung des Bildungswesens erzielen können, ist gegenwärtig noch gar nicht zu übersehen." Die BASF hat inzwischen die Grundlage für die Konstruktion einer handlichen Video-Kamera mit eingebautem Magnetband-Aufnahmesystem geschaffen; diese Kamera könnte einmal die Super-8-Filmkamera aus dem Weg konkurrieren [20a]). Im Mai 1973 bezifferte der Vorstand den BASF-Marktanteil an Audio-Video-Erzeugnissen in Westeuropa mit rund 30 %, in der kapitalistischen Welt mit 11 % [21]), und dies, bevor die brasilianische Tonbandfabrik ihre Produktion aufgenommen hatte. Für die Bundesrepublik wird man den Marktanteil für Ton- und Magnetbänder (auch für Computer-Bandeinheiten) mit schätzungsweise 75 % anzusetzen haben. — Auf dem Kali- und Steinsalzsektor behauptet die BASF eine Spitzenstellung. Über die Kali und Salz AG hat der BASF-Konzern einen Anteil von 89 % an der gesamten westdeutschen Kaliproduktion [22]). — Ebenfalls überragend ist die Position des Konzerns in der Herstellung von Styropor, einem Schaumpolystyrol, das hauptsächlich auf dem Bausektor (Wärmedämmung) und als Polster-, Stütz- und Füllmaterial bei Verpackungen verwendet wird: Der Anteil der BASF an den Kapazitäten der westlichen Welt beträgt über 50 % [23]). — In der westdeutschen Lackproduktion liegt der Marktanteil des BASF-Konzerns bei rund 20 % [24]). Das ist eine Menge, wenn man bedenkt, daß rund 60 % des Branchenumsatzes von etwa 250 Firmen mit mittelständischem Charakter gemacht werden [25]). — Und der BASF-Anteil an der nationalen Erdöl-Förderung mit 14 % [26]) kann sich ebenfalls sehen lassen, wobei zu berücksichtigen ist, daß überhaupt nur 40 %

17) Vgl. Jürgen Räuschel, Die Währungskrise ist kein Mysterium — wie, wo und warum das Geld mehr oder weniger wert ist, in: „Berliner Extra-Dienst", Nr. 61/VII v. 31. 7. 1973, S. 10 ff.
18) „Chemische Industrie", Nr. 6/1973, S. 360.
19) „Handelsblatt" v. 24. 5. 1973, S. 6.
20) „DWI-Berichte", Nr. 8/1971, S. 22 f.
20a) „Handelsblatt" v. 24. 7. 1974, S. 8.
21) Ebd., 24. 5. 1973. S. 6.
22) Geschäftsbericht 1973 der Kali und Salz AG, Kassel, S. 6.
23) „Mannheimer Morgen" v. 10. 10. 1972.
24) Laut Jahresbericht 1972/73 des Verbandes der Chemischen Industrie e. V., Frankfurt/M, S. 150, wurden 1972 in der BRD Lacke im Wert von 2,9 Mrd DM produziert. Die „Wirtschaftswoche" v. 10. 11. 1972 beziffert den BASF-Konzern-Inlandsumsatz bei Lacken auf „fast 600 Mio. DM". Genauere Zahlen sind auch aus den Geschäftsberichten nicht ermittelbar.
25) „Handelsblatt" v. 28. 5. 1973, S. 9.

der Förderung durch westdeutsche Unternehmen, aber mehr als 60 % durch ausländische Mineralölkonzerne erfolgt [27]). — Über andere Produktionsbereiche liegen neuere Daten nicht vor. Einer Zeitungsmeldung von 1969 lassen sich Inlandsmarktanteil-Schätzwerte für Düngemittel und Pflanzenschutzprodukte (40 %), Kunststoffe (30 %) und Farbstoffe (30 %) entnehmen [28]). Die spärlichen Daten der Geschäftsberichte sagen über die heutigen Verhältnisse nichts aus.

Der Wert der Produktionsanlagen des Konzerns ist auch nicht annähernd bekannt. In der 73er Bilanz der BASF-„Gruppe" (Gesamtkonzern) wird für unbebaute und bebaute, für Bauten auf fremden Grundstücken, für Maschinen und maschinelle Anlagen sowie für die Betriebs- und Geschäftsausstattung ein unaufgeschlüsselter Betrag von 6 191 222 000 DM angegeben. Man braucht nicht daran zu zweifeln, daß dieser Betrag sorgfältig — „nach den Erfordernissen der US-amerikanischen Zulassungs- und Überwachungsstelle für Wertpapiere (Securities and Exchange Commission, SEC)", wie es im Geschäftsbericht heißt — ermittelt worden ist. Es handelt sich dabei jedenfalls nicht um die Erfordernisse einer Liquidationsbilanz, bei der das Sachvermögen zum Veräußerungswert ausgewiesen wird. Die Patente, Gebrauchs-, Geschmacksmuster und Warenzeichen sowie das Know-how der Arbeiter und Angestellten des Konzerns entziehen sich von vornherein einer Bewertung in Mark und Pfennig.

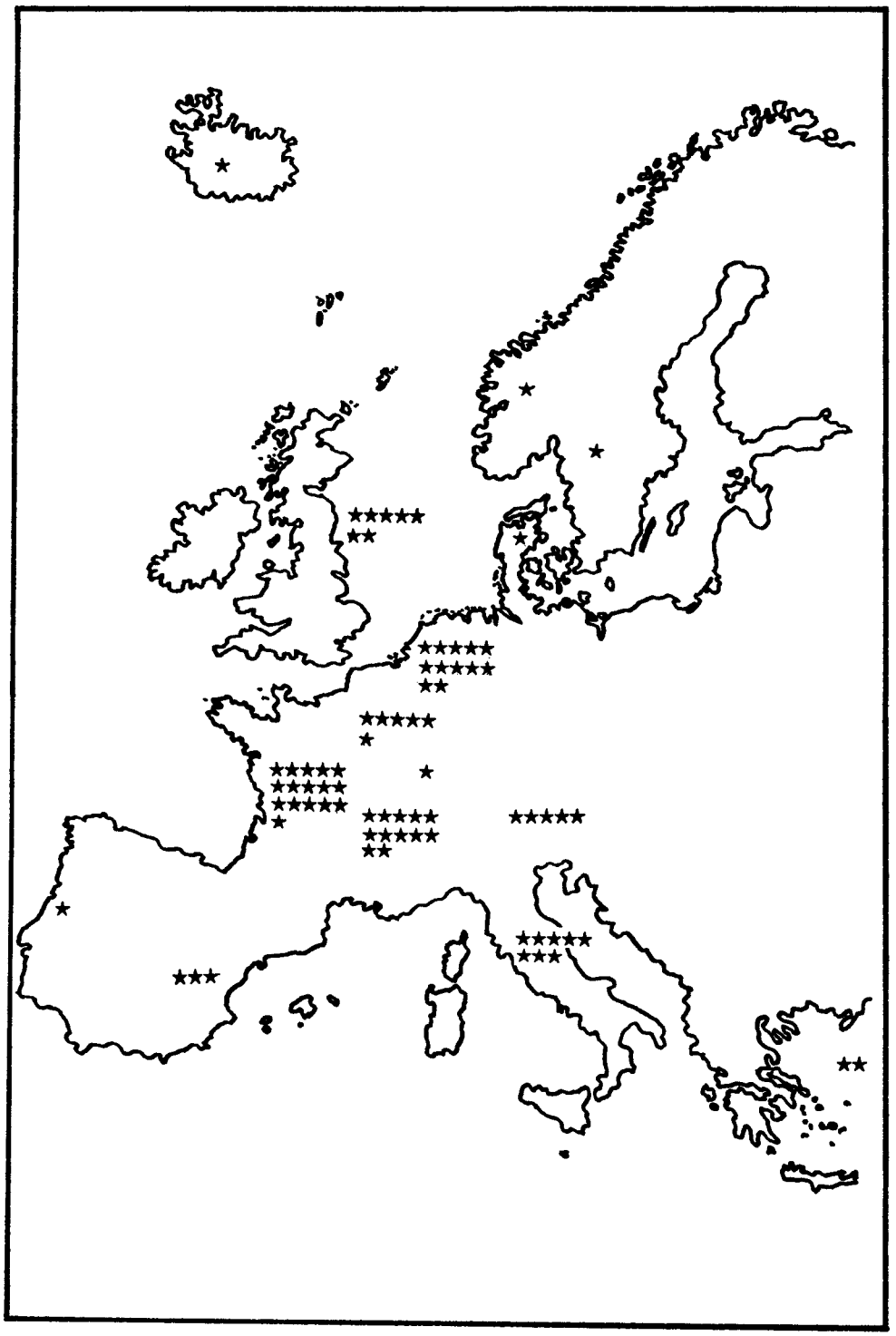
Nach der Zahl der Beschäftigten des Jahres 1972 lag der BASF-Konzern in der Vergleichstabelle aller bundesdeutschen Unternehmen an achter Stelle, nach dem Umsatz nahm er den vierten Platz ein. Die Handelsbilanz-Jahresüberschuß-Tabelle sah die BASF an fünfter Stelle. Und gemessen am Aktienkapital aller Aktiengesellschaften, nahm die BASF AG die zweite Position ein [29]).

Die Zeitschrift „Chemical Age International" veröffentlicht regelmäßig eine Umsatzliste aller Chemie-Unternehmen der westlichen Welt. Darin findet sich für 1972 auf Platz 1 zwar noch der amerikanische Chemie-Konzern E. I. du Pont de Nemours & Co (Umsatz 1972: 4366 Mio US-$). Aber an zweiter Stelle erscheint bereits der BASF-Konzern (4278 Mio $), gefolgt von Hoechst (4251 Mio $), ICI (4218 Mio $) und Bayer (4018 Mio $) [30]). Im Juli 1974 veröffentlichte das amerikanische Wirtschaftsmagazin „Fortune" eine Rangliste der 50 größten kapitalistischen Industrieunternehmen der Welt nach dem Stand von 1973. Die Reihenfolge der internationalen Chemiekonzerne lautet danach für 1973: Hoechst (5591 Mio US-$), BASF (5384 Mio $), ICI (5309 Mio $), Du Pont (5276 Mio $), Bayer (4654 Mio $).

26) Vgl. Geschäftsbericht 1972 der Wintershall AG, Celle/Kassel, S. 9 und 15.
27) Vgl. BP Benzin und Petroleum AG (Hrsg.), Zahlen aus der Mineralölwirtschaft, Hamburg, Ausgabe Herbst 1973, S. 11.
28) „Handelsblatt" v. 1. 10. 1969; die Prozentzahlen gelten für das Jahr 1968.
29) „Wirtschaftswoche", Nr. 30/1973 v. 20. 7. 1973, S. 16 f.
30) „Handelsblatt" v. 27. 7. 1973.

Anhang: Die Welt der BASF (Karten und Tabellen)

Die auf den folgenden Seiten als Anhang „Die Welt der BASF" abgedruckten Karten und Tabellen, die vom Autor nach den neuesten verfügbaren Angaben erarbeitet wurden, vermitteln einen anschaulichen Überblick über das weltweite Netz der Tochter- und Beteiligungsgesellschaften der BASF und, in der daran anschließenden Tabelle, über die Töchter und Beteiligungen des Konzerns innerhalb der BRD. D. Red.



BASF-Beteiligungsgesellschaften im Ausland: Europa
(Zu nebenstehender Karte)

Norwegen
Wintershall Norge A/S

Schweden
BASF Svenska AB

Dänemark und Island
A/S Badilin

Großbritannien
BASF United Kingdom Ltd.
Dr. Beck & Co. (England) Ltd.
Elastomer Production Ltd.
Elastomer Products Ltd.
Elastollan Ltd.
Glasurit (GB) Ltd.
Wintershall (UK) Ltd.

Niederlande
Ammoniak Unie NV.
BASF Nederland NV.
Delfzee Dubai Handelmij BV.
Delfzee Dubai Petroleum NV.
Delfzee NV.
NV. Drukinktfabrieken Falck-Roussel
Herbol-Nederland NV.
Impolak NV.
Lurex NV.
Remmert Holland NV.
NV. Technische Handelsondernehming M. Seher e Co.
NV. Tetterode

Belgien
„Albatros" SA. Belge pour le Raffinage de Pétrole
Badische Phillips Petroleum NV.
BASF Antwerpen NV.
BASF Chimie SA.
Kast + Ehinger SA.

Luxemburg
BASF Holding Luxemburg SA.

Frankreich
Colles et Résines Adhésives du Midi (CORAM)
Compagnie Chimique de la Méditerranée (COCHIME)
Compagnie Française BASF
Couleurs-Paris SA.
Dispersions Plastiques SA.
EURANE-Européenne du Polyuréthane SA.
Herbol France SarL.
Kast + Ehinger France SarL.
Laboratoires Biosedra SA.
Les Fils de Falck-Roussel SA.
Marles-Kuhlmann-Wyandotte SA.
Pharmasynthèse SA.
Produits et Engrais Chimiques du Rhin SA. (PEC-RHIN)
SEGEDIT SA.
Société des Pétroles Wintershall
Suma SA.

Schweiz
Anthrachinon-Produkte BASF-SANDOZ AG.
BASF Chemiewerke AG.
BASF Gesellschaft für Chemieverfahren AG.
BASF Holding AG.
BASF (Schweiz) AG.
Carmina Assuranes SA.
Chemiecolor AG.
Elastollan AG.
Elastomer AG.
Merkur & Barbara AG.
Organchemie AG.
Stella SA.

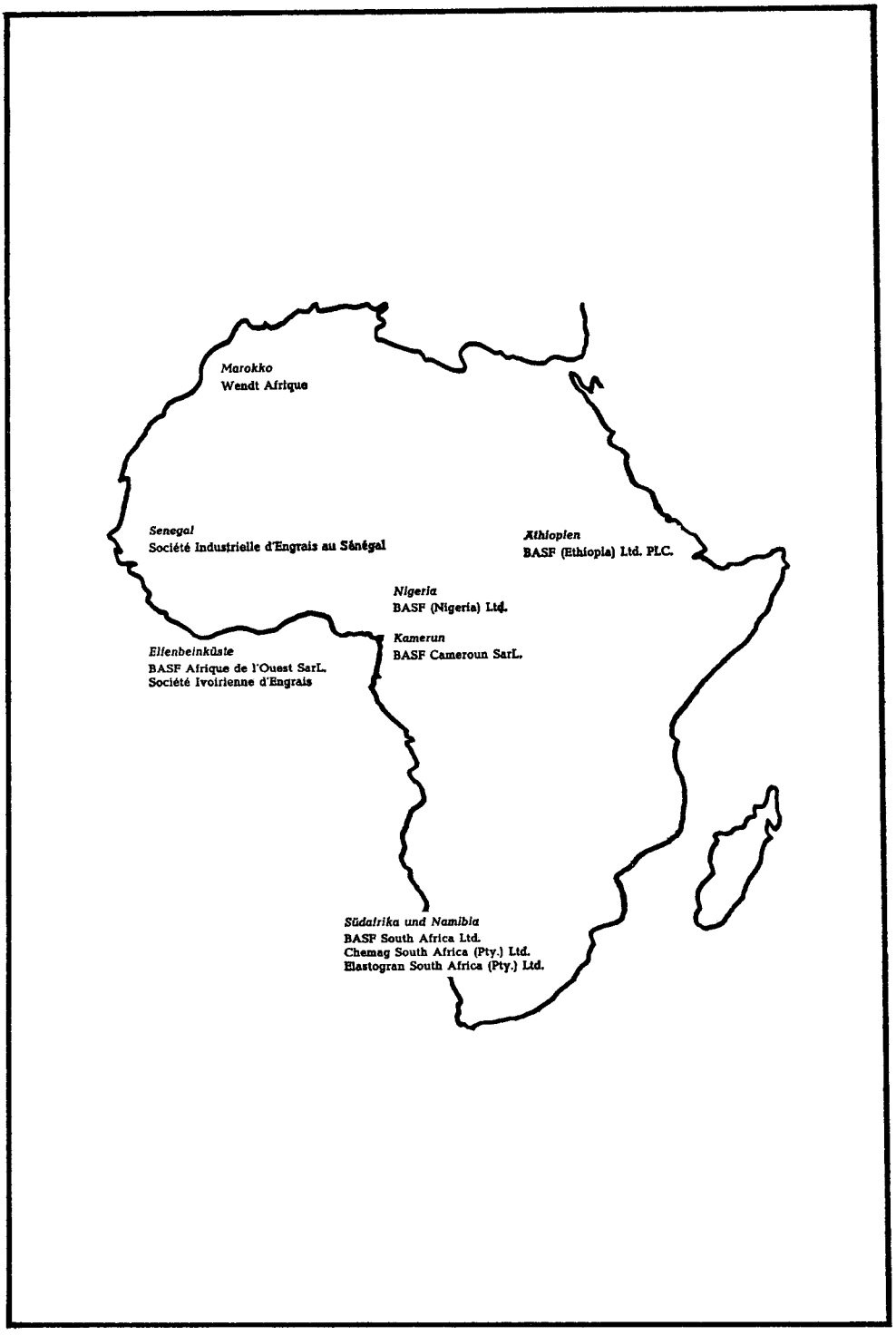
Österreich
BASF AG. & Co. Ges. mbH.
Chemag Chemikalien Handelsges. mbH.
Danubia Olefinwerke Ges. mbH.
Kast + Ehinger Ges. mbH.
Organchemie Ges. mbH.

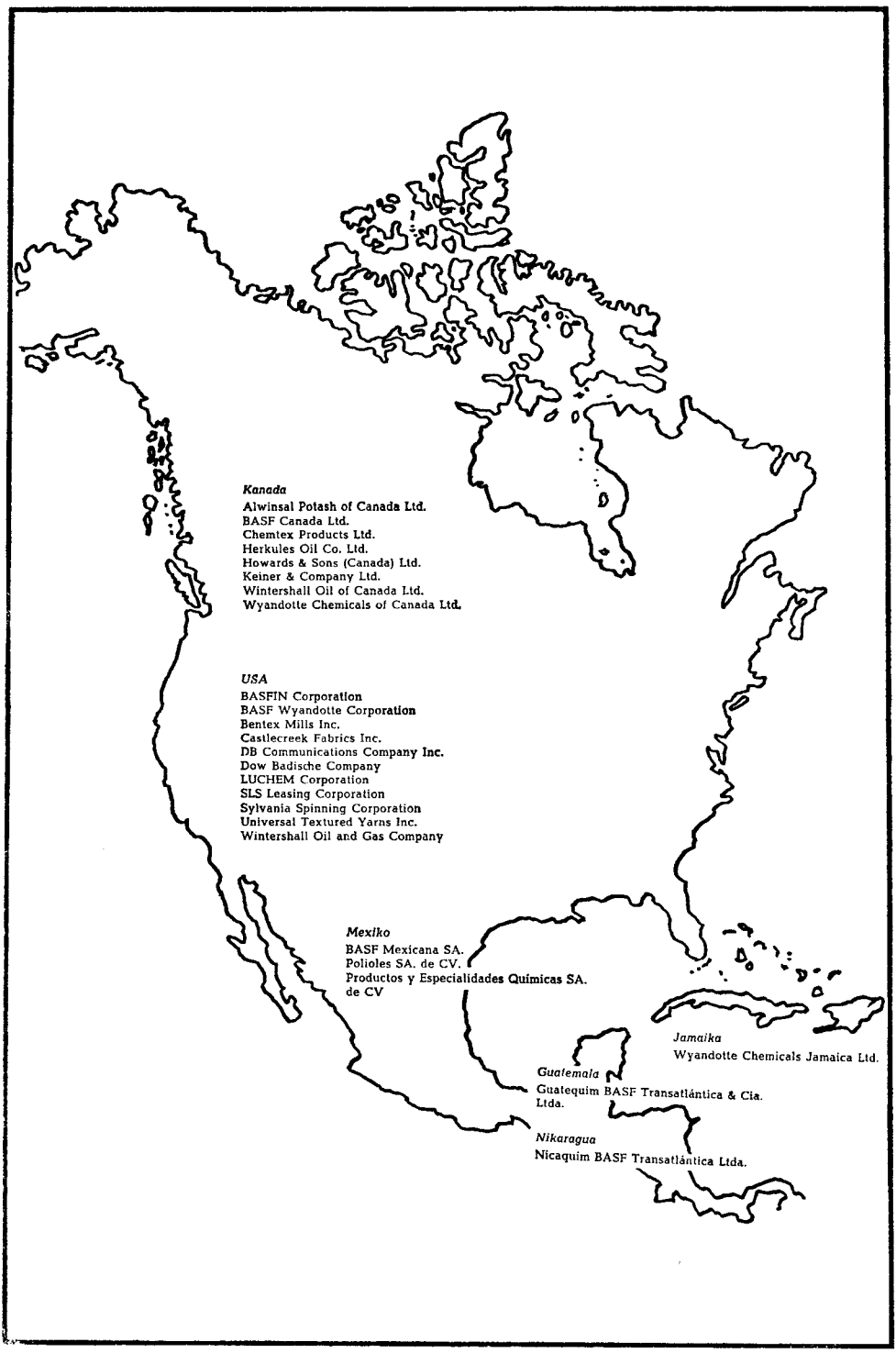
Italien
BASF Agritalia SpA.
Dr. Massimiliano Massa
Elastollan Italiana SpA.
Glasurit Italiana SRL.
Kast & Ehinger Italiana SpA.
Lurex Italiana SpA.
Sibeck Soc. Italiana SpA.
Wyandotte SpA.

Spanien
BASF Española SA.
Curtex SA.
Urruzola SA.

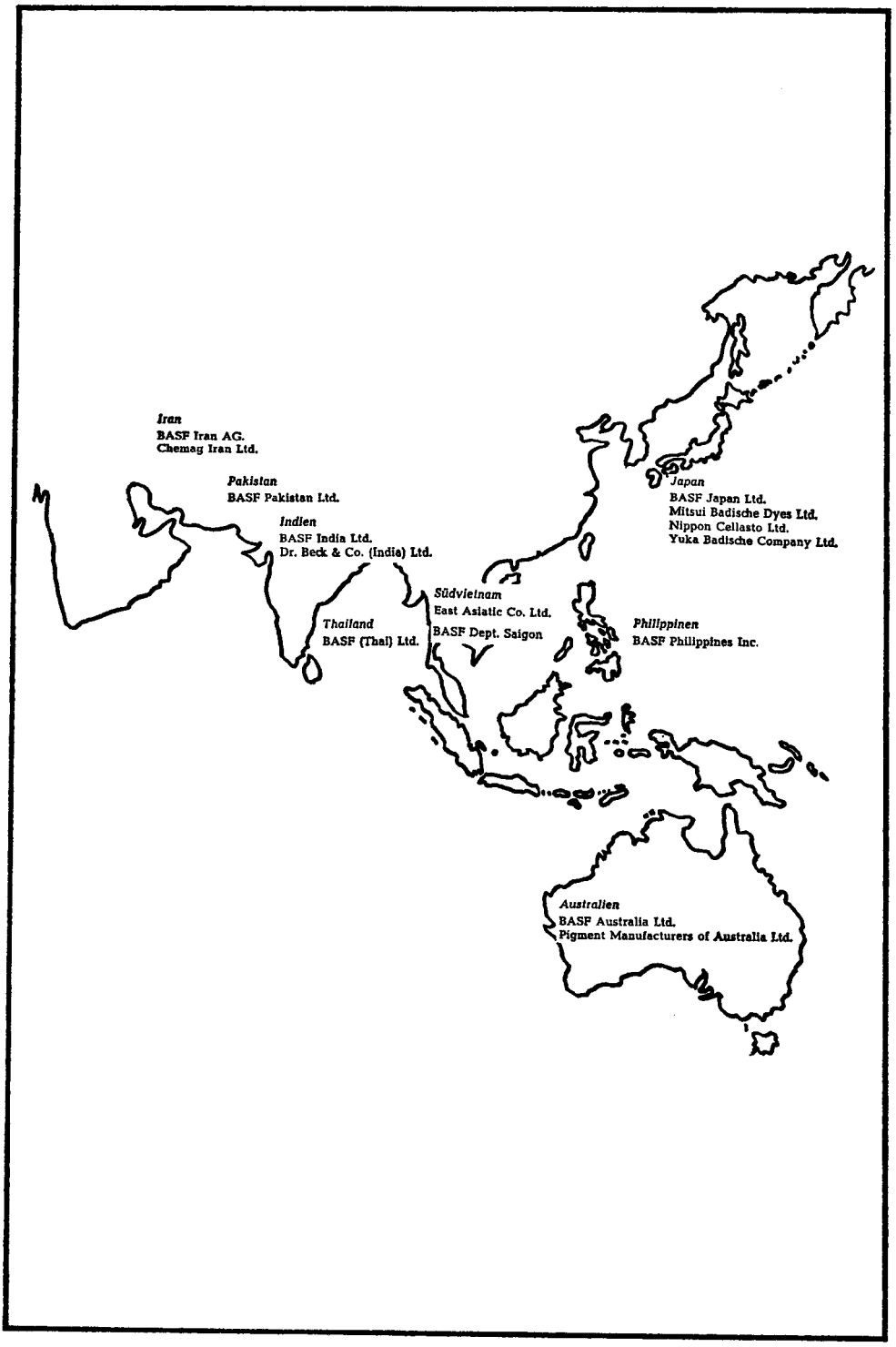
Portugal
BASF Portuguesa LDA.

Türkei
BASF-Sümerbank Türk Kimya Sanayii AS.
BASF Türk AS.


Marokko
Wendt Afrique
Senegal
Société Industrielle d'Engrais au Sénégal
Äthiopien
BASF (Ethiopia) Ltd. PLC.
Nigeria
BASF (Nigeria) Ltd.
Kamerun
BASF Cameroun SarL.
Elfenbeinküste
BASF Afrique de l'Ouest SarL.
Société Ivoirienne d'Engrais
Südafrika und Namibia
BASF South Africa Ltd.
Chemag South Africa (Pty.) Ltd.
Elastogran South Africa (Pty.) Ltd.


Kanada
Alwinsal Potash of Canada Ltd.
BASF Canada Ltd.
Chemtex Products Ltd.
Herkules Oil Co. Ltd.
Howards & Sons (Canada) Ltd.
Keiner & Company Ltd.
Wintershall Oil of Canada Ltd.
Wyandotte Chemicals of Canada Ltd.
USA
BASFIN Corporation
BASF Wyandotte Corporation
Bentex Mills Inc.
Castlecreek Fabrics Inc.
DB Communications Company Inc.
Dow Badische Company
LUCHEM Corporation
SLS Leasing Corporation
Sylvania Spinning Corporation
Universal Textured Yarns Inc.
Wintershall Oil and Gas Company
Mexiko
BASF Mexicana SA.
Polioles SA. de CV.
Productos y Especialidades Químicas SA. de CV
Jamaika
Wyandotte Chemicals Jamaica Ltd.
Guatemala
Guatequim BASF Transatlántica & Cia. Ltda.
Nikaragua
Nicaquim BASF Transatlántica Ltda.

Niederl. Antillen
BASF Overzee NV.
Venezuela
BASF Venezolana SA.
Wyandotte de Venezuela CA.
Panama
BASF Transatlántica SA.
Kolumbien
BASF Colquímica Ltda.
BASF Química Colombiana SA.
Servicol Servicio Industrial Colombiano Ltda.
Ekuador
Anilinas SA.
Peru
BASF Peruana SA.
Brasilien
BASF Brasileira SA.
Brasitex SA.
Companhia de Productos Industriaes
M. Hamers
Companhia Riograndense de Adubos CRA.
Glasurit do Brasil SA.
Isonor Indústria de Plásticos SA.
Isopor Indústria e Com. de Plásticos SA.
Chile
Aislantes Aislapol SACel.
BASF Anilquímica Ltda.
Polímeros Nacionales SACel.
Uruguay
BASF Uruguay Ltda.
Argentinien
Basanil SAIC.
BASF Argentina SAICIFyM.
BASF Argentina SRL.
Fábrica Argentina de Hidrosulfito y Afines SA.


Iran
BASF Iran AG.
Chemag Iran Ltd.
Pakistan
BASF Pakistan Ltd.
Indien
BASF India Ltd.
Dr. Beck & Co. (India) Ltd.
Thailand
BASF (Thai) Ltd.
Südvietnam
East Asiatic Co. Ltd.
BASF Dept. Saigon
Philippinen
BASF Philippines Inc.
Japan
BASF Japan Ltd.
Mitsui Badische Dyes Ltd.
Nippon Cellasto Ltd.
Yuka Badische Company Ltd.
Australien
BASF Australia Ltd.
Pigment Manufacturers of Australia Ltd.

Der BASF-Inlandskonzern

Muttergesellschaft

BASF AG, Ludwigshafen	Grundkapital (31. 12. 1973):	1 526 150 850 DM

100%ige Tochtergesellschaften

BASF Altershilfe GmbH, Ludwigshafen	20 000 DM
BASF Farben + Fasern AG, Hamburg	215 000 000 DM
BASF Fasertechnik GmbH, Hamburg	100 000 DM
BASF Handels- und Export-GmbH, Ludwigshafen	3 000 000 DM
BASF Kraftwerk Marl GmbH, Marl	25 000 000 DM
BASF Nyloprint GmbH, Ludwigshafen	500 000 DM
BASF Terratec GmbH, Ludwigshafen	20 000 DM
Dr. Beck & Co. AG, Hamburg	3 000 000 DM
Canapol Chemie-Beteiligungs-GmbH, Ludwigshafen	20 000 DM
Chemikalien-AG, Frankfurt/Main	3 000 000 DM
Chemische Düngerfabrik Rendsburg GmbH, Rendsburg	100 000 DM
Chemische Fabrik und Farbwerke Dr. Koll & Spitz GmbH, Köln	500 000 DM
Chemische Fabrik Wibarco GmbH, Ibbenbüren	7 200 000 DM
Compakta Werke Baustoff-GmbH, Traunreut	1 000 000 DM
Elastogran GmbH, Lemförde	30 000 000 DM
Elastogran Polyurethan-Chemie GmbH & Co KG, Lemförde	805 000 DM
Erdölraffinerie Franken GmbH, Eggolsheim	8 500 000 DM
Gewerkschaft Auguste Victoria, Marl	30 000 000 DM
Gewerkschaft Breitenbach, Ludwigshafen	40 000 DM
Gewerkschaft Haidkopf, Celle	
Gewerkschaft Röchling, Marl	
Gewerkschaft Uchte Torfwerke, Uchte	400 000 DM
Gewerkschaft Ummendorf, Kassel	
Glasurit GmbH, Hamburg	100 000 DM
Guano Spezialdünger Handels-GmbH & Co KG, Bielefeld	300 000 DM
Herbol GmbH, Köln	100 000 DM
IFAH GmbH, Hamburg	20 000 DM
Kali-Bank AG, Kassel	2 000 000 DM
Kast + Ehinger GmbH, Stuttgart	100 000 DM
Kohlen-Handelsgesellschaft Auguste Victoria oHG, Marl	
Kunststoffbüro Osnabrück GmbH & Co KG, Lotte	2 803 000 DM
Lemförder Kunststoff GmbH & Co KG, Lemförde	1 002 000 DM
LUWOGE Wohnungsunternehmen GmbH, Ludwigshafen	78 000 000 DM
MIHAG Handelsges. für Mineralölerzeugnisse mbH, Düsseldorf	10 000 000 DM
Mineralöl-Lager- und Transport-GmbH, Kassel	4 020 000 DM
Nordmark-Werke GmbH, Hamburg	20 000 000 DM
Ringofenziegelei Wölfershausen GmbH, Heringen	100 000 DM
G. Siegle & Co GmbH, Stuttgart	100 000 DM
Stormarn-Verlag GmbH, Uetersen	20 000 DM
Täberg Grundstücks-GmbH, Hamburg	1 330 000 DM
Technische Akustik GmbH & Co KG, Lemförde	902 000 DM
Unterstützungskasse Nordmark-Werke GmbH, Uetersen	20 000 DM

Untertage-Speicher-GmbH, Nordenham	8 000 000 DM
Vitamultina Pharmazeutische Präparate GmbH, Hamburg	20 000 DM
Gebr. Vossen & Co GmbH, Aachen	1 400 000 DM
WIESÖL Mineralölhandels-GmbH, Wiesbaden	2 000 000 DM
Wintershall AG, Celle und Kassel	176 000 000 DM

Sonstige inländische Beteiligungsgesellschaften

ARAL AG, Bochum (BASF 15 %, Gelsenberg 28 %, VEBA 28 %, Mobil Oil 28 %, u. a.)	300 000 000 DM
Burbach Kaliwerke AG, Kassel (BASF 84,8 %, Rest Streubesitz)	34 000 000 DM
Compo GmbH Produktions- und Vertriebsges., Handorf (BASF 50 %, Kali und Salz 50 %)	4 000 000 DM
Deutsche Erdölversorgungs-GmbH DEMINEX, Düsseldorf (BASF 18,5 %, Gelsenberg 18,5 %, VEBA 18,5 %, RWE 18,5 %, Salzgitter 10 %, Saarbergwerke 9 %, PREUSSAG 7 %)	50 000 000 DM
Deutsche Transalpine Ölleitung GmbH (TAL), München (BASF 5 %, Rest Esso, Shell, BP, Mobil Oil, Agip u. a.)	68 000 000 DM
Düngerhandel Kassel GmbH, Kassel-Bettenhausen (BASF 50 %)	1 000 000 DM
Duisburger Kupferhütte, Duisburg (BASF 30,97 %, Bayer 30,97 %, Hoechst 30,97 %, Rest Giulini, Henkel und Ruhr-Schwefelsäure GmbH)	42 000 000 DM
— DEKAMA Zinkoxid GmbH, Duisburg (DK 50 %, Zinkwit Nederland 50 %)	2 000 000 DM
— DEKA Schiffahrtskontor GmbH, Hamburg (DK 100 %)	20 000 DM
— Gemeinnützige Siedlungsges. Duisburger Kupferhütte mbH, Duisburg (DK 100 %)	1 000 000 DM
— Klüser & Co KG, Wuppertal (DK 55 %, Dipl.-Ing. Hans Klüser 45 %)	1 000 000 DM
— Roheisenverkaufsges. Duisburger Kupferhütte mbH, Wuppertal (DK 50 %)	20 000 DM
Emsland Erdölleitung GmbH EEG, Osterwald (BASF 25 %)	450 000 DM
Erdgas Verkaufs-GmbH, Münster (BASF 25 %, Mobil Oil 25 %, Rest Esso, Shell u. a.)	6 000 000 DM
Erdöl-Raffinerie Mannheim GmbH, Mannheim (BASF 60 %, Marathon Petroleum 40 %)	60 000 000 DM
Gewerkschaft Drescheid, Hannover (BASF 50 %, PREUSSAG 50 %)	
Gewerkschaft Victor Chemische Werke, Castrop-Rauxel (BASF 50 %, Klöckner-Werke 50 %)	50 000 000 DM
— Ruhr-Stickstoff AG, Bochum (Gew. Victor 23,35 %, VEBA 63,4 %, Ruhrkohle 8,45 % u. a.)	600 000 DM
GEWOGE Gemeinnütziges Wohnungsunternehmen GmbH, Ludwigshafen (BASF 97 %, Pensionskasse der Angestellten der BASF 3 %)	30 000 000 DM
Guano-Werke AG, Hamburg (BASF 97,1 %, Rest Streubesitz)	16 800 000 DM
— Kali-GmbH, Hamburg (Guano 61,25 %)	40 000 DM
— Oranienburger Chemische Fabrik AG, Hamburg (Guano 44,2 %, Sloman Bank üb. 25 %, Fisons Ltd. London üb. 25 %)	1 200 000 DM
— Superphosphat-Industrie GmbH, Hamburg (Guano 14,3 %)	30 000 DM
Heizöl Handels-GmbH, Essen (BASF 25 %, VEBA 25 %, Gelsenberg 25 %, Mobil Oil 25 %)	500 000 DM
Heizöl-Kontor GmbH & Co KG, Köln (BASF 20 %, VEBA 40 %, Klöckner & Co 20 %, Texaco 20 %)	2 020 000 DM

Georg Jaeger & Co, Münnerstadt (BASF 66,7 %)	30 000 DM
Kali und Salz AG, Kassel (BASF 64,6 %, BASF über Burbach Kali 7,2 %, Rest Streubesitz)	250 000 000 DM
— BM-Chemie Produktions- und Vertriebs-GmbH, Handorf (K+S 100 %)	20 000 DM
— Bohr- und Bergbauges. Ems mbH, Hannover (K+S 75 %)	20 000 DM
— Chemische Fabrik Kalk GmbH, Köln (K+S 100 %)	30 000 000 DM
— Compo GmbH Produktions- und Vertriebsges., Handorf (K+S 50 %, BASF 50 %)	4 000 000 DM
— Deutscher Straßendienst H. Dauppert GmbH, Kassel (K+S 100 %)	20 000 DM
— Deutsches Kalisyndikat GmbH, Westberlin (K+S 83,37 %, PREUSSAG 7,2 %, Rest Solvay u. a.)	1 596 450 DM
— Gewerkschaft Beienrode, Königslutter (K+S 89,9 %)	140 000 DM
— Hyperphos-Kali Düngemittel GmbH, Budenheim (K+S 50 %)	100 000 DM
— Kali-Forschungs-Anstalt GmbH, Hannover (K+S 90 %)	20 000 DM
— Kali-Transport-GmbH, Hamburg (K+S 100 %)	4 000 000 DM
— Kali-Union Verwaltungs-GmbH, Hannover (K+S 100 %)	1 500 000 DM
— Merksteiner Braunkohlen-GmbH i.L., Merkstein (K+S 100 %)	
— Mitteldeutsche Sprengstoffwerke GmbH, Langelsheim (K+S 37,5 %, Flick 27,1 %, Kali-Chemie 25 %, Wasag-Chemie 10,4 %)	512 000 DM
— Montan-GmbH, Köln (K+S 100 %)	1 155 000 DM
— Sawiko GmbH, Kassel (K+S 50 %)	100 000 DM
— Thomasmehl-GmbH, Köln (K+S 16,17 %, August-Thyssen-Hütte 20,83 %, Estel Hoesch-Hoogovens 17,88 %, Rest ARBED, Röchling, Krupp u. a.)	1 000 000 DM
— Thomas-Mischdünger GmbH, Duisburg (K+S 50 %, August-Thyssen-Hütte 19,02 %, Estel Hoesch-Hoogovens 10,26 %, Krupp 6,08 % u. a.)	500 000 DM
— Union Schiffahrts- und Lagerhaus-GmbH, Hannover (K+S 25 %, Rest VEBA und Estel Hoesch-Hoogovens)	2 000 000 DM
— Werra Plastic GmbH & Co KG, Philippsthal (K+S 50 %, Bischof + Klein Verpackungswerke, Lengerich, 50 %)	1 810 000 DM
— Weserumschlagstelle Münden GmbH, Hann.-Münden (K+S 28,1 %)	150 000 DM
— Wohnbau Salzdetfurth GmbH, Bad Salzdetfurth (K+S 100 %)	3 500 000 DM
Kautschuk- und Kunststoff-GmbH & Co, Mayen (BASF 60 %, Friedr.-Albert Osten 35 %, Peter Gleis 5 %)	2 000 000 DM
Knoll AG Chemische Fabriken, Ludwigshafen (BASF 15 %, Mehrheit im Besitz der Gründerfamilien Knoll und Daege, über 25 % Chemie Grünenthal)	45 885 000 DM
Kunststoffbüro München GmbH & Co, Geiselbullach (BASF 78 %, Hans-Georg Ring 12 %, Dr. Mokus 10 %)	1 401 000 DM
Kunststoff-Verfahrenstechnik Dr. Ernst GmbH & Co KG, Straßlach (BASF 75 %, Dr. H. Ernst 25 %)	250 000 DM
Land- und Forstflug Aviochemie GmbH, Münster (BASF 50 %)	100 000 DM
Lutravil Spinnvlies GmbH & Co, Kaiserslautern (BASF 50 %, Freudenberg & Co, Weinheim, 50 %)	10 000 000 DM
Rheinische Olefinwerke GmbH, Wesseling (BASF 50 %, Shell 50 %)	300 000 000 DM
Röhm GmbH — Chemische Fabrik, Darmstadt (BASF ca. 39 %, Familie Röhm über 50 %, Rest Streubesitz)	90 000 000 DM
— Burnus GmbH, Darmstadt (Röhm GmbH 100 %)	1 250 000 DM
— Röhm Pharma GmbH, Darmstadt (Röhm GmbH 100 %)	1 000 000 DM

Schlesische Chemie AG, Hamburg (BASF 83,3 %)	120 000 DM
Tensid-Chemie Vertriebs-GmbH, Düren (BASF 60 %)	100 000 DM
Ultraform GmbH, Ludwigshafen (BASF 50 %, DEGUSSA 50 %)	14 000 000 DM
Vaerst & Co, Hamburg (BASF 87,5 %, Pensionskasse der Angestellten der BASF 12,5 %)	5 041 000 DM
Westfalenbank AG, Bochum (BASF 10 bis 15 %, Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank über 50 %)	50 000 000 DM
Wirtschaftliche Vereinigung deutscher Versorgungsunternehmen AG, Frankfurt/Main (BASF 50 %, Rest kommunale Unternehmen)	5 000 000 DM
Dr. Wolman GmbH, Sinzheim (BASF 42 %)	360 000 DM
Zellwolle und Zellulose AG Küstrin, Hamburg (BASF 70,1 %)	286 000 DM

Die Entwicklung in Kambodscha und die USA

Von Gabriele Sprigath

I

Solange die US-Aggression gegen eines der drei Länder Indochinas andauert, ist ein echter Frieden in Unabhängigkeit in keinem von ihnen gewährleistet. Dieser Einschätzung trägt Kapitel 7 des Pariser Vietnam-Abkommens Rechnung, in dem die Voraussetzungen einer Friedenslösung für Laos und Kambodscha festgesetzt sind: die Teilnehmerstaaten der Pariser Vietnam-Konferenz verpflichten sich, die im Genfer Indochina-Abkommen von 1954 und im Genfer Abkommen über Laos von 1962 anerkannten nationalen Grundrechte — Unabhängigkeit, Souveränität, territoriale Einheit und Integrität — strikt einzuhalten. Ausdrücklich heißt es in Artikel 20 b: „Ausländische Staaten werden ihre Truppen, ihre militärischen Berater und ihr Militärpersonal, ihre Waffen, Munition und ihr Kriegsmaterial aus diesen beiden Ländern vollständig abziehen und sie nicht erneut dorthin bringen." Artikel 20 c und d setzen fest, daß Laos und Kambodscha ihre inneren Angelegenheiten ohne ausländische Einmischung regeln und daß die Probleme zwischen den Ländern Indochinas von diesen auf der Grundlage der Respektierung ihrer jeweiligen nationalen Grundrechte gelöst werden. Dies sind auch die Prinzipien, auf die sich die drei Völker Indochinas bei der Gestaltung ihrer Beziehungen im Kampf gegen die US-Aggression auf der Gipfelkonferenz vom April 1970 geeinigt haben [1]).

1) Gemeinsame Erklärung der Gipfelkonferenz der indochinesischen Völker vom 25. 4. 1970, abgedruckt in: Indochina im Kampf gegen den US-Imperialismus. Dokumente und Materialien, hrsg. von G. Sprigath und K. Steinhaus, Frankfurt/M 1971.

Angesichts der gemeinsamen Betroffenheit durch die US-Aggression und den US-Neokolonialismus darf gleichwohl nicht übersehen werden, daß es keine einheitliche politische Lösung für alle drei Länder geben kann. Vielmehr müssen in jedem Land den Besonderheiten des nationalen Befreiungskampfes entsprechende Lösungen gefunden werden. So legt das Pariser Vietnam-Abkommen auch lediglich die politische Lösung der Probleme Vietnams fest. Darüber hinaus liegt seine allgemeine Bedeutung in der Tatsache, daß der militärische Kampf zugunsten des politischen Kampfes in den Hintergrund getreten ist — auch wenn der Frieden in Vietnam immer noch keine Realität ist. Die nur einen Monat nach dem Pariser Vietnam-Abkommen, am 21. Februar 1973, erfolgte Unterzeichnung des Laos-Abkommens von Vientiane „Über die Wiederherstellung des Friedens und die Verwirklichung der nationalen Eintracht" ist ein weiterer Schritt in dieser Richtung. In Kambodscha hingegen wird eine die Unabhängigkeit des Landes gewährleistende politische Lösung vom Lon Nol-Regime bisher ausgeschlagen.

Diese Ungleichmäßigkeit in der Entwicklung des nationalen Befreiungskampfes in jedem der drei Länder erklärt sich aus den natürlichen, historischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten in jedem von ihnen. Im Gegensatz zum französischen Kolonialismus hat der US-Neokolonialismus versucht, die Besonderheiten jedes Landes zur Verwirklichung seiner imperialistischen Zielsetzungen auszunutzen. Er entwickelte, ausgehend von einer allgemeinen Strategie, spezifische Interventionsformen und verstand es, die in der Öffentlichkeit herrschende Unkenntnis dieser Besonderheiten propagandistisch auszunutzen. Kambodscha ist ein beredtes Beispiel dieser Politik.

II

Das Eigentümliche der kambodschanischen Entwicklung tritt im Vergleich zu der von Vietnam besonders deutlich zutage: Frankreich hatte die Unabhängigkeit Kambodschas bereits am 9. November 1953 anerkannt; das Genfer Indochina-Abkommen vom 20. Juli 1954 brachte Vietnam, Laos und Kambodscha die internationale Anerkennung ihrer nationalen Grundrechte. Während in Vietnam der Kampf der südvietnamesischen Bevölkerung in der Folgezeit der Verwirklichung der Klauseln des Genfer Indochina-Abkommens galt — Durchführung von Wahlen in ganz Vietnam 1956 etc. —, ging es in Kambodscha darum, die im gleichen Abkommen verankerte Neutralität gegen die Versuche des US-Imperialismus, Kambodscha in seinen Herrschaftsbereich einzugliedern, zu verteidigen. Die Tatsache, daß — im Gegensatz zu Vietnam und Laos — die nationale Einheit Kambodschas weiterbestand, war eine äußerst günstige Voraussetzung für diesen Kampf. Während der US-Neokolonialismus in Vietnam besonders seit 1960 versuchte, die nationale Befreiungsbewegung durch offene Aggression zu zerschlagen, wandte er in Kambodscha bis zum Putsch vom 18. März 1970 indirekte Methoden an, um die Neutralität Kambodschas in eine proamerikanische „Neutralität" umzumünzen. Die CIA spielte dabei eine Schlüsselrolle [2]).

In der ersten Phase ihrer Bemühungen versuchten die USA, Kambodscha durch Pressionen zum Eintritt in die im Herbst 1954 gegründete SEATO zu veranlassen. Prinz Norodom Sihanouk hat jedoch von Anfang an mit Berufung auf die im Genfer Indochina-Abkommen von 1954 verankerte Neutralität Kambodschas den Beitritt abgelehnt. Als Teilnehmer der Bandung-Konferenz im April 1955 unterstützte er die 5 Prinzipien der friedlichen Koexistenz und bekräftigte seine Entschlossenheit, die Neutralität Kambodschas zu wahren.

[2]) Siehe: Norodom Sihanouk, La C.I.A. contre le Cambodge, Paris 1973.

Seither haben die USA nichts unversucht gelassen, um die Sihanouk-Regierung zu beseitigen. Militärische Provokationen der Nachbarregime von Bangkok und Saigon führten schon 1956 zur Blockade Kambodschas, das in seinem damals kaum entwickelten Transport- und Kommunikationssystem weitgehend von seinen Nachbarn abhängig war. Sihanouk antwortete mit der Aufforderung an die USA, den Bau einer Straße zu dem einzigen Hafen Kambodschas, Sihanoukville, zu unterstützen. Gleichzeitig begann er, seine Neutralitätspolitik durch eine breitere Volksunterstützung abzusichern: der im April 1956 einberufene 3. Nationalkongreß der Sangkum Reastr Niyum [3]) sprach sich einstimmig gegen den Beitritt in die SEATO aus und begrüßte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion und zu Polen. Hou Youn, damals Mitglied des Komitees zur Verteidigung der Neutralität, heute Innenminister der GRUNC [4]), faßte die Position Kambodschas folgendermaßen zusammen: „Wenn diese Neutralität ernsthaft ist, wird sie von den anderen Mächten respektiert werden. Aber wenn die USA sie nicht respektieren und ihre Hilfe einstellen, nun gut, dann haben wir mächtige Freunde, denen wir uns zuwenden werden" [5]). Der 3. Nationalkongreß verankerte die Neutralität Kambodschas in einem Gesetz, das später in die Verfassung aufgenommen wurde. Angesichts des Fehlschlags ihrer Erpressungspolitik sahen die USA sich gezwungen, am Vorabend des Kongresses ihre Unterstützung für den Bau der Straße nach Sihanoukville mit der Versicherung zuzusagen, daß die zukünftige US-Hilfe „an keine die Neutralität und Unabhängigkeit Kambodschas gefährdende Bedingungen geknüpft sein werde" [6]) — ein Versprechen, das tatsächlich dazu diente, die mit US-Hilfe finanzierten politischen Sabotagemachenschaften in den folgenden Jahren zu verschleiern.

Im Gegensatz zu Vietnam und Laos war die US-Hilfe für Kambodscha bis zum Putsch im März 1970 gering: während sie 1954 noch 23 Mio von 115 Mio Dollar Gesamtbudget ausmachte, betrug ihr Anteil am Budget 1963 nur noch 8,6 Mio von 170 Mio Dollar. Die US-Hilfe an Saigon war hingegen von 1958 bis 1963 sprunghaft von 180 auf 450 Mio Dollar jährlich gestiegen [7]). Die US-Hilfe für Kambodscha wurde über CIA-Kanäle an die Kräfte der Kompradoren-Bourgeoisie verteilt, die ein Interesse daran hatten, Sihanouks Neutralitätspolitik zu bekämpfen. Bezeichnenderweise haben sich die gegenwärtigen Männer des Lon Nol-Regimes schon lange vor dem Putsch als Anführer der Anti-Sihanouk-Politik der USA hervorgetan. Son Ngoc Thanh z. B., der zur Zeit der japanischen Besatzung Premierminister und Außenminister war, baute mit den Geldern der CIA die Stützpunkte der „khmer serei" in den Grenzgebieten zu Thailand auf; Ngo Trong Hieu organisierte die „khmer krom", die schon auf der Seite der französischen Kolonialisten gekämpft hatten, in den Grenzgebieten zu Südvietnam zu einer ähnlichen Bande, die im übrigen dem Oberkommando der „green berets" unterstellt war. Mit Rückendeckung der thailändischen und südvietnamesischen Marionettenregime führten sie Terrorkampagnen und Anti-Sihanouk-Hetze in den Ost- und Westprovinzen Kambodschas zur Vorbereitung eines Putsches durch. Im Dezember 1958 mündeten diese Versuche in die Planung einer Verschwörung des als loyal geltenden Generals Dap Chuon. Sie hatte die Machtübernahme mit Hilfe der „Spezialtruppen" der „khmer serei" und der „khmer krom" oder mindestens die Bildung eines Separatstaates im Nordosten des

3) 1955 wurde auf Sihanouks Initiative eine neue politische Gruppierung, die Sangkum Reastr Niyum (Sozialistische Volksgemeinschaft) gegründet, in der alle Parteien vertreten waren. Bis zum Dezember tagte sie jährlich zweimal in Nationalkongressen, auf denen sie ihre Politik festlegte.
4) GRUNC = Gouvernement Royal d'Union National du Cambodge (Königliche Regierung der nationalen Einheit von Kambodscha).
5) Norodom Sihanouk, a. a. O., S. 75.
6) Ebd., S. 72.
7) Ebd., S. 110.

Landes als Stützpunkt zur „Rückeroberung" Kambodschas zum Ziel. Als sie im Februar 1959 aufgedeckt wurde, ließ Lon Nol Dap Chuon beseitigen, der mit der Preisgabe von Lon Nols Beteiligung an dem Komplott gedroht hatte. Das Sprengstoffattentat vom 31. August 1959 war ein weiterer Versuch dieser verbrecherischen Politik, der jedoch ebenfalls nicht zum Erfolg führte.

Gelder der US-Hilfe dienten aber auch der Korruption von Mitgliedern der Nationalversammlung und des Regierungsapparates, um die unter Sihanouk eingeleiteten Nationalisierungen von Banken und Handel zu sabotieren. Um der korrumpierten Nationalversammlung die politischen Entscheidungsmöglichkeiten zu nehmen und damit einem „verfassungsmäßigen" Putsch zuvorzukommen, hatte der 4. Nationalkongreß 1957 beschlossen, diesen zum obersten Staatsorgan neben dem Kabinett zu ernennen; seine Beschlüsse sollten für die Nationalversammlung verbindlich sein. Dieser Schritt einer Demokratisierung hat sich in der Folgezeit als stabilisierende Maßnahme bestätigt. Für die allgemeine Korruption ist der Fall Son Sakd typisch: Son Sakd, ein Agent der CIA, hatte mit US-Geldern als Konkurrenzunternehmen zur kambodschanischen Staatsbank die Bank von Phnom Penh aufgebaut. Er zahlte höhere Zinsen als diese. Einer seiner Hauptaktionäre war Sirik Matak, der mit dem Präsidenten der Nationalversammlung, Cheng Heng, zum Triumvirat des Putsches vom März 1970 gehörte; fast die gesamte kambodschanische Rechte gehörte zu Son Sakds Kunden. Als die Affäre 1963 platzte, hatte Son Sakd sich bereits mit 400 Mio Riel (10 Mio Dollar) ins Ausland abgesetzt und in Bangkok die Rolle des 3. Mannes in der Führung der „khmer serei" übernommen. In Abwesenheit zum Tode verurteilt, wurde er Ende 1970 von Lon Nol begnadigt und ist inzwischen nach Kambodscha zurückgekehrt. Um ähnlichen Fällen von Kapitalflucht vorzubeugen, traf die Regierung 1963 eine Reihe von Maßnahmen zur staatlichen Kontrolle des Import-Export-Handels, um wenigstens einen Teil der Profite den nationalen Entwicklungsprojekten zuzuführen. Am 20. November 1963 verkündete die Regierung die Ablehnung jeder weiteren US-Wirtschaftshilfe. Wie sehr sich die inneren Spannungen bereits zugespitzt hatten, verdeutlicht die erste große von Lon Nol durchgeführte Repressionswelle im gleichen Jahr gegen die linken Kräfte im Land, die in der Regierung durch Handelsminister Khieu Samphan und den Minister für Wirtschaftsplanung, Hou Youn, vertreten waren. Die bedrohten Kräfte gingen in den Untergrund, bauten die alten Stützpunkte des Kampfes gegen die französischen Kolonialisten wieder auf, um jetzt illegal und halblegal Kambodscha auf die von ihnen vorausgesehene offene Konfrontation mit dem US-Imperialismus vorzubereiten. In einer zweiten Repressionswelle 1967 folgten ihnen Hou Joun und Khieu Samphan, der heute Oberbefehlshaber der kambodschanischen Volksbefreiungsarmee (FAPLNK) und stellvertretender Ministerpräsident sowie Verteidigungsminister der GRUNC ist.

In den 60er Jahren begann die Eskalation der US-Aggression gegen Vietnam sich zunehmend auch auf Kambodscha auszuwirken: Washington suchte Vorwände, um Kambodscha in einen Kriegsschauplatz zu verwandeln; US-Bombenangriffe und Übergriffe der Saigoner Armee waren an der Tagesordnung. Als die USA im Februar 1965 einerseits die systematische Bombardierung der DRV begannen, andererseits ein „Verfolgungsrecht" der südvietnamesischen Patrioten auf kambodschanischem Territorium geltend machten, brach die Sihanouk-Regierung am 3. Mai 1965 die diplomatischen Beziehungen mit den USA ab. Daß weitere 5 Jahre vergingen, bis Washington mit dem Putsch vom 18. März 1970 sein Ziel erreichte, spricht für die bereits damals erreichte Stärke der patrio-

tischen Bewegung, deren Festigung und Entwicklung die 16 Jahre Frieden von 1954 bis 1970 zugute gekommen waren.

III

Die Entwicklung der letzten 4 Jahre zeigt, daß es den USA nicht gelungen ist, das als „Republik Kambodscha" bemäntelte faschistische Lon Nol-Regime fest in den Sattel zu heben: nachdem sie schon in den 14 Monaten vor dem Putsch mit rund 3630 Bombereinsätzen das Terrain für den Putsch vorbereitet hatten, begann am 30. April 1970 die bis zum 30. Juni andauernde Invasion Kambodschas durch 30 000 GIs und 80 000 Saigoner Söldner, deren Ziel die Zerschlagung der nationalen Befreiungsbewegung war. Wie gründlich dies mißlang, beweisen die verschiedenen Etappen der US-Aggression einerseits und die außerordentlich machtvolle Entwicklung des Befreiungskampfes andererseits: bis Juli 1971 versuchte Nixon mit der Strategie der „Vietnamisierung" das Lon Nol-Regime zu stützen; Anfang 1971 überfiel Saigon mit 60 000 Mann Kambodscha in der Operation „Vollständiger Sieg". Aber statt des „vollständigen Sieges" machte damals die vollständige Zerschlagung der Saigoner Truppen Schlagzeilen in der Weltpresse. Erst im Juli 1971 setzte die „Khmerisierung" des Krieges ein: die erste Operation dieser Strategie, „Tschenla 2", die als eine der größten Schlachten des Indochina-Krieges gilt, begann am 20. August 1971 und endete Anfang Dezember mit einem völligen Fiasko. Ihr Ziel war die Eroberung der strategisch wichtigen Nationalstraße 6 zwischen Kompong Thom im Landeszentrum und Phnom Penh sowie die Kontrolle der dicht besiedelten und sehr fruchtbaren Bezirke von Baray, Chamlar Loeu und Stung Treng. Das Scheitern dieser Operation wird von den kambodschanischen Patrioten als allgemeines Scheitern der Politik der „Khmerisierung" und als Wende von der defensiven zur offensiven Strategie im Befreiungskampf eingeschätzt [8]).

Die Antwort Nixons auf die wachsende Bedrohung des Lon Nol-Regimes war die „Amerikanisierung des Luftkrieges": vom 28. Januar 1973 bis zum 15. August 1973 flogen 60 B 52 und rund 200 taktische Bomber täglich zwischen 200 und 300 Einsätze [9]). Dabei wurden täglich 4000—5000 t Bomben abgeworfen, was rund 7 Atombomben vom Typ Hiroshima monatlich entspricht. Mit einem Monatsdurchschnitt von 50 000 t Bomben war damit die Bombardierung von Hanai und Haiphong im Dezember 1972 (36 000 t) übertroffen. Während die US-Luftwaffe 1971 rund 1000 Einsätze der B 52, davon 20 bis 250 über Kambodscha, und rund 10 000 Einsätze der taktischen Bomber in ganz Indochina geflogen hatte, waren es von Januar bis August 1973 allein über Kambodscha 1800 B-52- und 6000 taktische Bomber-Einsätze. Diese Fakten wurden von der Presse totgeschwiegen. Nixon hatte die allgemeine Erleichterung der Öffentlichkeit über die Unterzeichnung des Pariser Vietnam-Abkommens ausgenutzt, um es sogleich auf die zynischste Weise zu sabotieren.

Als Nixon am 15. August 1973 die Einstellung der US-Bombenangriffe gegen Kambodscha bekanntgab, bedeutete dies tatsächlich nur die vorübergehende Einstellung der B-52-Flüge — die seit Anfang März 1974 wieder in vollem Gange sind: gegenwärtig bombardieren B 52 z. B. Phnom Penh bis zu 5 km vom Stadtzentrum. Die Verletzung von Kapitel 7 des Pariser Vietnam-Abkommens durch die USA ist aber auch in anderen Bereichen nachweisbar: so sitzen z. B. US-Berater

8) Einschätzung der Operation „Tschenla 2" von Khieu Samphan; in Auszügen zit.: Norodom Sihanouk, a. a. O., S. 207—213.
9) Reuter v. 18. 4. 1973.

an den Schaltstellen der bedrohten Lon Nol-Armee. Am 7. April 1974 veröffentlichte die Gesandtschaft der GRUNC in Paris eine erste Namensliste von über 100 US-Militärberatern in Kambodscha, deren Zahl gegenwärtig bei ca. 3500 liegt und noch 1974 auf 10 000 erhöht werden soll. Im April ist die 7. Flotte in die territorialen Gewässer Kambodschas eingedrungen; 1200 Marinesoldaten sind in Bereitschaft, um notfalls in die Kämpfe einzugreifen [10]). Das Lon Nol-Regime kostet die USA inzwischen ca. 2 Mio Dollar Militär- und Wirtschaftshilfe täglich. Für das Steuerjahr 1972 wird die Hilfe offiziell mit 239,308 Mio Dollar angegeben. Allein für das 3. Viertel des Jahres 1973 werden bereits 212,047 Mio Dollar genannt [11]).

Trotz des ungeheuren Kostenaufwandes zur Stützung des Lon Nol-Regimes zeigt dieses alle Anzeichen eines unabwendbaren Zusammenbruchs. Die Wirtschaft der noch von Lon Nol kontrollierten Gebiete ist vollständig ruiniert: noch 1969 exportierte Kambodscha 88 000 t Reis und hatte keine Reisimporte. 1972 lag der Reisexport bei 18 000 t und der Reisimport bei 75 000 t [12]). 1973 wurde kein Reis mehr exportiert, stattdessen aber mindestens 300 000 t US-Reis importiert; 1974 sollen es 200 000 t sein [13]). Die totale Abhängigkeit der Lon Nol-Clique von den USA spiegelt sich auch im Haushaltsdefizit wider: während dieses 1969 noch fast ausgeglichen war, machten die Staatsausgaben 1972 bereits das Dreifache der Einnahmen aus. 1973 lag das Defizit bei 30 Mrd von 48 Mrd Riel. Der Riel selbst wurde offiziell um 600 % abgewertet: 1970 vor dem Putsch kostete 1 Dollar 35 Riel — heute kostet er 700 Riel [14]). Während die Preise um das 15fache stiegen, wurden die Löhne nur um 25 % erhöht. Das Durchschnittseinkommen einer Familie von 5000 Riel im Monat reicht zum Kauf von 25 kg Reis. Hunger, Seuchen, Diebstahl, Verbrechen sind in den wenigen noch von Lon Nol kontrollierten Städten zur Regel geworden.

Auch die Armee ist nicht verschont geblieben: die Bombardierungen des Lon Nol-Palasts vom 17. März und 19. November 1973 durch Bomber der kambodschanischen Armee — die Piloten schlossen sich mit ihren Maschinen der FUNK (Nationale Einheitsfront von Kambodscha) an — sprechen eine deutliche Sprache. Hohe Verluste und Desertionen dezimieren die Lon Nol-Armee: allein 1973 wurden 178 000 Mann außer Gefecht gesetzt, getötet oder gefangengenommen; am 5. August 1973 hat sich z. B. eine ganze Garnison mit 1800 Offizieren und Soldaten in Taing Kauk mit Waffen, darunter 105-mm-Kanonen, der Volksbefreiungsarmee angeschlossen. Ende September 1973 gingen 47 Offiziere bei Kompong Tralach an der Nationalstraße Nr. 5 zur FUNK über; Anfang Januar 1974 ist ein Bataillon (ca. 300 Mann) bei Chouk Var auf die Seite der FUNK übergelaufen. Im Januar und Februar 1974 waren es insgesamt 4026 Soldaten und Offiziere, die sich dem Befreiungskampf anschlossen [15]). Einer der erschütterndsten Aspekte dieses Zerfalls ist die im Rahmen der „Khmerisierung" durchgeführte Mobilisierung der Kinder: gegenwärtig dienen mindestens 6000 Kinder zwischen 11 und 14 Jahren als Kanonenfutter in der Lon Nol-Armee. Jacques Cazaux, Journalist von AFP, schrieb am 2. 2. 1974: „Phnom Penh ist eine umzingelte Stadt ... Im Innern einer ‚Sicherheitszone' — ein Dreieck von 1500 qkm — befinden sich 30 000 Soldaten und 83 Generäle ...", eine Meldung, die ihm

10) „Bulletin d'information du GRUNC" (Paris), Nr. 168 v. 10. 5. 1974, S. 13.
11) „US policy and programs in Cambodia", in: Hearing before the subcommittee of Foreign Affairs, House of Representatives, Sitzung v. 7. 6. 1973, S. 106.
12) „Asia Research Bulletin", Oktober 1973, vol. 3, Nr. 5, S. 2161—2162.
13) „Le Monde" v. 19. 12. 1973; „Le Figaro" v. 12. 2. 1974.
14) „Bulletin d'information du GRUNC" (Paris), Nr. 172 v. 7. 6. 1974, S. 21.
15) Ebd., Nr. 163 v. 5. 4. 1974, S. 7. FUNK = Front uni national du Kampuchea (Nationale Einheitsfront von Kambodscha).

seine Ausweisung einbrachte. Die Bombardierungen der Hauptstadt durch die US-Bomber haben den Exodus der Stadt-Bevölkerung ausgelöst: von November 1973 bis Mai 1974 haben 210 000 Menschen allein Phnom Penh verlassen. Das ganze Ausmaß der Niederlage des faschistischen Lon Nol-Regimes wird in ihrem jüngsten Angebot an die FUNK deutlich, in „Verhandlungen" einen „Kompromiß" anzustreben (Juli 1974), dessen Ergebnis die Teilung Kambodschas sein soll.

Man kann heute sagen, daß die US-Aggression in Kambodscha in 2 Jahren größere Zerstörungen und Verwüstungen angerichtet hat als in Vietnam in 10 Jahren. Die USA haben Kambodscha aber nicht nur in einen der barbarischsten Kriegsschauplätze der Welt verwandelt; sie versuchen weiterhin, Kambodscha zum Spielball imperialistischen Profitstrebens zu machen, wobei sich die USA und Japan in offener Konkurrenz gegenüberstehen, um die verbleibende, immer noch reiche Beute an Bodenschätzen, Off-shore-Ölvorkommen etc. zu teilen. Daß der Imperialismus nicht bereit ist, Indochina sich selbst zu überlassen, beweist nicht zuletzt das beharrliche Festhalten an dem seit über 20 Jahren laufenden Mekong-Entwicklungsprojekt [16]), an dem auch die BRD beteiligt ist. Japan seinerseits hat im Oktober 1973 seine langfristigen Interessen in Indochina in dem Projekt „Wiederaufbau und Entwicklungsmethoden in Indochina" formuliert, das von der nach dem Präsidenten der Mitsubishi Corporation Fujino benannten „Fujino-Kommission" erarbeitet wurde [17]). Doch nach den Siegen der Völker von Laos und Vietnam in ihrem Befreiungskampf und beim Aufbau des Sozialismus in der DRV tragen nun auch die großen Siege des kambodschanischen Volkes das Ihre dazu bei, diesen Bestrebungen einen Riegel vorzuschieben.

IV

In weniger als 4 Jahren haben die Volksbefreiungsstreitkräfte und die Bevölkerung Kambodschas unter der Führung der Funk 90 % des Territoriums mit rund 6 Millionen Einwohnern (80 %) befreit. Daß das kambodschanische Volk von der offenen US-Aggression nicht überrascht wurde, beweist die 5 Tage nach dem Putsch erfolgte Gründung der FUNK. Am gleichen Tag, dem 23. März 1970, formulierte Prinz Sihanouk in einer 5-Punkte-Erklärung die politischen Ziele des Befreiungskampfes [18]). Schon am 5. Mai 1970 wurde die GRUNC als einzige die Kontinuität, Legalität und Legitimität des kambodschanischen Staates vertretende Regierung mit Staatsoberhaupt Norodom Sihanouk gebildet. Die in der Erklärung vom 23. März umschriebenen Aufgaben des nationalen Befreiungskampfes sind im Politischen Programm der FUNK ausgeführt, das vom 1. nationalen Kongreß der FUNK vom 19.—21. März 1973 bestätigt wurde [19]). Gegenwärtig befindet sich die GRUNC bis auf Staatsoberhaupt Sihanouk und den Außenminister in Kambodscha. Stellvertretender Ministerpräsident ist Khieu Samphan, der auch Oberbefehlshaber der FAPLNK ist.

Was die FUNK betrifft, die in der westlichen Presse als kommunistische Organisation der „roten Khmer" bezeichnet wird: sie ist in Wirklichkeit eine außer-

16) Die ausführlichste Dokumentation zum Mekong-Projekt hat das Dänische Vietnam-Komitee vorgelegt: An Introduction to the Mekong-Project. A neocolonialist experiment. Zu beziehen über: International Information Centre, Grønnegade 37, DK-1107 Copenhagen/Dänemark.
17) Bericht der japanischen Delegation bei der internationalen Kambodscha-Konferenz am 8./9. Dezember 1973 in Paris.
18) Abgedruckt in: s. Anmerkung 1), S. 100, und: Sonderdruck des Antiimperialistischen Informationsbulletins (AIB): Kambodscha. Dokumente des nationalen Befreiungskampfes.
19) Politisches Programm der FUNK, abgedruckt in: s. Anmerkung 1), S. 105, und: Sonderdruck der AIB, s. Anmerkung 18).

ordentlich breite nationale Front, in der alle sozialen Schichten — von Mitgliedern der königlichen Familie bis zu Arbeitern, Bauern, Jugendlichen, Frauen etc. —, Berufs- und religiöse Organisationen im Kampf gegen die US-Aggression und die Lon Nol-Clique in Phnom Penh zusammengeschlossen sind. Aufgrund der nationalen Einheit Kambodschas, der sozialen Breite der FUNK besteht in Kambodscha das Problem der nationalen Eintracht nicht, das z. B. in Vietnam und Laos ein zentrales politisches Problem ist. Daher gibt es auch keine dritte politische Kraft, wie in den beiden anderen Ländern. Im Gegensatz zu Vietnam war in Kambodscha vom Beginn des Befreiungskampfes an eine legale, legitime Regierung, die GRUNC, vorhanden, die sich auf die FUNK stützt. In Südvietnam hingegen kam es erst nach 9 Jahren Guerilla-Kampf zur Bildung der PRR im Juni 1969. Die diplomatischen Vertreter der GRUNC betonen diese Besonderheit der kambodschanischen Situation und verweisen auf die große Bedeutung, die daher der internationalen diplomatischen Unterstützung ihres Kampfes zukommt. Die nationale Geschlossenheit der FUNK ist zweifellos ein entscheidender Faktor ihrer großen Siege in den letzten 4 Jahren. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von anderen spezifischen Faktoren: Seit der französischen Kolonisation im 19. Jahrhundert besteht in Kambodscha eine Tradition des nationalen Unabhängigkeitskampfes: 1885 kam es zur ersten Aufstandswelle gegen die Franzosen in den heute befreiten Gebieten von Kratie und Kompong Cham. Norodom Sihanouk selbst gehört zur königlichen Familie der Norodom, die — im Gegensatz zu den Sisowath — heimlich die Aufstandsbewegung unterstützen. Außerdem kam dem Buddhismus als Staatsreligion eine besondere Rolle zu: die eigentlichen Gebildeten des Landes waren die Mönche, die in enger Verbundenheit mit der Landbevölkerung lebten. Sie spielten eine große Rolle bei der Ausbildung des nationalen Bewußtseins; noch heute tragen sie aktiv innerhalb der FUNK zur Mobilisierung der Bevölkerung bei. Schließlich sind die kambodschanischen Intellektuellen zu erwähnen, deren Mehrheit, infolge einer kaum ausgebildeten Bourgeoisie, aus den armen Volksschichten hervorgegangen ist. Seit dem Putsch 1970 haben sie sich in wachsender Zahl der FUNK angeschlossen; damit sind gute Voraussetzungen für den Aufbau der Produktion in den befreiten Gebieten mit qualifizierten Kräften geschaffen. Viele ehemalige Beamte des Staatsapparates sind unter ihnen. Allein im Februar 1974 z. B. haben sich Ing Kieth, ehemaliger Minister noch nach dem Putsch, Khek Sysoda, Direktor der nationalen Export- und Importgesellschaft, Seang Hac, ehemaliger Direktor der Petrolgesellschaft Tela Khmer, Sieuv Saphan, ehemaliger Berater des Rechnungshofes von Phnom Penh [20]), der Befreiungsbewegung angeschlossen.

Die FUNK hat es auch verstanden, in den befreiten Gebieten die Grundlagen einer neuen Gesellschaftsstruktur zu legen. Auf allen Verwaltungsebenen bestehen FUNK-Komitees: im Weiler (phum), im Dorf (khum), im Bezirk (srok), in der Provinz (khet). Sie gehören zum Staatsapparat und verwalten die befreiten Gebiete. Ein Komitee besteht aus 3 bis 7 Mitgliedern. Selbst in den noch von Lon Nol kontrollierten Gebieten gibt es FUNK-Komitees, die dort den Kampf leiten. In Phnom Penh z. B. ist Prinz Norodom Phurissara, patriotisches Mitglied der königlichen Familie, Präsident des FUNK-Komitees, dessen weitere Mitglieder ein berühmter Chirurg, eine Professorin, ein Journalist, ein Arbeiter und die Vertreter der Jugend- und Studentenorganisationen sind.

Ökonomisch gesehen, sind die befreiten Gebiete heute trotz der gewaltigen Zerstörungen in der Lage, sich selbst zu erhalten: in der Landwirtschaft sind Kooperativen und Gruppen der gegenseitigen Hilfe gebildet worden, wodurch die

[20]) „Le Monde" v. 1. 3. 1974.

Reisproduktion von 1,2 auf 3 t pro ha gesteigert werden konnte. Die Reisproduktion ist 1973 um das Zweifache höher gewesen als vor dem Putsch in einem normalen Jahr. Immer häufiger werden jährlich zwei Ernten eingebracht. In Kompong Cham wird der Anbau grüner Bohnen betrieben. Die gemischte Kooperative von Srey Santhor produziert hochwertige Seife und die von Koh Tom in der Provinz Kandal Fischsauce [21]). Das Handwerk wird entwickelt, um den Bedarf an Stoffen und Haushaltsgeräten zu decken. Am 20. Juli 1974 hat die GRUNC die Nationalisierung der Kautschuk-Plantagen bekanntgegeben, die von ihr trotz der Risiken des US-Luftkrieges seit Jahren bewirtschaftet worden sind; die französischen Besitzer hatten sich ablehnend gegenüber der FUNK verhalten [22]).

Die gegenwärtige Phase des Kampfes wird von der FUNK als Endphase eingeschätzt, in der sich die FAPLNK in einer allgemeinen strategischen Offensive befindet: sie kontrolliert alle Transport- und Kommunikationswege und hat die Lon Nol noch verbliebenen Städte völlig eingekreist und voneinander isoliert. Im März wurde die 7. Provinzhauptstadt — Udong, vom 17. bis zum 19. Jahrhundert königliche Residenzstadt — befreit (nach Kratie, Stung Treng, Ratanakiri, Mondulkiri, Tram Khnar, Vihear Suor). Es ist die Taktik der FAPLNK, die feindlichen Truppen aus ihren Schlupfwinkeln zu locken und zu dezimieren, die Städte einzukreisen und gleichzeitig ihre militärischen Aktivitäten mit dem politischen Kampf in den Städten zu koordinieren. Seit Ende 1973 erschüttert eine machtvolle Kampfbewegung gegen die faschistischen Zwangseinberufungen, gegen die Inflation, gegen Gangstertum und Folter die Hauptstadt Phnom Penh und die Lon Nol-Verwaltung. Der Präsident des demokratischen Jugendverbandes, und der Vorsitzende des Allgemeinen kambodschanischen Studentenverbandes haben in einem Appell am 1. Juni 1974 die Erfolge der Kämpfe von Schülern, Studenten, Lehrern und Arbeitern gewürdigt und diese aufgerufen, eng in allen Bereichen mit den Guerilla-Kämpfern in der Stadt und der die Stadt belagernden FAPLNK zusammenzuarbeiten, mit dem Ziel, das Lon Nol-Regime zu stürzen [23]). Bereits seit dem 20. Dezember 1973 begann die FUNK, die Bevölkerung und die Ausländer zum Verlassen der Städte aufzurufen oder sie vor dem Aufenthalt in der Nähe von militärischen Objekten zu warnen. Neue Erfolge zeichnen sich bereits für die im Herbst beginnende Trockensaison ab.

Auch im diplomatischen Bereich spiegeln sich die großen Erfolge der kambodschanischen Befreiungsbewegung wider: bis zum 17. Juni hatten 61 Staaten die GRUNC diplomatisch anerkannt. Daß es Washington nicht gelungen ist, die Lon Nol-Clique als Regierung von Kambodscha international zu legitimieren, hat die vom 5. bis 9. September 1973 in Algier tagende Gipfelkonferenz der blockfreien Staaten bewiesen: alle Teilnehmer sprachen Prinz Norodom Sihanouk als Staatsoberhaupt sowie dessen Erklärung vom 23. März 1970 ihre uneingeschränkte Unterstützung aus. Am 27. Oktober 1973 stimmten 68 Staaten, darunter auch die UdSSR, in der UNO (25 Gegenstimmen, 29 Enthaltungen) für die Debatte über die Zuteilung des Sitzes für Kambodscha an die GRUNC. Zwar gelang es den USA, diese Debatte zu vertagen, doch wird sie in diesem Herbst erneut auf der Tagesordnung der UNO-Vollversammlung stehen.

---

21) Bericht der Gesandtschaft der GRUNC (Paris), Zur gegenwärtigen Situation in Kambodscha Anfang 1974 (in französischer Sprache).
22) „Humanité" v. 22. 7. 1974.
23) Abgedruckt in der Dokumentation: Bilder des machtvollen Kampfes der Jugend, Schüler, Studenten, Lehrer und Einwohner von Phnom Penh zur Verbesserung der Lebensbedingungen, für die Demokratie und mit dem Ziel des vollständigen Sturzes der Verräter von Phnom Penh, hrsg. von der Gesandtschaft der GRUNC (Paris) (in französischer Sprache).

Wissenschaft und Verantwortung

Von Thomas Neumann

Die Frage nach der Verantwortung der Wissenschaft und ihrer Begründung ist verstärkt zum aktuellen Diskussionsthema geworden, seit sich unter dem Eindruck zunehmend rigoroserer — und zunehmend bewußter erfahrener — Unterwerfung der Wissenschaft unter Verwertungsinteressen des Kapitals organisatorische Ansätze des demokratischen Widerstandes der Wissenschaftler auszubilden beginnen. Ist die Verantwortlichkeit ein von außen, aus außerwissenschaftlichen Entscheidungen an den einzelnen Wissenschaftler als Staatsbürger herangetragenes oder ein in der Wissenschaft selbst begründetes und von ihr als solcher auch schon immer erfülltes Postulat? Hat die Wissenschaft oder nur ihre dem Einfluß des einzelnen Wissenschaftlers entzogene Anwendung durch die je Mächtigen Klassencharakter? Derartige Fragen wurden u. a. in der Weltföderation der Wissenschaftler, in den französischen Wissenschaftlergewerkschaften UGIST, SNESup und SNCS und in der Bundesrepublik jüngstens im Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi) in Zusammenhang mit der Ausarbeitung seines Grundsatz- und Aktionsprogramms, das in den nächsten Tagen in seiner endgültigen Fassung der Öffentlichkeit vorgelegt werden wird, diskutiert. Die „Blätter" beabsichtigen, mehrere Stimmen zu dieser notwendig fortdauernden Diskussion, beginnend mit dem hier wiedergegebenen Beitrag von Thomas Neumann, in zwangloser Folge zu Gehör zu bringen. D. Red.

I

Wissenschaftliche Erkenntnisse dienen vielfach auch zur Herstellung von Gegenständen, die den Menschen Unglück und Tod bringen, besonders in der Rüstungsforschung. Die auf hohem Niveau der Technologie aufgebaute Industrie der BRD führt zu Umweltverschmutzung, zur Zerstörung der Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung und ihrer Lebensbedingungen in den Städten und auf dem Land. Ist die Wissenschaft, sind die Wissenschaftler für die Folgen, die aus der Anwendung der Erkenntnisse entstehen, verantwortlich?

In der von Grund auf wissenschaftsfeindlichen bürgerlichen Vorstellungswelt gilt es als selbstverständlich, diese Frage zu bejahen. „Immer fragwürdiger wird eine Wissenschaft", schrieb der „Spiegel" zu Beginn der 70er Jahre, „die alles auszuführen trachtet, was sie zu bewerkstelligen imstande ist, ohne im voraus die moralischen und sozialen Konsequenzen ihres Tuns zu überdenken" [1]). Selbst in das Deckmäntelchen „wissenschaftlicher Prognostik" und „Zukunftsforschung" eingehüllt, erklingen diese Warnrufe bereits seit langem und in immer kürzeren Abständen. Die Flut technokratischer Zukunftsvisionen steigert sie noch. Man benötigt nicht viel Scharfsinn, um die Absicht der Warnungen zu erkennen: von den wirklich Verantwortlichen, den Großaktionären und ihren Unternehmen, von ihrer Verbindung mit Militär und Staat, die insgesamt und in engster Zusammenarbeit den Mißbrauch der Wissenschaft fördern, abzulenken. Und dennoch ist diese Verantwortungsideologie einflußreich. Sie dient nicht nur zur Entlastung des Großkapitals. Die den Wissenschaften angehängte Verantwortung seiner immer weiter wuchernden Auswüchse vernebelt den Blick

[1]) „Der Spiegel" v. 5. 1. 1970: Die Siebziger — Planlos in die Zukunft?

für die Ansätze einer demokratischen Bewegung unter den Wissenschaftlern, für die komplizierten ideologischen Auseinandersetzungen und Anknüpfungspunkte, in denen diese Ansätze sich entwickeln und an die sie anschließen.

Über lange Strecken hielt die demokratische Studentenbewegung am Bild des sich selbst Verantwortlichen, auf sich selbst gestellten Wissenschaftlers fest. Dabei hatte sie einen Wissenschaftlertyp vor Augen, der sich nur noch in den Randzonen des eigentlichen Wissenschaftsprozesses, in den Ordinariaten der „geistes"- und sozialwissenschaftlichen Abteilungen der Universitäten findet und dessen Erkenntnisse zum allerwenigsten den revolutionären Charakter wissenschaftlich-technischer Prozesse bestimmen. Und bis heute hat sich von diesem Bild innerhalb der demokratischen Bewegung der Universitäten noch viel erhalten. In der Metapher von der „Politisierung der Wissenschaft" lebt das traditionelle und im übrigen recht provinzielle Verständnis wissenschaftlicher Arbeit weiter, ganz unbekümmert und fern allen sozialen Tatsachen. Die Möglichkeiten demokratischen Bewußtseins, praktisch politischer Tätigkeiten von Wissenschaftlern schrumpfen in diesem Bild auf eine Frage zufälliger subjektiver Entscheidung zusammen, die unabhängig und unberührt von den objektiven, von den materiellen gesellschaftlichen Verhältnissen erfolgen soll. Dabei werden solche Entscheidungen natürlich ebensowenig gefällt werden, wie es sonst im Belieben der Menschen steht, herbeigesehnte Zustände unabhängig von ihren objektiven Bedingungen herzustellen.

Das Postulat von der „Politisierung der Wissenschaft" umfaßt, genauer betrachtet, zwei Behauptungen: Gegen die „wissenschaftliche Spezialisierung" soll die „Reflexion des gesellschaftlichen Interesses der Wissenschaften" gesetzt werden, d. h., die Wissenschaftler sollen ihr „immanentes" Wissenschaftsverständnis zugunsten eines „politischen" aufgeben.

In Wirklichkeit ist diese Gegenüberstellung eine Scheinalternative. Zunächst einmal muß man in der Diskussion, worauf später noch eingegangen wird, zwischen Natur- und Ingenieurwissenschaften auf der einen und Sozial- und/oder „Geistes"wissenschaften auf der anderen Seite unterscheiden. Unbestreitbar ist wohl, daß auch innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft die Natur- und Ingenieurwissenschaften sich außerordentlich schnell entwickeln. Unbestreitbar ist ebenso, daß diese Entwicklung mit der Tendenz zu immer weiterer Spezialisierung, aber auch mit der Tendenz zu fortschreitender methodologischer und theoretischer Verallgemeinerung verknüpft ist. Dies ist bereits eine wichtige, in der Vorstellung von der „Politisierung der Wissenschaft" fast immer gänzlich übersehene Seite der Aufhebung der Spezialisierung bei und durch ihre gleichzeitige Weiterentwicklung. Diesem Prozeß stehen die vom bürgerlichen Denken inspirierten Sozialwissenschaften, vor allem aber ihr erbärmlicher Stand in der Erkenntnistheorie zwar im Wege, er ist aber dadurch nicht aufzuhalten. Vielmehr sind die Naturwissenschaftler gezwungen — durch die allen ihren Erkenntnissen und den daraus folgenden Problemen hohnsprechende „Verarbeitung" seitens der „Geisteswissenschaften" —, in dieser Frage „selbständig", um es in die Worte ihrer Kritiker zu kleiden, „immanent" zu denken. Das trennt sie natürlich von den auf sich selbst beschränkten und allein darum „immanent" denkenden Gesellschaftswissenschaftlern.

Darüber hinaus fördert die Verbindung der Naturwissenschaften mit der Produktion neben dieser ständigen Aufhebung ihrer Spezialisierung zugleich auch den Zusammenschluß ganzer Wissenschaftsbereiche, vor allem der Physik,

Chemie und Biologie, und die Verknüpfung dieser neuen Kombinationen wiederum mit den Ingenieurwissenschaften. Aus solchen Zusammenschlüssen erwachsen neben allgemeinen theoretischen und methodologischen Fragen, noch wichtiger, praktische Forderungen nach sozialer Prognostik, also ein intensives, den objektiven Erfordernissen entsprechendes Nachdenken über soziale Prozesse. Schon diese beiden Seiten zeigen, daß das sogenannte immanente Wissenschaftsverständnis in den Natur- und Ingenieurwissenschaften einen gänzlich anderen Charakter hat als in den Sozial- und Geisteswissenschaften, daß es die Produktion bereits einschließt. Die Gleichsetzung von „immanent" und „apolitisch" kann dagegen nur auf dem Boden davon ausgeschlossener, mehr noch sich ausschließender „Geisteswissenschaften" entspringen — und spiegelt deren Standort wider.

Also schon vor jeder „Reflexion" gesellschaftspolitischer Interessen — womit es im übrigen auch nicht getan ist — vollziehen sich Praxis und Denken der Natur- und Ingenieurwissenschaften bereits auf dieser Ebene. Das schließt selbstverständlich nicht aus, daß die Widersprüche, die der Verwirklichung der aus dem Wissenschaftsprozeß sich ergebenden Konsequenzen im Wege stehen, in ihrer Ursache nicht erkannt werden. Aber dennoch sind diese Forderungen fortschrittlich, sind auch ein Ansatz zur praktischen Überwindung der in der BRD gegebenen Verhältnisse.

Auch die „Reflexion des gesellschaftlichen Interesses" der Wissenschaften ist etwas komplizierter, als die schlichte Forderung vermuten läßt. Das herrschende Interesse der Großunternehmer, des Großkapitals und seiner Helfer steht für sich genommen in prinzipieller Gegnerschaft zur gesamten weltanschaulichen Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse. Die Mystifizierung seiner eigenen Stellung, des Kapitals insgesamt, die in jeder Einführung in die Volkswirtschaftslehre aufs neue bestätigt wird, das grundsätzliche Bestreiten objektiv wirkender Gesetzmäßigkeiten in der Gesellschaft zeigen das ebenso wie die ängstlichen Versuche, den tausendfach bewiesenen und immer erneut unter Beweis gestellten „Wahrheitsanspruch der Naturwissenschaften" (Werner Heisenberg) aus der gesellschaftspolitischen Diskussion herauszuhalten und sogar in den Naturwissenschaften selbst zu bekämpfen. Aber zugleich erzwingen die das Kapital selbst bestimmenden Gesetze, die von ihm bestrittenen, aber darum nicht weniger wirksamen objektiven Tendenzen die ständige Erweiterung der Produktionstechnik und damit der Wissenschaftsentwicklung. Die Widersprüchlichkeit des Kapitals oder seine Doppelnatur ist eine Tatsache. Es ist gerade die Tatsache, für die heute die „Wissenschaft" verantwortlich gemacht werden soll. Das herrschende gesellschaftliche Interesse steht also der Entfaltung der Wissenschaften entgegen und muß zu seinen eigenen Zwecken sie dennoch fördern. Sein Interesse ist der Reichtum um des Reichtums willen, und das ist nicht möglich ohne die ständige Ausweitung der Produktion — allerdings von oft sehr nutzlosen Gütern, der planlosen, die eigenen Kräfte selbst behindernden Produktion. Die vom Großkapital beherrschten, unterdrückten Gruppen der Gesellschaft, die arbeitenden Menschen und damit auch die Wissenschaftler sind zwar dieser Form und diesen Zielen der Produktion untergeordnet, an die von ihnen nicht verwalteten Mittel gebunden und können ihr Interesse an der Produktion und die ihm entsprechende Gestaltung der Produktion nicht praktizieren. Als Arbeitende bewegen sie aber gänzlich andere „Zwecke", die der Praxis und Vorstellungswelt des Kapitals entgegengesetzt sind. Diese Seite des „gesellschaftlichen Interesses" wendet sich der Produktion selbst zu, nimmt sie selbst und ihre Ziele als einen sozialen Prozeß und verbindet damit den Zweck, nicht den Reichtum

an sich, sondern den gesellschaftlichen Reichtum zu vermehren, eine „soziale Produktion" (Marx) zu verwirklichen. Sie haben also kein ihnen selbst entgegenstehendes Verhältnis zur Produktion. Es ist darauf gerichtet, sie allumfassend und planvoll zu gestalten. Und so auch das Verhältnis zur Wissenschaft. Die ganze arbeitende Bevölkerung ist in ihrer Grundhaltung nicht negativ, sie ist positiv zu den Wissenschaften eingestellt, sie hat ein waches, stets wachsendes Interesse an ihrer Entfaltung.

Die Forderung, „die gesellschaftlichen Interessen", die die Entstehung und Funktion von Wissenschaft bestimmen, zu „reflektieren" bzw. die Ansicht, daß, wo dies nicht geschehe, ein nur „immanentes" und „apolitisches Wissenschaftsverständnis" vorliege, bleibt bei genauer Betrachtung des „gesellschaftlichen Interesses" vollkommen inhaltsleer und hohl oder ist nichts anderes als ein verkapptes Zugeständnis an das herrschende Interesse selbst. Zum einen besteht eine solche angenommene oder unterstellte Einheit des „gesellschaftlichen Interesses" nicht, es bestehen Interessengegensätze, die ihren Ausdruck in gesellschaftlichen Klassen und dem Kampf dieser Klassen gegeneinander haben — es ist gerade „jene Gegensätzlichkeit ihrer Interessen, die den Inhalt des wissenschaftlichen Begriffs des Klassenkampfes ausmacht" (Lenin) —, zum anderen ist es ganz unmöglich, von einem „allgemeinen" oder — was hier dasselbe ist — dritten Standpunkt aus über diese Gegensätzlichkeit zu „reflektieren". Da diese Wissenschaftskritik, die Forderung nach Politisierung der Wissenschaften, oft in Berufung auf die Ansichten von Marx, Engels und Lenin vorgetragen wird, ist hier am besten auch mit Marx, Engels und Lenin selbst zu antworten. Für Marx änderte der widersprüchliche Charakter der kapitalistischen Produktionsweise und der dadurch bedingte ständige Antrieb zu immer neuen wissenschaftlichen Entdeckungen und technischen Entwicklungen nichts an der Fortschrittlichkeit dieser Wissenschaft und Technik, auch dann nicht, wenn sie sich, was ja allein das kapitalistische „Interesse" an dieser Seite der Produktion beflügelt, direkt gegen die Arbeiter wandte. Gegen die Philosophie des Elends von Proudhon, von der wir in der Philosophie über die Verantwortung der Wissenschaftler nur eine Neuauflage erleben, schrieb Marx in „Das Elend der Philosophie": „In England sind die Strikes regelmäßig Veranlassung zur Erfindung und Anwendung neuer Maschinen gewesen. Die Maschinen waren, man darf es behaupten, die Waffe, welche die Kapitalisten anwendeten, um die Revolte der Geschick erfordernden Arbeit niederzuschlagen. Die self-acting mule, die größte Erfindung der modernen Industrie, schlug die rebellischen Spinner aus dem Felde. Hätten die Gewerkschaften und Strikes keine andere Wirkung als die, mechanische Erfindungen gegen sich wachzurufen, schon dadurch hätten sie einen ungeheuren Einfluß auf die Entwicklung der Industrie ausgeübt" [2]). Und Lenin schrieb über Hegel: „Obwohl Hegel selber ein Anbeter des absolutistischen preußischen Staates war, in dessen Diensten er als Professor der Berliner Universität stand, war die Lehre Hegels revolutionär" [3]). In diesem Zusammenhang ist es wichtig, noch an eine andere Seite der Wissenschaftsdiskussion des Marxismus/Leninismus zu erinnern, eine Seite, die vor allem das Problem der sogenannten „bürgerlichen" Wissenschaften betrifft:

In der in demokratischer Absicht vorgetragenen Wissenschaftskritik vor allem fortschrittlicher Studenten wird selten scharf genug abgegrenzt, in welcher Absicht die Kritik erfolgt, in politisch-ideologischer oder in wissenschaftlich-ideologischer. Prinzipiell handelt es sich dabei um eine analytische Trennung, die aber

[2]) MEW 4, S. 176.
[3]) Werke Bd. 2, S. 7.

von Bedeutung ist. Einem bürgerlichen Wissenschaftler seine bürgerliche Weltanschauung nachzuweisen und ihn auf diesem Weg als bewußten oder unbewußten Ideologen seiner Klasse zu „entlarven", ist die eine Seite. Seine wissenschaftlich richtigen Erkenntnisse kritisch herauszuarbeiten, die andere. Ob und in welchem Zusammenhang eine „Entlarvung" nützlich ist, ist eine ausschließlich politische Frage. Damit ist aber die Wissenschaftskritik noch nicht automatisch geleistet. Darwin war z. B. für Engels unter politisch-ideologischem Aspekt uninteressant; ihn interessierte der Theoretiker der Abstammungslehre. Die rassistische Ideologie, die sich mit Darwins Namen schmückte, wurde als Ideologie nicht an Darwin expliziert, von dem sie auch nicht stammt. Im Gegenteil kritisierte Engels ausdrücklich „Herrn Dühring" — einen Wissenschaftler, den er überhaupt nur aus politisch-ideologischen Gründen, nicht aber als Wissenschaftler ernst nahm —, weil Dühring Darwin den Rassismus zum Vorwurf machte: „Es ist nicht Darwin, der ‚im Gebiet der Bestien die Gesetze und das Verständnis aller Naturaktion sucht' — Darwin hatte ja gerade die ganze organische Natur mit in den Kampf eingeschlossen —, sondern ein von Herrn Dühring selbst zurechtgemachter Phantasiepopanz. Der *Name:* Kampf ums Dasein, kann übrigens dem hochmoralischen Zorn des Herrn Dühring gern preisgegeben werden. Daß die *Sache* auch unter Pflanzen existiert, kann ihm jede Wiese, jedes Kornfeld, jeder Wald beweisen, und nicht um den Namen handelt es sich, ob man das ‚Kampf ums Dasein' nennen soll oder ‚Mangel der Existenzbedingungen und mechanische Wirkungen', sondern darum, wie diese Tatsache auf die Erhaltung oder Veränderung der Arten einwirkt. Darüber verharrt Herr Dühring in einem hartnäckig sich selbst gleichen Stillschweigen" [4]).

Ebenso verfährt Lenin. Er kritisiert Avenarius, Mach und andere inzwischen gänzlich unbekannte „Philosophen" mit aller Schärfe, weil die politisch-ideologische Seite ihrer Ansichten von großer Wichtigkeit war. Lenin „widmet" ihnen gewissermaßen ein ganzes Werk. Dagegen schenkt er in der Schrift über den Imperialismus beispielsweise dem „deutschen Professor Schulze-Gaevernitz, einem Apologeten des deutschen Imperialismus, einer Autorität für die Imperialisten aller Länder", nur insofern Aufmerksamkeit, als seine Erkenntnisse über die Bankenentwicklung anzuerkennen sind. Ansonsten begnügt Lenin sich mit dem Hinweis, daß „die Aufgabe eines bürgerlichen Professors eben nicht darin besteht, diese ganze Mechanik (des Imperialismus, d. Verf.) aufzudecken und die Machenschaften der Bankmonopolisten zu enthüllen, sondern darin, sie zu beschönigen" [5]). Aus den Beispielen, die sich beliebig vermehren ließen, folgt für den Umgang mit den „bürgerlichen" Wissenschaften dreierlei:

1) Das bloße Festhalten an den „Namen", die diese Wissenschaftler für ihre Erkenntnisse benutzen, führt in aller Regel von der „Sache" ab [6]). Daß ein „bürgerlicher" Wissenschaftler sich in den Bildern der bürgerlichen Vorstellungswelt ausdrückt, macht die Sache weder falsch noch richtig.

2) Ob einem wissenschaftlichen Werk politisch-ideologische Bedeutung zukommt, ist eine Frage, die aus dem Werk selbst gar nicht beantwortet werden kann. Es ist eine Frage der politischen Situation [7]). Vom politischen ebenso wie vom engeren professionellen Wissenschaftlerstandpunkt aus ist es jedenfalls müßig, jedem bürgerlichen Wissenschaftler nachzuweisen, daß er ein bürgerlicher Wissenschaftler sei.

[4]) MEW 20, S. 64 f.
[5]) Werke Bd. 22, S. 222.
[6]) Vgl. dazu bei Engels, ebd., auch die Diskussion um den Begriff „Urschleim" einerseits und den Begriff der „Kraft" andererseits.
[7]) Vgl. Engels' Vorwort zum Anti-Dühring und Lenins Vorwort zu „Materialismus und Empiriokritizismus".

3) Die berufsmäßige wissenschaftliche Kritik innerhalb positiver wissenschaftlicher Arbeit prüft, vom materialistischen Standpunkt aus betrachtet, ob die Wirklichkeit richtig oder falsch abgebildet worden ist. Das ist aber selbst eine Sache intensiven Studiums. Sie wird in jedem Fall den wahren oder falschen Kern aus der mystischen Hülle befreien müssen, in den der bürgerliche Wissenschaftler ihn einspinnt.

Die Frage nach dem Verhältnis von Wissenschaftlern und bewußter politischer Aktivität im Sinne einer demokratischen Entwicklung der Gesellschaft findet weder eine angemessene Antwort im bloßen Verweisen auf die Spezialisierung noch in der Aufforderung zur „Reflexion" „gesellschaftlicher Interessen". Sie wird durch solche Antworten ganz im Gegenteil verwischt. Eine Antwort findet sie erst da, wo die Stellung der Wissenschaft im Produktionsprozeß und damit die Stellung der Wissenschaftler, ihre Erfahrungsmöglichkeit, ihre objektiven Bedürfnisse und die ihnen eigentümlichen Ansätze zur Erkenntnis dieser Bedürfnisse zum Ausgangspunkt der Untersuchung genommen werden. Davon ausgehend, haben die großen französischen Gewerkschaften bzw. ihre Wissenschaftlerorganisationen in einem gemeinsamen Appell an Forscher, Wissenschaftler und Ingenieure vom Februar 1973 sich mit außerordentlicher Klarheit zur wissenschaftlichen Verantwortung geäußert [8]):

„Wir lehnen entschieden alle Theorien ab, nach denen die wissenschaftlichen Entdeckungen und der technische Fortschritt der Menschheit mehr Unheil als Segen bringen würden. Durch solche Behauptungen versucht der Kapitalismus die Verantwortung, die ihm zufällt, auf die Wissenschaftler abzuwälzen. Schädlich ist nicht die Wissenschaft selbst, sondern das, was man daraus macht, um ein Ausbeutungsregime am Leben zu erhalten, das sich überlebt hat. Die Wissenschaft ist nicht verantwortlich für die Perfektionierung von Massenzerstörungswaffen.

Die Wissenschaft ist nicht verantwortlich für die Zunahme von physischen und nervlichen Erschöpfungszuständen, für unzulässige Arbeitsbedingungen, unter denen Millionen von Lohnabhängigen zu leiden haben. Sie ist auch nicht schuld an der Aufrechterhaltung der Arbeitszeitdauer bei ständig und schnell steigender Produktivität.

Die Nutzbarmachung der Wissenschaft schließt nicht ein, daß die Natur durch den Ausstoß von Fremdstoffen aller Art verunreinigt wird.

Im Gegenteil: die Wissenschaft stellt der Gesellschaft Lösungen für bessere Arbeitsbedingungen, für die Beseitigung der Luftverschmutzung, für eine Produktion ohne Luftverunreinigung zur Verfügung. Doch es hängt nicht von der Wissenschaft ab, wenn diese Lösungen nicht angewandt werden.

Die Wissenschaft ist nicht verantwortlich für die Anarchie der Produktion. Im Gegenteil: sie zeigt Wege auf, um sie auf vernünftige Grundlagen zu stellen. Sie ist weder für die Kapitalkonzentration noch für deren Auswirkungen: ökonomische Wüsten hier, geballte Anhäufung von Industrie und Menschen dort, verantwortlich.

Die Wissenschaft ist nicht für die Ignoranz verantwortlich.

Sie fordert vielmehr, allgemein geistig aufgenommen zu werden und ihren rechtmäßigen Platz in Bildung und Kultur einzunehmen.

---

[8]) Gemeinsamer Appell der Gewerkschaften UGICT (Zusammenschluß von Technikern und Ingenieuren in der CGT), SNESup (Zusammenschluß von Angehörigen des Bereichs Hochschulbildung in der FEN) und SNCS (Zusammenschluß von in der Forschung Tätigen in der FEN) an alle Forscher, Wissenschaftler, Ingenieure v. Februar 1973.

Im übrigen wird man vergebens glauben, der Fortschritt könnte gestoppt werden. Wie lassen sich wissenschaftlicher und technischer Fortschritt — unsere berufliche Aufgabe — dem Menschen, der Gesellschaft, der kulturellen Entwicklung dienstbar machen? Das ist die Frage, die wir uns stellen . . ."

II

Die besondere Bedeutung der Wissenschaften in der Gegenwart ergibt sich aus ihrem Verhältnis zur Produktion. Unabhängig von den Eigentumsverhältnissen, unabhängig von der Borniertheit, den wissenschaftlichen Erfolg mit der Meßlatte des Profits zu traktieren und also an die Widersprüche kapitalistischer Produktion zu binden, sie mit diesen Widersprüchen zu durchdringen und zu behindern, ist die Bindung der Wissenschaften an die Produktion, ihre Orientierung und Zielsetzung durch die Produktion ein Fortschritt. Jeder Versuch, sie davon wieder zu lösen, und die Hoffnung, auf diesem Weg den Wissenschaftlern die Freiheit zur politischen Entscheidung zu geben, wäre ebenso naiv, wie es die Maschinenstürmerei der Arbeiter zu Anfang des vorigen Jahrhunderts war. Die Besonderheiten der Wissenschaftsentwicklung in ihrer Verbindung mit der Produktion, die durch die kapitalistische Organisation der Produktion gesetzt werden, bestehen dagegen in der Ungleichzeitigkeit, ja Gegensätzlichkeit der Entwicklung von Natur- und Gesellschaftswissenschaften. Während die Naturwissenschaften mit immer wachsender Kraft voranschreiten, verflüchtigt sich die Masse gesellschaftswissenschaftlicher Untersuchungen auf immer abstrusere „Entdeckungen" der „Industriegesellschaft". Diese Ungleichzeitigkeit, die anachronistische Rückbildung der Gesellschaftswissenschaften bei gleichzeitigem Vorwärtsdrängen der Naturwissenschaften bringt nur auf der Ebene der Wissenschaften den Widerspruch zwischen der Entfaltung der Produktivkräfte und den sie einengenden Eigentumsverhältnissen zum Ausdruck. Während die Naturwissenschaften die Produktivkräfte unmittelbar erweitern, selbst eine wesentliche Produktivkraft geworden sind, sind die Gesellschaftswissenschaften zu ihrem überwiegenden Teil ganz und gar mit der Rechtfertigung der sie einschränkenden Verhältnisse beschäftigt.

Die Auseinandersetzungen innerhalb und mit den Sozialwissenschaften haben darum einen ganz anderen Charakter als die Auseinandersetzungen in und mit den Naturwissenschaften. Die Masse sozialwissenschaftlicher Ergüsse ist ein direkter Ausdruck der bürgerlichen Ideologie und entbehrt jedes wissenschaftlichen Anspruchs. Die Schärfe, die die Kritik ihnen gegenüber annimmt, ist berechtigt. Ein Sozialwissenschaftler, der angesichts von Streiks, ein Politologe, der angesichts der chilenischen Putschisten, ein Literatur- oder Kunstwissenschaftler, der gegenüber dem sozialistischen Realismus, oder ein Psychologe, der vor den Tatsachen der Hirnphysiologie sich auf einen „allgemeinen Standpunkt", auf „sowohl als auch" zurückzieht, wird durch solche Kritik der Tatsachen als Wissenschaftler unglaubwürdig. Dafür wird er um so glaubwürdiger als Vertreter der den Tatsachen Widerstand leistenden, die Tatsachen vertuschenden Position. Und auf diese Position zielt die Kritik. Der Gesellschaftswissenschaftler ist an seinen gesellschaftspolitischen Aussagen in ungleich höherem Maße als der Naturwissenschaftler zu messen. Aber ist die in den Sozialwissenschaften geübte Form der Auseinandersetzung auf die Naturwissenschaften zu übertragen?

Einen „dritten Weg" gibt es für Naturwissenschaftler gegenüber den sozialen Tatsachen, den gesellschaftlichen Interessengegensätzen und dem Kampf, den

diese Gegensätze bestimmen, natürlich ebensowenig wie für sonst einen Menschen in der Gesellschaft. Und dennoch nimmt die Auseinandersetzung hier eine vollkommen andere Form an als gegenüber den „bürgerlichen" Sozialwissenschaften. Ist dort der Anknüpfungspunkt zugleich Hauptpunkt der Kritik, nämlich das oft kaum verhüllte Herrschaftsinteresse, so ist hier, bei den Natur- und Ingenieurwissenschaften, der Hauptpunkt im objektiven Fortschritt der Entdeckung der Naturgesetzlichkeit und ihrer produktiven Anwendung zu sehen. Die Widersprüche und Ungereimtheiten gesellschaftlicher Bekundungen seitens vieler Naturwissenschaftler stehen schon immer im Widerspruch zu ihrem wissenschaftlichen Selbstverständnis und können bereits an ihm gemessen, wenn auch dadurch noch längst nicht beseitigt werden. Aber nicht nur „immanent", nicht nur formal logisch ist es ein beispielsweise offenkundiger Widerspruch, wenn Karl Steinbuch [9]) einerseits richtig erkennt, daß „der entscheidende Beitrag der Naturwissenschaft zum menschlichen Denken die Entdeckung von Gesetzen ist, die unabhängig vom beobachtenden oder forschenden Subjekt gelten. Ohne diesen Beitrag wäre alles Denken Willkür und Chaos" (S. 19), andererseits aber meint, davon ausgehen zu müssen, „daß auch der Mensch der Zukunft ein Mensch mit all seinen Unvollkommenheiten ist, mit Dummheit, Gehässigkeit und Aggressionstrieb" (S. 47). Schließlich ist Denken nichts Abstraktes, ist gegenständlich, und mit der Zunahme der Gegenstände des Denkens, insbesondere ihrer richtigen Erkenntnis nimmt die „Dummheit" naturnotwendig ab. Auch das Mißverhältnis zwischen den „Unzulänglichkeiten" der gesellschaftlichen Organisation, der anarchisch spontanen Produktion und den Forderungen nach gesellschaftlicher Planung, die aus dem systematischen Einsatz der Wissenschaften gerade in dieser Produktion erfolgen, stoßen die Erfahrung auf Gegensätze. Es ist darum ein absoluter Unterschied, ob Sozialwissenschaftler von der „Herrschaft der Manager" phantasieren, um die Bedeutung kapitalistischen Eigentums herunterzuspielen, oder ob in Verkennung der wahren Ursachen gesellschaftlicher Widersprüche sich Naturwissenschaftler dieser Managervorstellungen annehmen, weil sie darin eine Antwort auf die Probleme vergesellschafteter Leistungsprozesse zu erkennen glauben. Mündet die sozialwissenschaftliche „Entdeckung" in das mitbestimmungsfeindliche Konzept einer dritten, disponiblen Kraft zwischen Arbeit und Kapital, so können sich gerade umgekehrt bei Naturwissenschaftlern in der Anerkennung der Bedeutung von Leitungstätigkeiten Mitbestimmungsforderungen daran knüpfen, wie das ja auch vielfach geschieht. Die „Theorie von der Herrschaft der Manager" wird selbstverständlich nicht dadurch richtig, daß Naturwissenschaftler sie sich zu eigen machen, aber sie machen sie sich zu eigen auf der Suche nach Lösungen objektiver Probleme, während diese Theorien in den Sozialwissenschaften ausgebreitet werden, um von den Problemen abzulenken.

Schon diese beiden Beispiele dürften zeigen, daß die Formen der politischen Auseinandersetzungen in und mit den bürgerlichen Gesellschaftswissenschaften sich keineswegs auf die Diskussion in und mit den Naturwissenschaften übertragen lassen, sondern daß eine solche Übertragung die Ansätze einer kritischen Diskussion, die Schritte auf dem Weg zu demokratischen Forderungen nur stören müßte.

Die Frage nach der Verantwortung der Wissenschaftler, nach ihrer politischen Haltung in der immer schärfer werdenden Klassenauseinandersetzung der BRD richtet sich aber vor allem an die natur- und ingenieurwissenschaftliche Intelligenz. Ihre Tätigkeit gibt der Wissenschaft die bedeutende Rolle, die sie heute im

[9]) Karl Steinbach, Mensch, Technik, Zukunft, Stuttgart 1971.

politischen Kampf einnimmt, ist ein wesentlicher Bestandteil der materiellen Bedingungen, um die sie einengenden gesellschaftlichen Verhältnisse „in die Luft zu sprengen" [10]).

Die mit dem systematischen Einsatz der Naturwissenschaften einhergehenden Veränderungen sind bisher vor allem unter dem Thema Klassenlage der Intelligenz diskutiert worden. Auch in dieser Diskussion stand selbstverständlich die ingenieurwissenschaftliche Intelligenz im Mittelpunkt, d. h. also jener Teil, der zumeist direkt im industriellen Produktionsprozeß tätig ist und sich, verglichen mit allen anderen Gruppen, den Industriearbeitern am weitesten annähert. In diesen Untersuchungen sind bisher vier Punkte eingehender behandelt worden:

1) Ein Teil der Intelligenz hat sich der Arbeiterklasse sehr weit angenähert und erkennt mehr und mehr eine Übereinstimmung der eigenen sozialen Forderungen mit denen der Arbeiterklasse.

2) Gegen die allumfassende Annäherung dieser Schicht an die Arbeiterklasse, die unmittelbare Verbindung mit ihr, wirken einige, dieser Schicht typische Besonderheiten: sehr häufig noch die soziale Herkunft, des weiteren die auch innerhalb der Produktion noch immer bestehende relativ isolierte Form der Tätigkeit der ingenieur- und auch der naturwissenschaftlichen Intelligenz und schließlich die Einkommenslage und andere Formen der Sonderstellung.

3) Das spezifische Merkmal der wissenschaftlichen Tätigkeit, die geistige Arbeit, läßt sich den Produktionsbedingungen des Kapitals nicht in gleicher Weise unterordnen, wie es die Tätigkeit der Arbeiter ermöglicht.

4) Immer neue vom Kapital organisierte Versuche der Aufspaltung zwischen Arbeitern und Angestellten und innerhalb der Angestelltenschaft, zu der die Intelligenz gehört, behindern gemeinsame Aktionen.

Die systematische Integration der Wissenschaften insgesamt in die Produktion ist bei diesen Untersuchungen allerdings bisher noch zu kurz gekommen. Es stellt sich gelegentlich vielmehr die Tendenz in der Argumentation ein, die Intelligenz in ihrer Annäherung an die Arbeiterklasse als deren Teil zu sehen. Das würde allerdings Fehleinschätzungen ihrer Bewegungsmöglichkeiten, ihrer Bewußtseinslage und ihres demokratischen Engagements zur Folge haben müssen.

Zunächst einmal ist die Abhängigkeit der Stellung der Intelligenz nicht erst durch die wissenschaftlich-technische Revolution Wirklichkeit geworden, sondern schon viel eher durch die sozialen und politischen Revolutionen der bürgerlichen Gesellschaft, durch die Errichtung der kapitalistischen Gesellschaft; sie ist deren Produkt. Im Kommunistischen Manifest schrieben Marx und Engels 1848: „Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheins entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt". Die Schwierigkeiten, die abhängige, als Lohnarbeiter abhängige Stellung zu erkennen, die Ursachen der Abhängigkeit zu durchschauen und die Möglichkeiten ihrer Beseitigung zu ergreifen, sind in der Klassengesellschaft prinzipiell nicht zu beseitigen, weil die Teilung zwischen geistiger und körperlicher Arbeit selbst eine gesellschaftliche Arbeitsteilung ist, eine durch die Klassengesellschaft bedingte Teilung, die in ihr selbst nicht aufzuheben ist. Auch dieser Punkt wird in der Diskussion um die Klassenlage der Intelligenz oft nicht ausreichend berücksichtigt.

[10]) Marx, Grundrisse, S. 594.

Weiter erfolgt die vollständige Integration der Wissenschaften in die Produktion unter kapitalistischen Vorzeichen zu einer Zeit, in der das traditionelle Bewegungsprinzip des Kapitals, die Konkurrenz der vielen Kapitale untereinander, der Vergesellschaftung des Kapitals, der Bildung von Monopolen und ihrem unmittelbaren Zusammengehen mit dem Staat untergeordnet wird. Ein Vorgang, den die systematische Anwendung der Wissenschaft auf die Produktion selbst beschleunigt. Die Ausdehnung und Erweiterung der Vergesellschaftung der Produktion und des Kapitals trägt die sozialen Widersprüche tiefer in alle Lebensbereiche hinein, als es vorher jemals der Fall war. Und schließlich ist hier zu bedenken, daß mit der Herausbildung dieser „höheren" kapitalistischen Ordnung sie zugleich eingeschränkt, zurückgeschlagen wurde durch die sozialistischen Revolutionen und sich ihr eine in der Tat höhere Ordnung, die „sozialistische Großproduktion" (Lenin), entgegenstellte. Der Einfluß, den der Sozialismus speziell auf die Wissenschaftsentwicklung in den kapitalistischen Staaten ausübt, der sie weiter vorantreibt, aber auch alternative Lösungen ihrer wirklich freien Entfaltung aufzeigt, ist in seinem Umfang schwer einzuschätzen, ist aber ohne jede Frage außerordentlich groß.

Diese Faktoren korrigieren die gelegentlich zu enge Vorstellung, die wissenschaftliche Intelligenz sei auf dem Weg hin zur Arbeiterklasse und im wesentlichen als deren Teil anzusprechen. Sie verdrängen die Besonderheiten, unterbewerten sie zumindest, die für die Entwicklung des Bewußtseins dieser Schicht von Bedeutung sind. Die wissenschaftliche Intelligenz ist nicht als ein Teil der Arbeiterklasse zu betrachten, sie ist einer ihrer wichtigen Bündnispartner. Um aus einem potentiellen zu einem wirklich aktiven Bündnispartner sich zu entwickeln, müssen die verschiedenen objektiven Anknüpfungspunkte an die demokratische Bewegung der BRD weit mehr, als das bisher geschehen ist, herausgearbeitet werden. Dabei geht es nicht so sehr, auf gar keinen Fall in erster Linie, darum, die Wissenschaftler nach den Abstufungen ihrer politischen Anschauungen zu gruppieren, also mit den Sozialisten anzufangen und bei den Liberalen, und zwar bei Liberalen, die Sozialisten anerkennen, aufzuhören. Diese Einteilung ist Unsinn, sie ist besonders dann Unsinn, wenn sie von den sogenannten Sozialisten mit der anmaßenden Gutwilligkeit vorgenommen wird, mit der dann die sogenannten Liberalen in den Kreis der Fortschrittlichen eingelassen werden. Das Verhältnis der wissenschaftlichen Intelligenz zum Sozialismus, zur Arbeiterbewegung hängt von der Stärke der Arbeiterbewegung ab.

(Zweiter Teil folgt)

Soeben erschienen

K. Engelhardt / K. H. Heise

Der militärisch-industrielle Komplex im heutigen Imperialismus

Nachwort von Rainer Rilling
304 Seiten, Leinen DM 19,80

Aus dem Inhalt: Politisch-strategische und ökonomische Interessenlage des Militär-Industrie-Komplexes im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem – Rolle der Profitinteressen des Rüstungskapitals – Rolle der Zentralisation des Rüstungskapitals im Monopolisierungsprozeß der BRD – Stellung der Rüstungsforschung.

Pahl-Rugenstein

Die Umwelt-Katastrophe des Hans Magnus Enzensberger

Von den Grenzen literarischer Krisenbewältigung (II)*)

Von Knut Krusewitz und Gerhard Kade

III. Zur Rekonstruktion und Aktualisierung der Marxschen Zusammenhangs-Theorie von Natur, Technik und Gesellschaft

1) Enzensbergers Technik-Verständnis

Es sei „eine offene Frage", orakelt Enzensberger, wie weit die Zerstörungen, die durch die kapitalistische Produktionsweise „auf der Erde" angerichtet worden seien, „überhaupt noch reversibel" erscheinen. Unser Nachweis, daß die Selbstreinigungspotentiale der Natur nicht ewig als Verwertungsobjekte des Kapitals fungieren müssen, mag ihm vielleicht als konkreter Beitrag zum Problem der Reversion von ökologischen Verheerungen Anlaß genug sein, sich zukünftig weniger der delphischen als eher der materialistischen Methode zu bedienen.

Und er fährt fort: „In dieser Situation ist es notwendig, gewisse Momente der marxistischen Tradition rücksichtslos (!) zu problematisieren. Dabei kommt es zu allerletzt darauf an, zu untersuchen, ob und wie weit es sich um originäre Bestandteile des Marxschen Denkens oder um spätere Deformationen der Theorie handelt. Verglichen mit der Tragweite dieser Fragen nämlich" — gemeint sind die „zentralen Hypothesen der Ökologen" — „erscheint die ‚Pflege der Klassiker' als bloße Bagatelle". Zugegeben: Wenn sie so betrieben wird wie von der Kursbuch-Reaktion: Nachdem sie Marx erst wie einen „toten Hund" behandelt hat, läßt sie ihn im Schluß-Artikel des „Kursbuches" wieder auferstehen als gepflegten Klassiker: „Marx und die Ökologie" [70])!

Und wie schnell sich ideologische Rücksichtslosigkeit unter der Hand in Rückschrittliches verwandelt, zeigt Enzensberger eindrucksvoll, wenn er den Erkenntnis-„Gewinn" vorweist, den er aus solchem Verfahren gezogen hat: „Katastrophen lassen sich nicht mit Zitaten bekämpfen." [71]) Teufel auch — darauf ist Marx zeitlebens nicht gekommen! Das Bild von den bekloppten Marxisten, die sich an grauen Novembertagen auf dem Grunewald-Turm versammeln, um den Berliner Smog mit Marx-Zitaten zu vertreiben, konnte wirklich nur einem gelernten Literaten einfallen, der einem Denkstil verhaftet ist, der die Überlegenheit der chinesischen Umwelt-Theorie über alle sonst noch nachweisbaren mit einem Mao-Zitat „nachweist": „Kuhmist ist wichtiger für China als Dogmen" [72]).

Wenn sich „Katastrophen" schon nicht mit Zitaten bekämpfen lassen, so läßt sich mit ihnen immerhin noch die heile chinesische Umwelt beweisen; und wo Enzensberger nicht mit der Abwehr von „Katastrophen" beschäftigt ist, sondern

*) Vgl. „Blätter", 9/1974, S. 935 ff.
70) „Kursbuch . . ." (s. o. Anmerkung 1), S. 175—186.
71) Enzensberger, a. a. O., S. 26.
72) Enzensberger, ebd., S. 41; um Mißverständnisse zu vermeiden: Es geht in diesem Zusammenhang nicht um die Widerlegung der Enzensbergerschen Behauptung, wonach „sicherlich die chinesische Gesellschaft" die „besten Chancen für das ökologische Überleben der Menschen" (ebd., S. 40) bieten soll. Uns geht es um die Art seiner Beweisführung. Solche komplexen Fragen lassen sich nicht einfach mit Zitaten beantworten. Lehrreicher ist da schon der Aufsatz von einem der gebildetsten „westlichen" Umwelt-Forscher, dem Basler Nationalökonomen K. William Kapp: „Recycling im heutigen China", in: „Brennpunkte", Jg. 5, Nr. 2, Stuttgart 1974, S. 107—118.

nur mit der Liquidierung der Marxschen Zusammenhangs-Theorie von Natur, Technik und Gesellschaft, dann sind zu deren Begründung Zitate eben gerade gut genug. Schon allemal dann, wenn ein luzides André-Gorz-Zitat verfügbar ist [73]). Der von Gorz geborgte Glanz spiegelt sich dann folgendermaßen in Enzensbergers Argumentation wider: „Von einem gewissen Punkt an enthüllen (die kapitalistisch organisierten) Produktivkräfte die Kehrseite, die in ihnen schon immer verborgen war, und sie erweisen sich als Destruktivkräfte, nicht nur im speziellen Sinn der Rüstungsproduktion und des künstlichen Verschleißes, sondern in einer viel allgemeineren Bedeutung: der industrielle Prozeß, soweit er von diesen deformierten Produktivkräften abhängt, bedroht seine eignen und damit die Lebensgrundlagen der menschlichen Gesellschaft. Diese Entwicklung beschädigt aber nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Zukunft, und damit, wenigstens was unsere ‚westlichen' Gesellschaften betrifft, auch den utopischen Aspekt des Kommunismus. Wenn ein gewisses (allerdings kaum exakt zu bestimmendes) Maß an Zerstörung der Natur erreicht und irreversibel geworden ist, dann droht die Vorstellung vom ‚Reich der Freiheit' ihren Sinn zu verlieren" [74]). Fazit: „Das Reich der Freiheit (. . .) ist, wenn die Gleichungen der Ökologie aufgehen, ferner gerückt denn je" [75]).

Zur Darstellung und Begründung seines kritischen „Technik-Verständnisses", das Enzensberger wohl für den wichtigsten Bestandteil seiner „Kritik der politischen Ökologie" hält, hat er ganze vier Sätze bemüht. Welch weltfremde Säulenheilige müssen Marx und Engels eigentlich gewesen sein, fast fünfzig Jahre ihres Lebens dranzugeben, mit dem Kapital-Verständnis ein wissenschaftliches Instrumentarium zu erarbeiten, das beansprucht, der Arbeiterklasse die politische Aufhebung ihrer Existenzbedingungen theoretisch einsichtig zu machen und praktisch durchführbar erscheinen zu lassen!

Die Quittung für seine publizistische Verabschiedung „gewisser Momente" der marxistischen Theorie bekam Enzensberger denn auch postwendend: nach Auslieferung des „Kursbuches 33" schrieb Günter Zehm in der „Welt" [76]): „Hundert Jahre lang gehörten die Marxisten zu den eifrigsten Befürwortern des industriellen Wachstums, einer Umgestaltung der Natur ‚nach den Maßen des Menschen'." (So etwa: Für Pygmäen kleine Umgestaltung, für Germanen wie Springer große Naturverwandlung . . .) „Erst jetzt, da die Grenzen des Wachstums erkennbar werden" — natürlich nicht für Zehms Ideologie-Verwerter, den Springer-Konzern —, „versuchen sie das Steuer herumzureißen. Aber das kann nicht ohne Folgen für die gesamte marxistische Weltanschauung bleiben. Die schwere Krise, in die der Marxismus (!) durch die Diskussion über die Grenzen des Wachstums gestürzt wurde" — muß wohl richtig heißen: durch „Club of Rome" und MIT-Studie gestürzt werden sollte [77]) —, „hat bisher meines Wissens erst ein einziger marxistischer Theoretiker von einiger Bekanntheit erspürt: (. . .) Hans Magnus Enzensberger. In der neuesten Ausgabe seiner Zeitschrift ‚Kursbuch' teilt er den Genossen in dürren Worten mit, daß es mit dem ‚Reich der Freiheit' ein für alle mal Essig sei" — eine für Volksgenossen gewiß bewußtseinsstärkende Nachricht.

---

73) André Gorz, „Technische Intelligenz und kapitalistische Arbeitsteilung", in: Richard Vahrenkamp, Hrsg., Technologie und Kapital, Frankfurt/M, S. 94 f.; Gorz' wichtige Überlegung können wir in diesem Zusammenhang nicht weiter diskutieren: Er gibt zu bedenken, daß „die Produktivkräfte von den kapitalistischen Produktionsverhältnissen geformt und so tiefgehend geprägt werden, daß jeder Versuch, die Produktionsverhältnisse zu ändern, scheitern muß, wenn nicht auch die Natur der Produktivkräfte (und nicht bloß ihr Nutzen) verändert wird.".

74) Enzensberger, a. a. O., S. 27.

75) Enzensberger, ebd., S. 41.

76) Günter Zehm, „Die Nazis und die Öko-Katastrophe", in: „Die Welt" (Beilage „Die geistige Welt"), Nr. 252 v. 27. 10. 1973, S. I.

77) Diesen Interessen-Zusammenhang beleuchtet Gerhard Kade, „Die Grenzen des Wachstums . . ." (s. o. Anmerkung 5).

Wir können wohl darauf verzichten, Enzensbergers Vorwurf zu prüfen, *wir* hätten dem „Marxismus seine kritische, subversive Kraft abgekauft" [78]).

Der Umstand, daß Enzensbergers Problematisierungs-Formel nahtlos in das primitive Anti-Kommunismus-Konzept eines der radikalsten Sykophanten kapitalistischen Machtanspruches über Menschen und Natur eingepaßt werden konnte, kann nach den Erfahrungen mit dem „Kursbuch auf koreanisch" [79]) kaum noch als einer jener ideologischen „Verwertungs-Mißbräuche" gewertet werden, denen Marxisten immer ausgesetzt sein können.

2) Natur, eine historisch-gesellschaftliche Kategorie

„Wir kennen nur eine einzige Wissenschaft, die Wissenschaft der Geschichte. Die Geschichte kann von zwei Seiten aus betrachtet, in die Geschichte der Natur und die Geschichte der Menschheit abgeteilt werden. Beide Seiten sind indes nicht zu trennen; solange Menschen existieren, bedingen sich Geschichte der Natur und Geschichte der Menschen gegenseitig" [80]). Damit ist ein wissenschaftstheoretisches Konzept durch Marx bezeichnet, dessen Verständnis uns den Schlüssel bietet zur Erforschung, Einordnung und Klärung dessen, was als Umwelt-Krise gelten soll.

Den Marxschen Ansatz, Aussagen über die Beziehung von Natur, industrieller Entwicklung und Gesellschaft auf Zusammenhangs-Kategorien zu bringen, hat Georg Lukács in seiner Bucharin-Kontroverse später nachhaltig verteidigt: Gegen die zentrale These Bucharins, die Entwicklung der Gesellschaft sei abhängig von der Entwicklung der Technik [81]), bemerkte Lukács mit Recht, daß „die verselbständigte Technik als Grundlage der Entwicklung (. . .) aus dem groben Naturalismus bloß einen dynamisch verfeinerten mache." Denn „die Technik ist, wenn sie nicht als *Moment* des jeweiligen Produktionssystems aufgefaßt wird, wenn ihre Entwicklung nicht aus der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte erklärt wird (statt diese zu erklären), genauso ein den Menschen transzendent gegenüberstehendes fetischistisches Prinzip wie die ‚Natur', wie Klima, Milieu, Rohstoffe usw." [82]). Deshalb sei es unmarxistisch, die „Technik aus der Reihe der ideologischen Faktoren herauszunehmen und ihr der ökonomischen Struktur der Gesellschaft gegenüber ein selbständiges Dasein zuzusprechen" [83]).

Marx' wichtige Erkenntnis, wonach den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen spezifische Verteilungsverhältnisse entsprechen, die jeweiligen Verteilungsverhältnisse im Grunde nur die Produktionsverhältnisse „sub alia specie"

78) Enzensberger, a. a. O., S. 23.
79) M. Y. Cho, „Kursbuch auf koreanisch", in: „Die Zeit", Nr. 39 v. 21. 9. 1973, S. 27; daß die „Kursbuch"-Redakteure mit dem „Kursbuch 30" keine Allianz zwischen südkoreanischem CIA und der westdeutschen Reaktion stiften wollten, sei unterstellt. Aber war die Form der Rezeption dieses „Kursbuches" durch die borniertesten Systemapologeten in diesem Staat, für die hier Karl Steinbuch beispielhaft vorgeführt sei, nicht kalkulierbar? Wenn dieser rechte Entlarvungs-Techniker „linksradikaler Erweckungs- und Erbauungsliteratur" in der „Welt" schreibt: „Einen Meilenstein in der Entlarvung stellt (. . .) das Kursbuch 30 dar, in dem der Gegensatz zwischen der euphorischen Theorie und der deprimierenden Praxis des Sozialismus dargestellt ist: Zu Wohlstand und Freiheit bringt man es nicht, aber aus der Diktatur des Proletariats wird regelmäßig die Diktatur über das Proletariat", dann wird man doch einmal nach dem Praxis-Verständnis der Kurs-Verantwortlichen fragen müssen. Noch präziser stellt sich diese Frage, wenn die „Kursbücher" 30 und 33 im Zusammenhang gesehen werden: Wessen sozial-ökonomische und politische Interessen bestimmen zukünftig den publizistischen Kurs der Produzenten der Ware „Kursbuch"? — Das Steinbuch-Zitat ist nachzulesen in: „Welt am Sonntag" („Kulturmagazin"), Nr. 42 v. 21. 10. 1973, S. 21.
80) Karl Marx, Die deutsche Ideologie (Textvarianten), in: Marx-Engels-Gesamtausgabe, Erste Abteilung, Berlin 1932, S. 567.
81) Nikolai Bucharin, „Theorie des historischen Materialismus (Auszug)", in: Oskar Negt, Hrsg., Abram Deborin/Nikolai Bucharin, Kontroversen über dialektischen und mechanistischen Materialismus, Frankfurt/M, 1969, S. 237—246.
82) Georg Lukács, „Nikolai Bucharin: Theorie des historischen Materialismus (Rezension)", in Negt, Hrsg., Deborin/Bucharin . . ., ebd., S. 284.
83) Lukács, ebd., S. 285.

darstellen [84]), läßt sich konsequent auf die Naturbasis der Produktionsverhältnisse anwenden: Aneignung und Verwertung der Natur, die in der Entwicklung der Technik ihren Ausdruck finden, stellen nur eine andere Seite der Produktionsverhältnisse dar. Natur und Gesellschaft sind demnach nicht zwei unvermittelte Untersuchungsbereiche — etwa Wassersysteme auf der einen und ökonomische Form der Wasser-Verwertung auf der andern Seite —, die sich wissenschaftlicher Aussage erst erschließen, wenn die für jeden von ihnen „zuständige" bürgerliche Methode gesondert angewandt worden ist. Gerade die Entwicklungsgeschichte der Wasser-Krise erweist die Fragwürdigkeit des bürgerlichen Verfahrens, die reale Dialektik der Stoffwechselbeziehung von Natur und Gesellschaft in „Umwelt" und „Bürger bzw. Verbraucher" zu zerlegen.

Wenn die Geschichte der Vergesellschaftung, Aneignung, Verwertung und Zerstörung von Natur als spezifisch kapitalistisch erkannt wird, ist die theoretische Erörterung des Zusammenhangproblems zunächst einmal dort anzusiedeln, wo Natur materiell transformiert wird: in der Produktionssphäre.

Im Gegensatz zu Enzensberger, der gerade diesen Ansatz völlig ausblendet, beziehen wir unsere Interpretationsmittel aus dem realdialektischen Ineinander von Natur und Gesellschaft, das Marx am prägnantesten als gesellschaftlichen Arbeitsprozeß nachgewiesen hat. Nur so — wenn die „irdische Basis der Geschichte" ins Interpretationsfeld gerät, wenn gezeigt wird, daß in der Geschichte „auf jeder Stufe ein materielles Resultat, eine Summe von Produktionskräften, ein *historisch geschaffenes Verhältnis zur Natur und der Individuen zueinander* sich vorfindet, die jeder Generation von ihrer Vorgängerin überliefert wird, eine Masse von Produktivkräften, Kapitalien und Umständen, die zwar einerseits von der neuen Generation modifiziert wird, ihr aber auch andrerseits ihre eigenen Lebensbedingungen vorschreibt und ihr eine bestimmte Entwicklung, einen speziellen Charakter gibt" —, nur so wird eine genetische Durchleuchtung der „Umweltkrise" möglich, deren analytische Treffsicherheit nicht ähnlichen Bedingungen unterliegt wie ihr Gegenstand. Trennt man die Geschichte von der Entwicklung der menschlichen Arbeit, so ist „das Verhältnis der Menschen zur Natur (...) von der Geschichte ausgeschlossen, wodurch der Gegensatz von Natur und Geschichte erzeugt wird" [85]). Dies Marxsche Urteil fixiert genau den Beginn des vielschichtigen Fragens nach kausalen Ursprüngen.

Fragt man nach den gesellschaftlichen Bedingungen der Umweltkrise, so fragt man auch danach, wie sich — in einer von der kapitalistischen Produktion geprägten Umwelt — das Verhältnis der Gesellschaft zur Natur und der Menschen zueinander gestaltet. Von den paradiesischen Zuständen, in denen die Menschen davon leben, daß sie die Früchte der Natur, die für jedermann greifbar sind, verzehren, ohne sich anzustrengen, darf man absehen. Sonst hängt die Lebenserhaltung der in Gesellschaft lebenden Menschen davon ab, daß sie die Natur benutzen und beherrschen lernen: im gesellschaftlichen Arbeitsprozeß. Kräfte der Natur werden der menschlichen Gesellschaft nutzbar gemacht, Naturschätze werden ausgebeutet und verarbeitet, Naturerzeugnisse werden für Nahrung und Bekleidung verwendet, und die Handlungen und Verrichtungen, die diesen Zwecken dienen, sind die Arbeit des Menschen, der in diesen Handlungen und Verrichtungen Muskel- und Nervenkraft und gedankliche Leistung verausgabt.

Naturschätze, Naturprodukte, Naturkräfte und der biologisch-physiologische Komplex Mensch, der Arbeit hergibt, sind Elemente der Natur, die in ihrem Zusam-

84) Marx, Das Kapital, Bd. III, in MEW, Bd. 25, S. 890.
85) Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, in: MEW. Bd. 3, S. 38 f.

menwirken das Ganze der Natur verändern; die Natur ihrerseits wirkt in dem sie modifizierenden gesellschaftlichen Arbeitsprozeß verändernd ein auf das gesellschaftliche Gefüge, in dem sich die Symbiose von außermenschlicher und menschlicher Natur niederschlägt.

Die Arbeit — oder präziser: der Arbeitsprozeß — muß also als konstitutive Vermittlungsinstanz zwischen Gesellschaft und Natur verstanden werden. Deswegen hat die Frage nach den Entwicklungsgesetzen, denen der Prozeß der Vergesellschaftung unterliegt, mit der Durchleuchtung des Arbeitsprozesses zu beginnen.

Von Vergesellschaftung der Arbeit und der Natur in einer Gesellschaft, in der Industrie und Technik nicht bloße Einsprengsel sind, kann die Rede erst sein, wenn sich die kapitalistische Produktionsweise entfaltet und durchgesetzt hat.

Darum beschränkt sich die Analyse des Arbeitsprozesses hier auf einen spezifisch kapitalistischen Inhalt.

Dieser Ansatz scheint zudem noch durch ein anderes gerechtfertigt. Erst mit der Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise nimmt das Verhältnis von Gesellschaft und Natur einen neuen spezifischen Aspekt an: Verwertung. Das System des Stoffwechsels von Mensch und Natur streift zum erstenmal in der Weltgeschichte seinen feudal-bornierten Charakter ab; auf der Basis des Fabriksystems wird es zu einem spezifisch gesellschaftlichen System.

Geht man von der Hypothese aus, daß sich der Stoffwechsel zwischen Gesellschaft und Natur als eine historisch wandelbare Form der gesellschaftlichen Aneignung von Natur darstellt, so ist es diese neue, bürgerlich-kapitalistisch organisierte Gesellschaft, die den Aneignungsprozeß (auf der Grundlage des Privateigentums an den Produktionsmitteln) unter historisch völlig neuen Bedingungen betreibt. Diese Bedingungen ergeben sich daraus, daß angeeignete Natur zu Kapital wird, und Kapital muß verwertet werden.

Der Argumentationsschritt, der diesem Aufspüren der Naturverwertungsgesetze folgt, hat seinen besonderen thematischen Inhalt. Er gilt dem Zusammenhang zwischen dem gesellschaftlich erarbeiteten Mehrprodukt, der privaten Aneignung dieses Mehrprodukts und den Konsequenzen, die sich einstellen, wenn Natur in den gesellschaftlichen Zusammenhang einbezogen wird, d. h. wenn die Organisationsbedingungen des Arbeitsprozesses es zuwege gebracht haben, daß sich Natur in Ware verwandelt hat.

Zu fragen ist also, wie der Warencharakter, den bearbeitete Natur annimmt, auf die Bedingungen ihrer gesellschaftlichen Aneignung zurückwirkt. Läßt sich nachweisen, daß Natur unter kapitalistischen Vergesellschaftungsbedingungen einen spezifischen Tauschwertcharakter aufgeprägt bekommt? Wenn ja, müssen die ökonomischen Prinzipien ermittelt werden, die dafür sorgen, daß Natur zur Ware wird.

Auf die Beziehung von Warenproduktion und Kapitalakkumulation zielt auf der nächsten Argumentationsstufe die Frage, warum Erzeugung und Kapitalbildung nur krisenhaft vermehrt werden können, warum die Gesellschaft auch auf fortgeschrittener Stufe der Naturaneignung und -beherrschung in einer Naturwüchsigkeit befangen bleibt, die mit der Jahrtausende alten Unterwerfung des Menschen unter die außermenschliche Natur nicht mehr zu erklären ist.

3) Arbeitsorganisation, Produktionsweise und Erkenntnis

„Die Arbeit", sagt Marx, „ist zunächst ein Prozeß zwischen Mensch und Natur, ein Prozeß, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigne Tat vermittelt, regelt und kontrolliert. Er tritt dem Naturstoff selbst als eine Naturmacht gegenüber. Die seiner Leiblichkeit angehörigen Naturkräfte, Arme und Beine, Kopf und Hand, setzt er in Bewegung, um sich den Naturstoff in einer für sein eigenes Leben brauchbaren Form anzueignen. Indem er durch diese Bewegung auf die Natur außer ihm wirkt und sie verändert, verändert er zugleich seine eigne Natur" [86]). In diesen „einfachen und abstrakten Momenten" des Arbeitsprozesses drückt sich die „ewige Naturbedingung des menschlichen Lebens" aus, die „allgemeine Bedingung des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur", die „unabhängig von jeder Form dieses Lebens" und „allen seinen Gesellschaftsformen gemeinsam" ist" [87]). Konkretisiert man die „allgemeine Bedingung", so treten drei Aspekte in den Vordergrund: die Arbeit, die Gebrauchswerte zur Befriedigung menschlicher und gesellschaftlicher Bedürfnisse erzeugt, die stofflich-natürliche Basis der Arbeit und die Veränderung der menschlichen Natur durch Arbeit. Über die stofflich-natürliche Voraussetzung der Arbeit heißt es bei Marx: „Von der Arbeit, soweit sie Gebrauchswerte hervorbringt, ist es falsch zu sagen, daß sie *einzige* Quelle des von ihr hervorgebrachten, nämlich des stofflichen Reichtums sei. Da sie die Tätigkeit ist, das Stoffliche für diesen oder jenen Zweck anzueignen, bedarf sie des Stoffes als Voraussetzung. In verschiedenen Gebrauchswerten ist die Proportion zwischen Arbeit und Naturstoff sehr verschieden, aber stets enthält der Gebrauchswert ein natürliches Substrat" [88]).

Der Mensch muß sich die äußere Natur durch Arbeit aneignen, die Natur nach seinen spezifischen Bedürfnissen umformen. Diese *Naturnotwendigkeit* bestimmt aber nicht quasi naturgesetzlich die *Form*, in der sich der Arbeitsprozeß vollzieht. Im Prozeß der Naturaneignung verändert der Mensch seine eigene Natur: seine Fähigkeiten, Kenntnisse, Bedürfnisse und seine Vorstellungen vom Verhältnis Natur und Mensch. Arbeit schafft nicht nur Gebrauchswerte, sondern sie ist auch „Tauschwert setzende Arbeit"; in dieser ihrer Funktion ist sie auch schon „eine spezifisch gesellschaftliche Form der Arbeit" [89]). Anders ausgedrückt: Erzeugung von Gebrauchswerten muß zur Lebensfristung immer betrieben werden, wie immer der Stoffwechsel zwischen Natur und Gesellschaft organisiert sei; aber die Arbeit muß nicht so organisiert bleiben, daß die Gebrauchswerte zugleich als stoffliche Träger des Tauschwerts fungieren.

Die durch materielle und geistige Tätigkeit der Menschen transformierten Naturprodukte treten ihnen auf einer bestimmten Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung als fremde, sie beherrschende Kräfte entgegen. Diese ideologische Umkehrung hat Marx immer wieder beschäftigt. In einer seiner frühesten Arbeiten sagt er darüber: „Dies Faktum drückt weiter nichts aus als: Der Gegenstand, den die Arbeit produziert, ihr Produkt, tritt ihr als ein *fremdes Wesen*, als eine von dem Produzenten *unabhängige* Macht gegenüber. Das Produkt der Arbeit (...) ist die *Vergegenständlichung* der Arbeit. Die Verwirklichung der Arbeit ist ihre Vergegenständlichung. Diese Verwirklichung der Arbeit erscheint in dem nationalökonomischen Zustand als *Entwirklichung* des Arbeiters, die Vergegenständ-

[86]) Marx, Das Kapital, Bd. I, in: MEW, Bd. 23, S. 192.
[87]) Marx, ebd., S. 198.
[88]) Karl Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 13, S. 23.
[89]) Marx, ebd., S. 24.

lichung als *Verlust und Knechtschaft des Gegenstandes,* die Aneignung als *Entfremdung,* als *Entäußerung*" [90]).

In der Entfremdung des Menschen von den Produkten seiner Arbeit kommt ein eklatanter gesellschaftlicher Widerspruch zum Ausdruck. Obwohl der Mensch selbst Teil der Natur ist, produziert er im Prozeß ihrer Aneignung seine eigene Knechtschaft. „Aber die Entfremdung", sagt Marx, „zeigt sich nicht nur im Resultat, sondern im *Akt der Produktion,* innerhalb der *produzierenden Tätigkeit* selbst. (. . .) Das Produkt ist ja nur das Resümee der Tätigkeit, der Produktion" [91]).

Zur Arbeit, vermittels deren sich der Mensch als Mensch überhaupt erst hervorbringen kann, zu seiner wesentlichsten Lebensäußerung also verhält er sich als zu einem ihm Unwesentlichen; ihm scheint die Arbeit kein Bedürfnis zu befriedigen, sondern nur ein Mittel zu sein, Bedürfnisse außer ihr, d. h. außerhalb des eigentlichen menschlichen Wesens, zu befriedigen. Marx hat aber nicht nur den verkehrten Zusammenhang zwischen der Naturnotwendigkeit der Arbeit und der historisch-gesellschaftlichen Verwandlung des Arbeiters durch die Arbeitsorganisation gesehen. Er hat auch — gerade im Hinblick auf Aneignung der Natur im Arbeitsprozeß — die Frage nach dem Verhältnis von Arbeit und Eigentum aufgeworfen: „Wenn wir nun gesehn haben, daß in bezug auf den Arbeiter, welcher sich durch die Arbeit die Natur aneignet, die Aneignung als Entfremdung erscheint, die Selbsttätigkeit als Tätigkeit für einen andern und als Tätigkeit eines andern, die Lebendigkeit als Aufopferung des Lebens, die Produktion des Gegenstandes als Verlust des Gegenstandes an eine fremde Macht, an einen fremden Menschen, so betrachten wir nun das Verhältnis dieses der Arbeit und dem Arbeiter fremden Menschen zum Arbeiter, zur Arbeit und ihrem Gegenstand" [92]).

Als Resultat dieser Betrachtung enthüllt sich Marx ein spezifisches Eigentumsverhältnis, das den Produzenten von den Produktionsmitteln trennt und das schon konkret die Totalität der verkehrten Form der Naturaneignung nach sich zieht. „Das Privateigentum als der materielle, resümierte Ausdruck der entäußerten Arbeit umfaßt beide Verhältnisse, das Verhältnis des Arbeiters zur Arbeit und zum Produkt seiner Arbeit und zum Nichtarbeiter und das Verhältnis des Nichtarbeiters zum Arbeiter und dem Produkt seiner Arbeit" [93]). Erscheint Marx zu dieser Zeit das Privateigentum noch als „materieller, resümierter Ausdruck", so zeigt er später, daß das „Resümierte" nur ein Rechtsverhältnis widerspiegelt: „Alle Produktion ist Aneignung der Natur von seiten des Individuums innerhalb und vermittels einer bestimmten Gesellschaftsform. In diesem Sinn ist es Tautologie, zu sagen, daß Eigentum (Aneignen) eine Bedingung der Produktion sei" [94]).

Seine frühe sozialphilosophische Entfremdungskonzeption, die „eine wirkliche, keine bloß gemeinte", aber eben darum folgenreiche „Verkehrung und Verdrehung" des gesellschaftlichen Grundtatbestandes enthüllt [95]), enthält „bereits im Keime alle Elemente der Theorie des späteren Warenfetischismus (. . .). Ihre eigentlich nationalökonomische Begründung hat diese Theorie (. . .) im *Kapital* erhalten" [96]). Dort heißt es, der Fetischcharakter der Ware entspringe „dem eigen-

[90]) Karl Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844, in: MEW, Ergänzungsband Teil I, S. 511 f.; Auszeichnungen im Original.
[91]) Marx, ebd., S. 514; Auszeichnungen im Original.
[92]) Marx, ebd., S. 522; Auszeichnungen im Original.
[93]) Marx, ebd.
[94]) Marx, Zur Kritik . . ., (s. o. Anmerkung 88), S. 619.
[95]) Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf), 1857—1858, Berlin 1953, S. 716.
[96]) Roman Rosdolsky, Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen „Kapital". Der Rohentwurf des Kapital 1857—1858, Bd. I, Frankfurt/M, S. 159.

tümlichen gesellschaftlichen Charakter der Arbeit, welche Ware produziert". Was hat es damit für eine Bewandtnis? Marx sagt: „Das Geheimnisvolle der Warenform besteht (. . .) darin, daß sie den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eigenen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst, als gesellschaftliche Natureigenschaft dieser Dinge zurückspiegelt, daher auch das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten zur Gesamtarbeit als ein außer ihnen existierendes gesellschaftliches Verhältnis von Gegenständen. Durch dies Quidproquo werden die Arbeitsprodukte Waren, sinnlich übersinnliche oder gesellschaftliche Dinge. (. . .) (Doch) hat die Warenform und das Wertverhältnis der Arbeitsprodukte, worin sie sich darstellt, mit ihrer physischen Natur und den daraus entspringenden dinglichen Beziehungen absolut nichts zu schaffen. Es ist nur das bestimmte gesellschaftliche Verhältnis der Menschen selbst, welches hier für sie die phantasmagorische Form eines Verhältnisses von Dingen annimmt. (. . .) Dies nenne ich den Fetischismus, der den Arbeitsprodukten anklebt, sobald sie als Waren produziert werden, und der daher von der Warenproduktion unzertrennlich ist" [97]).

Daß sich gesellschaftliche Verhältnisse als „Natureigenschaften der Dinge" fixieren, ist, auch wenn es Umweltpolitiker (und leider auch die meisten Naturwissenschaftler) nicht wissen, seit Marx zum wissenssoziologischen Gemeinplatz geworden. Darauf beruht aber auch eine gerade in der neuesten Zeit wichtige erkenntniskritische Überlegung. Mit Recht erinnert der polnische Ökonom Brus an die methodologische Bedeutung der Marxschen Warenanalyse: „Die Theorie des Warenfetischismus ist ein spezifischer Bestandteil der Analyse des Verhältnisses zwischen Inhalt und Form der gesellschaftlichen Phänomene. In diesem Sinne hat sie weitreichende methodologische Bedeutung — als Kritik am Fetischismus der Form überhaupt" [98]). Vom Fetischismus der Form kommt man aber nur los, wenn man die wirklichen Inhalte der gesellschaftlichen Verhältnisse unter den sie verschleiernden Formen hervorholt. Auf die konkreten Probleme der Luftverunreinigung oder des Wasserhaushalts bezogen, heißt das beispielshalber, daß unter den Smog-Schleiern oder über den verseuchten Grundwasserströmen die sie bedingende historisch-gesellschaftliche Organisation des Stoffwechselsystems aufgedeckt werden muß. Das ist eine Schlußfolgerung, die sich nicht nur angesichts der desolaten Theoriediskussion der Umwelt-Forscher aufdrängt.

Auch im Lichte der modernen empirischen Sozialwissenschaft erscheinen Voraussetzungen und Konsequenzen der fetischisierenden „Verkehrung und Verdrehung" der gesellschaftlichen Wirklichkeit als erwiesen und relevant. Es ist sogar schon Wörterbuchweisheit, daß sie „nachhaltig genug bestätigt" seien. Den Menschen würden „die eigene gesellschaftliche Position und das Geschick der Gesamtgesellschaft mehr und mehr undurchsichtig"; in dem Maße, wie ihre Vergesellschaftung für sie den Charakter naturhafter Unabänderlichkeit" annehme, erscheine ihnen „politisch-gesellschaftliches Geschehen (. . .) als Produkt bloßer Manipulation, als Machination weniger Mächtiger und als eine ewige Wiederkehr des Gleichen" [99]). Genauer zu bestimmen bleibt nur das undurchsichtige Geflecht der widerspruchsvollen ökonomischen Beziehung von Natur und Gesellschaft.

4. Das Verwertungsgeheimnis

Zunächst ist wieder eine historische Feststellung zu treffen: „Die Natur produziert nicht auf der einen Seite Geld- oder Warenbesitzer und auf der andren bloße

[97]) Marx, Kapital I, (s. o. Anmerkung 86), S. 86 f.
[98]) Wlodzimierz Brus, Wirtschaftsplanung. Für ein Konzept der politischen Ökonomie, Frankfurt/M 1972, S. 69.
[99]) Heinz Maus, „Historischer Materialismus", in: Wilhelm Bernsdorf, Hrsg., Wörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1969, S. 423.

Besitzer der eignen Arbeitskräfte. Dies Verhältnis ist kein naturgeschichtliches und ebensowenig ein gesellschaftliches, das allen Geschichtsperioden gemein wäre. Es ist offenbar selbst das Resultat einer vorhergegangenen historischen Entwicklung, das Produkt vieler ökonomischen Umwälzungen, des Untergangs einer ganzen Reihe älterer Formationen der gesellschaftlichen Produktion" [100]). Einbegriffen ist hier die langwierige, mehrstufige Verwandlung der einfachen Warenproduktion in die kapitalistische Warenproduktion. Im Zuge dieser geschichtlichen Transformation verwandelt sich der naturnotwendige Arbeitsprozeß in eine gesellschaftlich-historisch bedingte Kette von Metamorphosen, in der Natur und Arbeit nicht bloß genutzt, sondern auch verwertet werden: „Als Einheit von Arbeitsprozeß und Wertbildungsprozeß ist der Produktionsprozeß Produktionsprozeß von Waren; als Einheit von Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß ist er kapitalistischer Produktionsprozeß, kapitalistische Form der Warenproduktion" [101]).

Alle vorkapitalistische Warenproduktion war dadurch gekennzeichnet, daß sie in dieser oder jener Form Gebrauchswerte erzeugte: ihr Endzweck war die Befriedigung von Bedürfnissen. In der kapitalistischen Warenproduktion wird aus dem Gebrauchswertverhältnis eine Tauschwertbeziehung. Die Arbeitsprodukte werden Waren, die gegeneinander getauscht werden. „Indem der Kapitalist Geld in Waren verwandelt, die als Stoffbildner eines neuen Produkts oder als Faktoren des Arbeitsprozesses dienen, indem er ihrer toten Gegenständlichkeit lebendige Arbeitskraft einverleibt, verwandelt er Wert, vergangene, vergegenständlichte, tote Arbeit in Kapital, sich selbst verwertenden Wert, ein beseeltes Ungeheuer, das zu ‚arbeiten' beginnt, als hätt' es Lieb' im Leibe" [102]). Natur und Arbeit werden verwertet. Das ist „ein über einen gewissen Punkt hinaus verlängerter Wertbildungsprozeß. Dauert der letztre nur bis zu dem Punkt, wo der vom Kapital gezahlte Wert der Arbeitskraft durch ein neues Äquivalent ersetzt ist, so ist er einfacher Wertbildungsprozeß" — und als solcher für den Kapitalisten wenig attraktiv, denn was bis zu diesem Punkt produziert wird, ist nicht mehr als das vorgeschossene Kapital. Erst wenn der Wertbildungsprozeß über diesen Punkt hinausgeht, „wird er Verwertungsprozeß" [103]).

Worum geht es dabei dem Kapitalisten, der Kapital vorgeschossen, die Produktion finanziert hat? „Erstens will er einen Gebrauchswert produzieren, der einen Tauschwert hat, einen zum Verkauf bestimmten Artikel, eine Ware. Und zweitens will er eine Ware produzieren, deren Wert höher ist als die Wertsumme der zu ihrer Produktion erheischten Waren, der Produktionsmittel und der Arbeitskraft, für die er sein gutes Geld auf dem Warenmarkt vorschoß. Er will nicht nur einen Gebrauchswert produzieren, sondern eine Ware, nicht nur Gebrauchswert, sondern Wert, und nicht nur Wert, sondern auch Mehrwert" [104]). Diese Differenz zwischen der „Wertsumme" der produzierten Waren und der „Wertsumme" der Waren, die in die Produktion eingegangen sind, beruht in dem hier erörterten Marxschen Konzept darauf, daß die menschliche Arbeitskraft mehr zu produzieren vermag, als zu ihrer Erhaltung nötig ist.

Als Einheit von Arbeits- und Verwertungsprozeß unterscheidet sich der kapitalistische Arbeitsprozeß von allen vorbürgerlichen Organisationsformen des Arbeitsprozesses dadurch, daß in ihm die Möglichkeit des Mehrprodukts zur Tatsache der Mehrarbeit wird: die Produktionsverhältnisse zwingen die unmittel-

100) Marx, Kapital I (s. o. Anmerkung 86), S. 183.
101) Marx, ebd., S. 211.
102) Marx, ebd., S. 209.
103) Marx, ebd.
104) Marx, ebd., S. 201.

baren Produzenten, über die für ihre Erhaltung nötige Arbeitszeit hinaus Wert zu schaffen, und das erarbeitete Mehrprodukt eignen sich die Nichtproduzenten an. Ihrerseits ist die spezifische historische Form des kapitalistisch organisierten Arbeitsprozesses als Prozeß der Naturverwertung an eine grundlegende gesellschaftliche Bedingung geknüpft: sie braucht den freien Arbeiter, „frei in dem Doppelsinn, daß er als freie (nicht leibeigene) Person über seine Arbeitskraft als seine Ware verfügt, daß er andrerseits andre Waren nicht zu verkaufen hat" [105]), also auf Lohnarbeit angewiesen ist.

So wird die menschliche Arbeitskraft, ihr natürlicher Gebrauchswert, zur Ware, die wie alle Waren Gebrauchswert- und Tauschwertcharakter annimmt. Der Tauschwert der Arbeitskraft richtet sich nach der Arbeitszeit, die nötig ist, damit diese Arbeitskraft reproduziert, der Lebensunterhalt des Arbeiters und seiner Familie gedeckt werden kann. Diesen Tauschwert erhält der Arbeiter auch. Aber es ist ein zugleich gleicher und ungleicher Tausch: gleich, weil der Arbeiter das zurückerhält, was zur Reproduktion der von ihm verausgabten Arbeitskraft benötigt wird; ungleich, weil die Ware Arbeitskraft in einer bestimmten Zeit mehr produzieren kann, als sie zu ihrer Reproduktion bedarf. Das ist in der Marxschen Interpretation Produktion von „Mehrwert".

Die meisten Ökonomen greifen den Lohn als „Preis der Arbeit" gleichsam aus dem Alltagsleben auf und erwecken den Eindruck, daß alle Arbeit ihrer Natur nach Lohnarbeit sei. Wenn aber Lohnarbeit und Arbeit dasselbe sind, fällt der durch Arbeit geschaffene Wert als Ganzes mit dem Wertteil zusammen, den der Arbeiter erhält, also mit dem Preis der Arbeit. „Die Form des Arbeitslohns löscht also jede Spur der Teilung des Arbeitstages in notwendige Arbeit und Mehrarbeit, in bezahlte und unbezahlte Arbeit aus. (...) Man begreift daher die entscheidende Wichtigkeit der Verwandlung von Wert und Preis der Arbeitskraft in die Form des Arbeitslohns oder in Wert und Preis der Arbeit selbst. Auf dieser Erscheinungsform, die das wirkliche Verhältnis unsichtbar macht und gerade sein Gegenteil zeigt, beruhn alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten, alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen, alle apologetischen Flausen der Vulgärökonomie" [106]).

Die falsche Gleichsetzung bewirkt, daß völlig verschleiert wird, welchen Gebrauchswert der Arbeiter dem Kapital anzubieten hat. Die doppelte Freiheit des Arbeiters hat zur Folge, daß der Gebrauchswert der Ware Arbeitskraft nur für das Kapital existiert: er stellt sich erst ein, wenn ihr Besitzer eine bestimmte nützliche Arbeit verrichtet. Indes kann nützliche Arbeit nur in Verbindung mit Arbeitsmitteln und -gegenständen geleistet werden. Sie gehören dem nicht, der die Werte schafft. Auf diese Weise „ist der ‚Gebrauchswert', den der Arbeiter dem Kapitalisten liefert, (...) nicht seine Arbeitskraft, sondern ihre Funktion, eine bestimmte nützliche Arbeit, Schneiderarbeit, Schusterarbeit, Spinnarbeit usw. Daß dieselbe Arbeit nach einer andren Seite hin allgemeines wertbildendes Element ist, eine Eigenschaft, wodurch sie sich von allen andren Waren unterscheidet, fällt außerhalb des Bereichs des gewöhnlichen Bewußtseins" [107]). Für das reflektierende Bewußtsein dagegen stellt sich — in einer Nachlese — Mehrwertschöpfung wie folgt dar:

— Im Kapitalismus werden Güter nicht primär für den Gebrauch, sondern für den Verkauf als Waren produziert.

105) Marx, ebd., S. 183.
106) Marx, ebd., S. 562.
107) Marx. ebd., S. 563.

— Der Wert der Ware bemißt sich nach der für ihre Herstellung gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit.

— Die Arbeiter sind von ihren Produktionsmitteln getrennt. Sie müssen ihre Arbeitskraft zu Markte tragen, sie als Ware verkaufen.

— Der Wert der Arbeitskraft entspricht wie der Wert jeder Ware den Kosten ihrer Reproduktion auf der erreichten historischen Stufe: der Arbeiter muß sein Leben erhalten und der Nachwuchs sichergestellt werden. Danach bemißt sich der Arbeitslohn.

— Den Gegenwert kann der Arbeiter in einem Teil seines Arbeitstages produzieren. Er arbeitet also nur einen Teil der Zeit für sich selbst. In der restlichen Zeit schafft er Werte für den Unternehmer.

— Die Differenz zwischen dem, was der Arbeiter als Lohn erhält, und dem Wert der Ware, die er produziert, ist der Mehrwert. Den Mehrwert eignet sich der Unternehmer als Eigentümer der Produktionsmittel an.

— Sobald der Mehrwert auf dem Markt realisiert ist, wird er zur Quelle der Profite, Zinsen und Renten, also der Einkünfte der besitzenden Klassen.

— Der Mehrwert ist Maßstab der Ausbeutung der Arbeiter im Kapitalismus.

— Die Mehrwertproduktion bedarf eines materiell-physischen Substrats: der Natur.

— Die Verwertung der menschlichen Arbeitskraft ist gebunden an die Verwertung der Natur: so steckt im Warenwert nicht nur Mehrarbeit, sondern auch „Mehrnatur".

— Die Bedingungen, unter denen Natur angeeignet und verwertet wird, folgen den Erfordernissen der Mehrwertproduktion.

Wenn das alles unterstellt werden darf, müssen die Wurzeln der „Umweltkrise" in der gesellschaftlichen Organisationsform des Arbeitsprozesses aufzuweisen sein.

Welche Umwelt-Einsichten sich aus Marx' wichtiger Erkenntnis gewinnen lassen, wonach der kapitalistische Produktionsprozeß eine Einheit von „naturnotwendigem" Arbeits- und spezifisch-historischem Verwertungsprozeß darstellt, wollen wir an einem Beispiel illustrieren, das aus dem Gebiet der Kohle-Verwertung stammt.

Als angeeignete Natur soll eine bestimmte Menge (x Tonnen) Steinkohlen in die Produktion eingehen. Im Arbeitsprozeß wird der Rohstoff zunächst zu Natur in Warenform (Waren-Natur) umgearbeitet: Koks, Gas, Teer und Teeröle (sogenannte Haupterzeugnisse). Je nach angewandtem technischen Verfahren — Verkokung, Schwelung, Vergasung, Hydrierung oder Synthese — werden neben verschiedenen Hauptprodukten auch Nebenprodukte erzeugt, die ebenfalls Warencharakter annehmen: etwa Flüssiggas, Alkohol oder Ammoniak.

Als spezifisch kapitalistische Produktionsbedingung fungiert nun jener Teil der angeeigneten Natur, der keinen Warencharakter annimmt: die „Schadstoffe", „Kuppelprodukte" oder — im BASF-Jargon — der „zivilisatorische Fallout". Staub, Schwefeldioxid (schweflige Säure) und Schwefeltrioxid, Abwässer und Abgase — das „Krisenmaterial" des Verwertungsprozesses — werden sofort nach ihrer Entstehung im Bearbeitungsprozeß der Gesamtmenge Kohle aus dem Arbeitsprozeß technologisch ausgeschieden. Sie werden der äußeren Natur zur „Selbstreinigung" aufgebürdet — oder präziser: über den ökologischen Kontext

der *menschlichen Natur.* Denn daß der Selbstreinigungsmechanismus der Natur funktioniert, behauptet nicht einmal mehr der Bundesverband der Deutschen Industrie.

Was als Ergebnis des Arbeitsprozesses abgesetzt werden kann, entspricht somit der Kohlenmenge x weniger „Krisenmaterial". Der Einzelkapitalist will aber auf das ganze als Kohlenmenge x vorgeschossene Kapital einen bestimmten Betrag erzielen: Er verwertet die Gesamtmasse x. Da der Kapitalist an der Verwertung von Kohle nur insofern interessiert ist, wie der Naturstoff als Substrat zur Verwertung menschlicher Arbeitskraft hinreicht, braucht ihn die Differenz zwischen Gesamtmenge und Waren-Natur nicht zu kümmern.

Erst wenn dies Krisenmaterial — wie im Fall der Wasser-Krise — den Verwertungs-Zusammenhang stört, wird dem Kapitalisten Dialektik eingepaukt. Allerdings nicht Dialektik an sich, sondern Dialektik für den Kapitalisten. Denn für ihn erscheint der Zusammenhang von Krisenmaterial und Verwertungsschwierigkeiten bloß als finanzielles und technisches Problem: Wie kann das spezifisch kapitalistische Prinzip profitabler Verwertung von Natur und Arbeit aufrechterhalten werden, ohne daß seine Aufrechterhaltung die eigenen Interessen untergräbt? Verfolgt man unter diesem Gesichtspunkt die Frage, ob die Produktion von Krisenmaterial technologisch unabwendbar ist oder ob der Einsatz von Entschwefelungs- und Klärsystemen dies nicht verhindern könne, dann stößt man schnell auf eine Argumentation, die um reine Subventionsprobleme kreist [108]).

Somit verschleiert die Formel von den technisch bedingten „Kuppelprodukten" (zivilisatorischer Fallout) nur die Tatsache, daß die Verhinderung von Krisenmaterial eine andere Form des Arbeitsprozesses notwendig machte.

Bleibt man dem Denkstil der bürgerlichen Ökonomie verhaftet, demzufolge die Produktion von Krisenmaterial ein bloßes Zurechnungs- und Kostenproblem sei, wird die Einsicht in die historischen und gesellschaftlichen Ursachenzusammenhänge des Stoffwechsels zwischen Natur, Technik und Gesellschaft systematisch verkleistert bleiben.

Erkannt werden muß, daß im Prozeß der Aneignung und Verwertung von Natur ständig das soziale Verhältnis der Menschen im Produktionsprozeß nach Kriterien der Verwertungslogik organisiert und reproduziert wird — und umgekehrt. Menschliche und außermenschliche Natur sind durch ihr Zusammenwirken im Arbeitsprozeß als unteilbares Ganzes zu verstehen. Die falsche Organisation der Vergesellschaftung des einen Teils hat immer auch die falsche Organisation des andern Teils zur Folge. Und so wie die Zerstörung des einen Teils zur Vernichtung des anderen führt, ist die Aufhebung der Organisations- und Zerstörungsbedingungen nur durch Aufhebung und Überwindung der falschen Vergesellschaftungsprinzipien in beiden Bereichen möglich.

Erst wenn dies soziale Grundverhältnis von Natur und Gesellschaft erkannt, erst wenn durchschaut wird, daß der Verwertungsprozeß von Natur und Arbeit ein

[108]) Daß die Produktion von toxischen Schwefelverbindungen technisch verhindert werden kann, bestreitet nicht einmal mehr die betroffene Industrie; ungeklärt sind z. Z. allein bestimmte staatliche Subventionsbeiträge, über deren Höhe sich die Beteiligten noch nicht einigen konnten. Diese Taktik des deutschen Kapitals, sich die falsche Form der Natur-Verwertung staatlich subventionieren zu lassen, wenn die zur Aufrechterhaltung des Prinzips doppelter Natur-Verwertung nötigen „Schutztechnologien" nicht direkt über den Preis abwälzbar sind, läßt sich auch in den USA nachweisen. In einer Notiz der „Business Week" (v. 30. 10. 1971, S. 33) heißt es dazu: „Help may be on the way for industries plagued by high costs of pollution control. A White House task force, slated to report to the President next month, is studying the problem. Eleven industries — including autos, steel, petroleum, and paper — are being studied by independent consultants. They are giving special attention to industries whose world market position is weakened by U. S. pollution regulations. Such industries may get an offsetting subsidy."

gesellschaftlich-historisch entwickelter Prozeß ist, der nach einer Logik organisiert wird, wonach Mehrarbeit und Mehrnatur notwendig ein Krisenmaterial erzeugen, das die Quellen allen Reichtums untergräbt, dann ist der Legende von der die Umwelt zerstörenden Technik die ideologische Basis entzogen.

IV. Produktionsprozeß und Stoffwechselsystem

Mit der Produktion des Mehrwerts ist erst „der erste Akt des kapitalistischen Produktionsprozesses, der unmittelbare Produktionsprozeß beendet". Der zweite Akt ist der Verkauf der produzierten Warenmasse [109]). Was produziert worden ist, muß verkauft und verbraucht werden. Von der Erzeugung führt der Weg zum Konsum über Warenumlauf (Zirkulation) und Warenverteilung (Distribution). Die Vermittlungsbereiche, die sich nicht umgehen lassen, sind: Austausch von Waren vermittels des Geldes; Verteilung der Arbeitskraft und der Produktionsmittel auf die verschiedenen gesellschaftlichen Produktionsbereiche; Verteilung der Arbeitsergebnisse unter die verschiedenen Klassen und Schichten der Gesellschaft. Jeder Produktionsprozeß ist zugleich Reproduktionsprozeß, „welches immer die gesellschaftliche Form des Produktionsprozesses" sei [110]). Konkret für die kapitalistische Produktion gilt: „Die gesamte Warenmasse, das Gesamtprodukt, sowohl der Teil, der das konstante und variable Kapital ersetzt, wie der den Mehrwert darstellt, muß verkauft werden. Geschieht das nicht oder nur zum Teil oder nur zu Preisen, die unter den Produktionspreisen stehen, so ist der Arbeiter zwar exploitiert, aber seine Exploitation realisiert sicht nicht als solche für den Kapitalisten, kann mit gar keiner oder nur teilweiser Realisation des abgepreßten Mehrwerts, ja mit teilweisem oder ganzem Verlust seines Kapitals verbunden sein. Die Bedingungen der unmittelbaren Exploitation und die ihrer Realisation sind nicht identisch. Sie fallen nicht nur nach Zeit und Ort, sondern auch begrifflich auseinander. Die einen sind nur beschränkt durch die Produktivkraft der Gesellschaft, die andren durch die Proportionalität der verschiedenen Produktionszweige und durch die Konsumtionskraft der Gesellschaft. Diese letztre ist aber bestimmt weder durch die absolute Produktionskraft noch durch die absolute Konsumtionskraft; sondern durch die Konsumtionskraft auf Basis antagonistischer Distributionsverhältnisse, welche die Konsumtion der großen Masse der Gesellschaft auf ein nur innerhalb mehr oder minder enger Grenzen veränderliches Minimum reduziert. Sie ist ferner beschränkt durch den Akkumulationstrieb, den Trieb nach Vergrößerung des Kapitals und nach Produktion von Mehrwert auf erweiterter Stufenleiter. Dies ist Gesetz für die kapitalistische Produktion, gegeben durch die beständigen Revolutionen in den Produktionsmethoden selbst, die damit beständig verknüpfte Entwertung von verhandenem Kapital, den allgemeinen Konkurrenzkampf und die Notwendigkeit, die Produktion zu verbessern und ihre Stufenleiter auszudehnen, bloß als Erhaltungsmittel und bei Strafe des Untergangs" [111]).

Der der kapitalistischen Produktionsweise innewohnende Zwang zur Mehrwertrealisierung führt zur ständigen quantitativen und qualitativen Erweiterung der jeweiligen historisch-gesellschaftlich gegebenen Produktions- und Konsumtionsbasis. Im Rahmen der sozial-ökonomischen Voraussetzungen und Resultate des gesellschaftlich betriebenen Produktionsbereichs greifen Naturaneignung, Produktion und Konsumtion ineinander.

109) Marx, Kapital III (s. o. Anmerkung 84), S. 254.
110) Marx, ebd., S. 591.
111) Marx, ebd., S. 254.

Die Produktion und die Reproduktion der Gesellschaft vollziehen sich in unaufhörlicher Auseinandersetzung mit der Natur. Arbeitsgegenstand und Arbeitsmittel, die Produktionsmittel also, muß die Gesellschaft stets der sie umgebenden Natur entnehmen; sie muß sie umformen und zur Reproduktion ihres Lebens gebrauchsfähig machen. Stets entstammen die Produktionsmittel Naturstoffen und Naturkräften. Sie sind entweder *sofortigem* Verbrauch oder längerwährendem Verschleiß unterworfen und müssen ständig aus der Natur ersetzt werden. Eine wesentliche Modifikation erfährt dies allgemeine, d. h. von spezifischen historischen Produktionsweisen unabhängige Verhältnis von Naturaneignung, Produktion und Reproduktion unter den Einwirkungen der kapitalistischen Produktionsweise. Das Besondere der kapitalistischen Produktion besteht darin, daß sie auf ständig erweiterter und höherer Stufenleiter fortgesetzt wird. Infolgedessen müssen die Vergesellschaftung der Natur und ihre Aneignung im Arbeitsprozeß quantitativ und qualitativ vorangetrieben werden, und zwar proportional zur Erweiterung der materiellen Produktionsbasis der Gesellschaft. Die Masse der im Produktionsprozeß verbrauchten und neu angeeigneten stofflichen Produktionselemente entspricht somit, wenn man von der Wiederverwendung von Altstoffen absieht, der Masse der angeeigneten und bearbeiteten Natur.

Anschaulich hat das Marx in der Stoffwechselkonzeption dargestellt, die er am Ende seiner Darstellung des kapitalistischen Fabriksystems entwickelt. Seine Analyse des Stoffwechsels zwischen Natur und Gesellschaft leitet er mit der Feststellung ein: „In der Sphäre der Agrikultur wirkt die große Industrie insofern am revolutionärsten, als sie das Bollwerk der alten Gesellschaft vernichtet, den ‚Bauer', und ihm den Lohnarbeiter unterschiebt. Die sozialen Umwälzungsbedürfnisse und Gegensätze des Landes werden so mit denen der Stadt ausgeglichen." An „die Stelle des gewohnheitsfaulsten und irrationellsten Betriebs" trete „bewußte, technologische Anwendung der Wissenschaft". Die kapitalistische Produktionsweise löse das Miteinander von rückständiger Landwirtschaft, zünftlerisch organisiertem Handwerk und frühkapitalistisch-manufakturmäßig organisiertem Arbeitsprozeß auf und schaffe „zugleich die materiellen Voraussetzungen einer neuen, höheren Synthese, des Vereins von Agrikultur und Industrie, auf Grundlage ihrer gegensätzlich ausgearbeiteten Gestalten" [112]). Aber womit wird die höhere Synthese erkauft? Da heißt es: „In der Agrikultur wie in der Manufaktur erscheint die kapitalistische Umwandlung des Produktionsprozesses zugleich als Martyrologie der Produzenten, das Arbeitsmittel als Unterjochungsmittel, Exploitationsmittel und Verarmungsmittel des Arbeiters, die gesellschaftliche Kombination der Arbeitsprozesse als organisierte Unterdrückung seiner individuellen Lebendigkeit, Freiheit und Selbständigkeit. (...) Wie in der städtischen Industrie wird in der modernen Agrikultur die gesteigerte Produktivkraft und größere Flüssigmachung der Arbeit erkauft durch Verwüstung und Versiechung der Arbeitskraft selbst. Und jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebene Zeitfrist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit" [113]).

Die kapitalistische Produktion störe, wußte Marx vor über hundert Jahren, den „Stoffwechsel zwischen Mensch und Erde" dadurch, daß sie „die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses" nur entwickle, „indem

[112]) Marx, Kapital I (s. o. Anmerkung 86), S. 528.
[113]) Marx, ebd., S. 528 f; in neuerer Zeit ist die Richtigkeit dieser Marxschen Diagnose durch Untersuchungen über den Zusammenhang von Zerstörung des Bodenhaushalts und gesundheitsschädigenden Lebensmitteln nachhaltig bestätigt worden.

sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter". Daß das gleichsam „naturwüchsig" vor sich ging, daß da gesamtgesellschaftlich Planlosigkeit herrschte, hat Marx nicht verleitet, an die unausweichliche Schicksalhaftigkeit des Naturverfalls zu glauben. Sehr wohl störe die kapitalistische Produktion „den Stoffwechsel zwischen Mensch und Erde" in ruinöser Manier. „Aber sie zwingt zugleich durch die Zerstörung der bloß naturwüchsig entstandnen Umstände jenes Stoffwechsels, ihn systematisch als regelndes Gesetz der gesellschaftlichen Produktion und in einer der vollen menschlichen Entwicklung adäquaten Form herzustellen" [114]).

1. *„Civilising influence of capital"*

Daß der gesellschaftliche Produktionsprozeß erst mit seiner rationaleren Organisation im Kapitalismus die unhistorische Naturwüchsigkeit überwinden könne, in der alle vorbürgerlichen Gesellschaften infolge der Beschränktheit des Stoffwechsels zwischen Gesellschaft und Natur befangen gewesen seien, war eine der epochemachenden Erkenntnisse von Marx. Sie erschloß ihm ein differenziertes Kapitalismus-Verständnis, das seine Gegner ihm nicht zubilligen, weil es ihnen selbst abgeht. Nicht zuletzt die Umweltdiskussion hat erwiesen, daß zwischen der vulgarisierenden Verflachung der Marxschen ökonomischen Theorie und der Zwanglosigkeit, mit der Apologie oder Verurteilung des Kapitalismus undifferenziert betrieben werden kann, ein ideologisch-politischer Zusammenhang besteht. Wenn die „Katastrophen"-Interpreten von Naturzerstörung und zivilisatorischem Verfall reden, bleibt ein entscheidender Aspekt des kapitalistisch organisierten Stoffwechsels zwischen Natur und Gesellschaft gänzlich unterbelichtet, den Marx immer wieder hervorhebt, wenn er von „the great civilising influence of capital" [115]) oder den „zivilisatorischen Seiten des Kapitals" [116]) spricht. Daran muß aber festgehalten werden, denn jede Diskussion um eine sozialistische Form des gesellschaftlichen Stoffwechsels muß zuerst von den Errungenschaften der industrie-kapitalistischen Stufe dieses Stoffwechsels ausgehen. Und deshalb betreibt man zu allerletzt „Klassiker-Pflege", wenn man daran erinnert, was Marx schon vor und seit 115 Jahren gegen die kleinbürgerlichen „Umwelt"-Pessimisten und den Modernismus einer Überfluß-Verketzerung einwandte: „So scheint die alte Anschauung, wo der Mensch, in welcher bornierten nationalen, religiösen, politischen Bestimmung auch immer als Zweck der Produktion erscheint, sehr erhaben zu sein gegen die moderne Welt, wo die Produktion als Zweck des Menschen und der Reichtum als Zweck der Produktion erscheint. *In fact* aber, wenn die bornierte bürgerliche Form abgestreift wird, was ist der Reichtum anders als die im universellen Austausch erzeugte Universalität der Bedürfnisse, Fähigkeiten, Genüsse, Produktivkräfte etc. der Individuen? Die volle Entwicklung der menschlichen Herrschaft über die Naturkräfte, die der sogenannten Natur sowohl wie seiner eigenen Natur?" Daß die „kindische alte Welt als das Höhere" ausgegeben wird und die entsprechende Ideologie noch immer ihre Apologeten findet, weiß Marx darauf zurückzuführen, daß „in der bürgerlichen Ökonomie — und der Produktionsepoche, der sie entspricht — diese völlige Herausarbeitung des menschlichen Innern als völlige Entleerung, diese universelle Vergegenständlichung als totale Entfremdung und die Niederreißung aller bestimmten einseitigen Zwecke als Aufopferung des Selbstzwecks unter einen ganz äußren Zweck" erscheint [117]). Wenige Jahre später (um 1861—1863) sagte es Marx fast noch

114) Marx, ebd.
115) Marx, Grundrisse . . . (s. o. Anmerkung 95), S. 313.
116) Marx, Kapital III (s. o. Anmerkung 84), S. 827.
117) Marx, Grundrisse . . ., S. 387.

deutlicher: „Ricardo betrachtet mit Recht, für seine Zeit, die kapitalistische Produktionsweise als die vorteilhafteste für die Produktion überhaupt, als die vorteilhafteste zur Erzeugung des Reichtums. Er will die Produktion um der Produktion halber, und dies ist recht. Wollte man behaupten (...), daß die Produktion nicht als solche der Zweck sei, so vergißt man, daß die Produktion um der Produktion halber nichts heißt als Entwicklung der menschlichen Produktivkräfte, also *Entwicklung des Reichtums der menschlichen Natur als Selbstzweck* [118]).

In historischer Differenzierung schließlich behandelte Marx das Ineinander von voller Entwicklung der menschlichen Herrschaft über außermenschliche und menschliche Natur, kapitalistisch beschränkter Form der Produktion und der Entwicklung der menschlichen Produktivkräfte in der Manuskriptfassung (um etwa 1867), die Engels als *Das Kapital,* Bd. III, herausgegeben hat. Da wird notiert, daß es Mehrarbeit „als Arbeit über das Maß der gegebenen Bedürfnisse hinaus" immer gegeben habe und immer geben werde und daß nur ihre „antagonistische Form" abgestreift werden könne. Und dann heißt es: „Es ist eine der zivilisatorischen Seiten des Kapitals, daß es diese Mehrarbeit in einer Weise und unter Bedingungen erzwingt, die der Entwicklung der Produktivkräfte, der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Schöpfung der Elemente für eine höhere Neubildung vorteilhafter sind als unter den früheren Formen der Sklaverei, Leibeigenschaft usw. Es führt so einerseits eine Stufe herbei, wo der Zwang und die Monopolisierung der gesellschaftlichen Entwicklung (einschließlich ihrer materiellen und intellektuellen Vorteile) durch einen Teil der Gesellschaft auf Kosten des andern wegfällt; andrerseits schafft sie die materiellen Mittel und den Keim zu Verhältnissen, die in einer höhern Form der Gesellschaft erlauben, diese Mehrarbeit zu verbinden mit einer größern Beschränkung der der materiellen Arbeit überhaupt gewidmeten Zeit. Denn die Mehrarbeit kann, je nach der Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit, groß sein bei kleinem Gesamtarbeitstag und relativ klein bei großem Gesamtarbeitstag" [119]).

Erst mit der kapitalistischen Form der Vergesellschaftung und Verwertung von Natur und Arbeit, erst mit der industrie-kapitalistischen Organisation des Produktionsprozesses beginnt also — im weltgeschichtlichen Zusammenhang — der Prozeß der Emanzipation der Menschheit von äußerer und menschlicher Natur, ein Prozeß, der in der Tendenz aus einem „Reich der Notwendigkeit" hinüberführen kann in „das wahre Reich der Freiheit". Gewiß: „Wie der Wilde mit der Natur ringen muß, um seine Bedürfnisse zu befriedigen, um sein Leben zu erhalten und zu reproduzieren, so muß es der Zivilisierte, und er muß es in allen Gesellschaftsformen und unter allen möglichen Produktionsweisen." Dennoch: „Mit seiner Entwicklung erweitert sich dies Reich der Naturnotwendigkeit, weil die Bedürfnisse; aber zugleich erweitern sich die Produktivkräfte, die diese befriedigen." Und eben darum: „Die Freiheit in diesem Gebiet kann nur darin bestehen, daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehn. Aber es bleibt dies immer ein Reich der Notwendigkeit. Jenseits dessen beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühn kann. Die Verkürzung des Arbeitstags ist die Grundbedingung" [120]).

[118]) Marx, Theorien über den Mehrwert, in: MEW, Bd. 26, 2, S. 110 f.
[119]) Marx, Kapital III (s. o. Anmerkung 84), S. 827.
[120]) Marx, ebd., S. 828.

horizont

die sozialistische Wochenzeitung
für internationale Politik und
Wirtschaft aus der DDR

gibt Informationen, die Sie brauchen!

horizont

„horizont" erscheint
im Berliner Verlag,
Berlin, Hauptstadt
der Deutschen
Demokratischen
Republik

Bitte Probeexemplar
anfordern.
Senden Sie
den Kupon an den
Berliner Verlag,
DDR – 102 Berlin,
Karl-Liebknecht-Str. 29

Wünschen Sie
ein Abonnement
(Jahresabonnement DM 52,–
zzgl. Versandkosten),
senden Sie den Kupon
an Brücken-Verlag GmbH,
4 Düsseldorf, Ackerstr. 3

Mit „horizont" bietet sich Ihnen eine
wichtige Informationsquelle, die es ermöglicht,
internationale Zusammenhänge besser
zu erkennen und einzuschätzen.

„horizont" bringt für Sie jede Woche auf 32 Seiten
Exklusivberichte hervorragender Autoren
aus aller Welt, Interviews, Porträts und Memoiren
international bekannter Persönlichkeiten, Analysen
des Weltgeschehens und der Weltwirtschaft,
Interessantes aus allen Kontinenten.

.....

Ich möchte „horizont" im Abonnement beziehen.
Ich bitte um Zusendung eines kostenlosen
Probeexemplars (Zutreffendes ankreuzen)

Name, Vorname

Postleitzahl, Wohnort

Straße, Hausnummer

Es ist gut, sich an Marx' differenzierte Betrachtung des Mensch-Natur-Stoffwechsels zu einer Zeit zu erinnern, da die Frage erörtert wird, warum die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft die historische Chance nicht genutzt habe, alle Schranken niederzureißen, „die die Entwicklung der Produktivkräfte, die Erweiterung der Bedürfnisse (. . .) und den Austausch der Natur- und Geisteskräfte hemmen" [121]).

Vergesellschaftung und Verwissenschaftlichung der Produktion, Voraussetzungen gesellschaftlicher Planung und Kontrolle sind die positive Seite der Beziehung. Doch wirkt dem Prinzip der industriellen Rationalität, das Marx zu den zivilisatorischen Leistungen des Kapitals rechnet, fortwährend das Prinzip der Verwertungsrationalität entgegen. So entspricht beispielsweise das System der effluent standards der industrie-technischen und das der river standards der Verwertungsrationalität. Daraus entsteht eine paradoxe Situation: „Während, auf Basis der kapitalistischen Produktion, der Masse der unmittelbaren Produzenten der gesellschaftliche Charakter ihrer Produktion in der Form streng regelnder Autorität und eines als vollständige Hierarchie gegliederten gesellschaftlichen Mechanismus des Arbeitsprozesses gegenübertritt (. . .), herrscht unter den Trägern dieser Autorität, den Kapitalisten selbst, die sich nur als Warenbesitzer gegenübertreten, die vollständigste Anarchie, innerhalb deren der gesellschaftliche Zusammenhang der Produktion sich nur als übermächtiges Naturgesetz (. . .) geltend macht" [122]).

Daß dieser Widerspruch zwischen Teilrationalität und Gesamtirrationalität weder natürlich noch technisch, sondern sozial und infolgedessen aufhebbar bleibt, hat Marx ebenso plausibel wie ironisch begründet: „Dasselbe bürgerliche Bewußtsein, das die manufakturmäßige Teilung der Arbeit, die lebenslängliche Annexation des Arbeiters an eine Detailverrichtung und die unbedingte Unterordnung der Teilarbeiter unter das Kapital als eine Organisation der Arbeit feiert, welche ihre Produktivkraft steigre, denunziert (. . .) ebenso laut jede bewußte gesellschaftliche Kontrolle und Reglung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses als einen Eingriff in die unverletzlichen Eigentumsrechte, Freiheit und sich selbst bestimmende ‚Genialität' des individuellen Kapitalisten. Es ist charakteristisch, daß die begeisterten Apologeten des Fabriksystems nichts Ärgres gegen jede allgemeine Organisation der gesellschaftlichen Arbeit zu sagen wissen, als daß sie die ganze Gesellschaft in eine Fabrik verwandeln würde" [123]).

Wenn Marx von der „vollständigsten Anarchie" spricht, innerhalb deren sich der gesellschaftliche Produktionszusammenhang nur als „blindwirkender Durchschnitt" durchsetze, meint er unmißverständlich das einzige gesamtgesellschaftliche Vermittlungssystem, das die kapitalistische Produktionsweise kennt: den Markt [124]).

Nachdem sich Vertreter der bürgerlichen Umwelt-Ökonomie damit abzufinden scheinen, daß sich der Marktmechanismus infolge eines „Konstruktionsfehlers der Marktwirtschaft" [125]) außerstande zeigt, einen *ökonomischen* Indikator hervorzubringen, der Ex-ante-Informationen oder auch nur Ex-post-Informationen über Art und Umfang des Naturverfalls liefern könnte (es sei denn, man ließe tote Fische oder Kühe als solche Informanden gelten), soll nun der Staat diese Funktion übernehmen, d. h. einen gleichen politischen Indikator beschaffen.

121) Marx, Grundrisse . . ., S. 313.
122) Marx, Kapital III (s. o. Anmerkung 84), S. 888.
123) Marx, Kapital I (s. o. Anmerkung 86), S. 377.
124) Rosdolsky, Entstehungsgeschichte . . . (s. o. Anmerkung 96) S. 150.
125) Horst Siebert, Das produzierte Chaos. Ökonomie und Chaos, Stuttgart 1973, S. 69—71; zum Versuch der bürgerlichen Ökonomie, diesen „Konstruktionsfehler" durch das „Verursacherprinzip" zu beheben, vgl. Gerhard Kade, „Kapitalismus und ‚Umweltkatastrophe' " (s. o. Anmerkung 5), bes. S. 166—168.

So soll „die Bundesregierung (. . .) ein Informationssystem für die Umweltplanung einrichten, das ständig die für die Umweltplanung wichtigen Daten (. . .) für die öffentliche Hand, aber auch für die Wirtschaft (!), auswertet und zur Verfügung hält" [126]).

Von diesem „Umweltplanungsinformationssystem" („Umplis") erwarten die Mitglieder des „Rats von Sachverständigen für Umweltfragen" in ihrem jüngst veröffentlichten, ersten umfassenden „Umweltgutachten" vor allem, daß es zur „Planungsunterstützung für das Krisen- und Katastrophenmanagement" [127]) taugt. Damit haftet dem Planungsinstrument „Umplis" von vornherein Widersprüchliches an: aus Verwertungsschwierigkeiten geboren, soll es denselben Verwertungszusammenhang dadurch stabilisieren, daß es der Krisen produzierenden Wirtschaft Krisenvermeidungswissen bereithält. Wenn es stimmt, was wir an anderer Stelle ermittelt haben [128]), daß sich die Strategie der Krisenregulierung nur auf die Entwicklung eines neuen Produktionssektors „Umweltschutzindustrie" konzentrieren wird, sollte die Ausgestaltung des Konzepts von „Umplis" niemandem Rätsel aufgeben. Die „Konstruktionsfehler" der Marktwirtschaft, ihre Unfähigkeit, sinnvolle Informationen über Ursachen, Art und Umfang von Verwertungsschwierigkeiten der menschlichen und außermenschlichen Natur zu liefern, verlängert sich somit in das politisch ermittelte und organisierte Informationssystem.

Auf die Vermittlungszusammenhänge zwischen dem den Markt organisierenden kapitalistischen Verwertungsprinzip von Arbeit und Natur, das die Stoffwechselbeziehung von Natur und Gesellschaft borniert gestaltet und irrational, naturwüchsig entwickelt, und dem politischen Planungsinstrument des „Umplis", das krisenhafte Umweltentwicklungen — anders als der Markt — frühzeitig erkennbar machen soll [129]), wollen wir am Fall des Ermittlungs- und Durchsetzungsverfahrens von „Grenzwerten" detaillierter eingehen.

V. Zur Dialektik von naturwissenschaftlicher und ökonomischer Rationalität

Am politisch wie wissenschaftlich gleichermaßen bedeutenden Problem der Ermittlung und Festsetzung von „Grenz- oder Belastungswerten", d. h. der „Ausarbeitung von Lösungsvorschlägen" bei der Quantifizierung gesundheitsschädlicher „Umweltbelastungen" [130]), läßt sich verdeutlichen, warum unsere Kritik des bürgerlichen Krisen- und Technikverständnisses, dem Enzensberger aufgesessen ist, mehr als bloß akademisches oder literarisches Interesse beansprucht:

Einmal läßt sich aufzeigen, wie Gesundheitsinteressen der Gesellschaft ökonomischem Kalkül unterworfen werden; zum andern wollen wir nachweisen, daß die von Enzensberger entdeckte „Kehrseite" der Produktivkräfte „nicht aus der Maschinerie selbst" erwächst, „sondern aus ihrer kapitalistischen Anwendung" [131]), und schließlich nehmen wir die Untersuchung des naturwissenschaftlichen Prüfungsverfahrens von „Umwelt"-Daten zum Anlaß, den Anteil der Naturwissenschaftler an der Fetischisierung der politischen Umweltdiskussion zu ermitteln [132]).

126) Umweltprogramm der Bundesregierung (s. o. Anmerkung 2), S. 10.
127) Der Rat der Sachverständigen für Umweltfragen, Hrsg., Umweltgutachten 1974, o. O., S. 452.
128) Kade, „Umwelt — Durch das Profitmotiv in die Katastrophe" (s. o. Anmerkung 5), S. 237—247; zur Entwicklung in den USA vgl. die Aufsätze von James B. Quinn, „Next big industry: environmental improvement", in: „Harvard Business Review", September—Oktober 1971, S. 120—131, und Martin Gellen, „Der öko-industrielle Komplex in den USA", in: „Kursbuch 33".
129) Umweltgutachten (s. o. Anmerkung 127), S. 451.
130) Umweltprogramm . . . (s. o. Anmerkung 2), S. 15.
131) Marx, Kapital I (s. o. Anmerkung 86), S. 465.
132) Zum Nachweis, die Umwelt-Diskussion in der BRD sei von Anfang an fetischisiert worden, vgl. Kade, „Ökonomische und gesellschaftspolitische Aspekte des Umweltschutzes", in: „Gewerkschaftliche Monatshefte", Jg. 22. Nr. 5 (1971), S. 265, und Kade/Krusewitz, „Zur Rolle des Systemvergleichs . . ." (s. o. Anmerkung 5), S. 555 ff.

Sollte sich deren Beitrag zur Verschleierung des historisch-gesellschaftlichen Ursachenzusammenhangs der Umwelt-Krise genauer bestimmen lassen, dann bliebe von der Enzensbergerschen „Entdeckung" nicht mehr übrig als die Einsicht, daß er sich um die Analyse des Entwicklungs- und Verwendungszusammenhangs von Technik gedrückt hat und uns „obendrein die Dummheit" aufbürdet, „nicht die kapitalistische Anwendung der Maschinerie zu bekämpfen, sondern die Maschinerie selbst" [133]).

1. Umweltschäden, „naturwissenschaftlich" geprüft

Die politische Bedeutung der Quantifizierung von „Umweltbelastungen" wird im staatlichen Umweltprogramm dort betont, wo von „Umweltplanung" die Rede ist. Dafür fehlen in der Bundesrepublik, wird da beklagt, regelmäßige und systematische Erhebungen „der ökologischen, wirtschaftlichen und finanziellen Daten einzelner Umweltbelastungen und ihrer Folgen"; ein solches Informationssystem sei aber nötig, „wenn die Ziele dieses Programms erreicht und schädliche Entwicklungen frühzeitig erkannt werden sollen" [134]). Daraus folgt: „Auf lange Sicht will die Bundesregierung eine aussagekräftige ‚Umweltbilanz' aufstellen, die es ermöglicht, Änderungen in der Umweltqualität regelmäßig und verläßlich festzustellen." Auf Grund von Erfahrungen anderer Länder werde ein Informationssystem eingerichtet werden, „das ständig die für die Umweltplanung wichtigen Daten, Meß- und Forschungsergebnisse für die öffentliche Hand, aber auch für die Wirtschaft, auswertet und zur Verfügung hält" [135]).

Indes stimmt es keineswegs, daß in der Vergangenheit keine umweltrelevanten Daten ermittelt und Veränderungen der Umweltqualität nicht festgestellt worden seien. Einiges liegt seit geraumer Zeit vor: „Als um die Jahrhundertwende die Zahl der Berufskrankheiten anstieg und die Unternehmer für Krankengeld und Rente verantwortlich gemacht wurden, bestimmte eine Kommission die ‚Maximale Arbeitsplatzkonzentration' (MAK) für Schadstoffe. Auf Grund von Versuchen an Tieren und Untersuchungen von Gewerbeärzten entstand eine Liste der zulässigen Grenzwerte. (...) Inzwischen sind von über 300 Stoffen MAK-Werte veröffentlicht worden, die von Zeit zu Zeit korrigiert werden. (...) Für die Gesamtbevölkerung außerhalb der Fabrik, die den Luftverunreinigungen nicht ausweichen kann, die z. T. erheblich anfälliger ist (Kinder, Kranke, Alte), müssen (...) strengere Schutzbedingungen gelten. Die Grenzwerte für die Allgemeinheit, die ‚Maximale Imissionskonzentration' (MIK) wurde erst später und nur zögernd eingeführt, für viele Stoffe fehlen sie noch" [136]).

Weil für viele wichtige Schadstoffe noch keine Grenzwerte ermittelt worden waren, wurde Anfang 1973 auf einem Kolloquium der Kommission „Reinhaltung der Luft" des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI) versucht, Grenzwerte für den Atmosphäre-Höchstgehalt an Blei, Zink und Kadmium festzulegen. Seit 1955 arbeiten in dieser VDI-Kommission Chemiker, Physiker, Biologen, Hygieniker, Industrie- und Behördenvertreter [137]); die von ihr vorgeschlagenen MIK-Werte gelten mit Ermächtigung der Bundesregierung als Richtwerte, und in der Regel weichen gesetzlich festgelegte Werte von ihnen nicht ab.

133) Marx, *Kapital I* (s. o. Anmerkung 86), S. 465.
134) Umweltprogramm ... (s. o. Anmerkung 2), S. 10.
135) Ebd.
136) Walter H. Moll, Taschenbuch für Umweltschutz, Teil I: Chemische und technologische Informationen, Darmstadt 1973, S. 34. MAK- und MIK-Werte bezeichnen die noch erträgliche Konzentration von Gasen oder Schwebestoffen — sei es in Fabrikräumen, sei es in der Atmosphäre —, die auch bei permanenter Einwirkung weder Belästigungen noch Gesundheitsschäden hervorbringt. Als Emission wird dabei bezeichnet, was von einer bestimmten Quelle während eines bestimmten Zeitraums mengenmäßig in Luft und Wasser abgegeben wird. Unter Immission wird verstanden, was die Atmosphäre an festen und gasförmigen Stoffen aufnimmt und so verteilt, daß eine meßbare Konzentration übrigbleibt.
137) Ebd.

Was ist nun angesichts dieser Arbeit der Beitrag zur Identifizierung, wissenschaftlichen Durchleuchtung und politischen Lösung der Krise, den die mit der Krisenüberwindung befaßten Naturwissenschaftler leisten?

Zunächst: Die Beschäftigung der VDI-Kommission mit den toxischen Metallstäuben Blei, Zink und Kadmium war kein Zufall. Die meisten in den Abgasen der industriellen Hauptemittenten enthaltenen Verbindungen sind toxische Substanzen: Zink, Blei, Kadmium, Arsen, Kupfer, Mangan, Chrom u. ä. [138]). Bei der Ermittlung der MIK-Werte war allerdings die Verhinderung von Gesundheitsschäden, die diese Schwermetalle anrichten können, nicht der alleinige Gesichtspunkt. Bei der Festlegung der Grenzwerte sollte berücksichtigt werden, inwieweit „es denn technisch überhaupt möglich", d. h. „wirtschaftlich vertretbar erscheint, Grenzwerte verbindlich zu machen" [139]). Die Grenze des gesundheitlich Erträglichen war also mit Maßstäben zu messen, die „durch die wirtschaftliche Vernunft gesetzt" sind [140]). Worauf sich die Experten des VDI-Kolloquiums einigen sollten, konnte also nicht das Ergebnis einer gemessenen quantitativen Relation zwischen Metallstäuben (Krisenmaterial) und menschlicher Gesundheit sein, wie sie der Begriff MIK suggeriert. Vielmehr sollten sie Interessenkompromisse zustande bringen.

Dies Verfahren ist schon zur Tradition geworden. Der Chemiker Moll registriert: „Die MAK-Werte in der BRD sind die Folge eines Kompromisses zwischen den Erfordernissen der Betriebe und der Gesundheit der Berufstätigen. Jeder Einzelwert liegt daher so hoch, daß er ‚im allgemeinen' die Gesundheit ‚nicht schädigt'. (. . .) Auch die MIK-Werte (. . .) sind das Ergebnis langer Verhandlungen zwischen Industrie- und Behördenvertretern und Biologen." Präziser ausgedrückt, sollten die MIK-Werte „nur pathologische, klinische Schäden vermeiden" und nicht „bereits Änderungen physiologischer Funktionen (oder) Belästigungen verhindern" [141]). Als „Belästigungen" gelten „Sinnesreizungen, die einen Menschen veranlassen können, einen Arzt aufzusuchen" [142]).

Auf den ersten Blick scheint es wirklich nicht Sache der VDI-Experten zu sein, die historischen und gesellschaftlichen Ursachen der Luftverunreinigung zu ermitteln und in die beabsichtigte Therapie einzubeziehen. Aber wenn man in diesem Sinne den Blick auf die Ursachen verkürzt, halbiert man auch den Wirklichkeitsbezug. In der Sicht der Experten geht es vor allem um Luft; darauf zielt ja der Begriff Luftverunreinigung, der das Umweltproblem heraufbeschwört. Menschliche Gesundheit interessiert dann erst in zweiter Linie. Daraus läßt sich ableiten, daß nur der Grad der Luftverunreinigung, weil meßbar, exakt bestimmbar sei. Der Grad der Gesundheitsschädigung, quantitativ nur im Extremfall — Tod — bestimmbar, ist dann im Rahmen der MIK-Wert-Ermittlung eine Angelegenheit wissenschaftlicher Willkür. Was aber soll die immer genauere Messung der Luft — oder allgemeiner: die Verfeinerung der Techniken für die Beschaffung umweltrelevanter Daten —, wenn die Meßergebnisse nicht auch exakt sagen, welchen Schaden dies oder jenes Quantum Schadstoffe der menschlichen Gesundheit zufügt?

2. *Naturwissenschaftliche Logik und wirtschaftliches Kalkül*

Natürlich ist es schwierig, solche Kausalverknüpfungen in meßbaren Daten auszudrücken. Wer weiß denn auch genau, was Gesundheit und was Krankheit [143])

138) Ebd., S. 28 f.
139) Jürgen Dahl, „Wieviel Blei ist zulässig? Düsseldorfer Kolloquium einigt sich auf Grenzwerte der Luftverunreinigung", in: „Die Zeit", Jg. 28, Nr. 13 v. 23. 3. 1973, S. 71.
140) Materialienband . . . (s. o. Anmerkung 2), S. 216.
141) Moll, Taschenbuch . . . (s. o. Anmerkung 136), S. 51.
142) Ebd., S. 46.
143) Nach langjährigen Forschungen über Umwelttoxologie und Gesundheit schreibt Hans Schäfer, „Gesund-

ist? Was weiß man über die Verursachung meßbarer Gesundheitsschädigung durch „Zivilisationsschäden", d. h. Einwirkungen, die der Mensch „passiv" erleidet, ohne sich ihnen mit Vernunft oder Willensanstrengung wirksam entziehen zu können: Lärm, vergiftete Luft, verseuchtes Wasser, atomare Strahlung, vergiftete Lebensmittel, gefährliche Arbeitsbedingungen? „Gesundheitliche Schäden lassen sich beim derzeitigen Stand der Wissenschaft nur sehr selten in zwingender Weise auf technische oder chemische Ursachen zurückführen. Die Schwierigkeit, einen solchen Nachweis zu führen, ist gewaltig, oft derzeit überhaupt unmöglich" [144]).

Eben der Schwierigkeit einer eindeutigen Feststellung von Kausalzusammenhängen sahen sich die Mitglieder der VDI-Kommission gegenüber: „Die Wirkung der drei Schwermetalle (. . .) ist vielfältig und oft unspezifisch. Das heißt: es ist nicht möglich, bei Krankheiten oder Krankheitssymptomen Blei, Zink oder Kadmium als eindeutige Ursache dingfest zu machen." Eine Wissenslücke, „aber auch wirklich nur eine der zahlreichen Wissenslücken", beziehe sich bei Schwermetallen auf ihre „synergetischen Wirkungen", d. h. Wirkungen, die sich nur einstellen, wenn das Schwermetall mit einer anderen Substanz zusammen auf den Organismus einwirkt: „Man untersucht die direkten Wirkungen einzelner Stoffe, aber ihr Zusammenwirken im Organismus ist der Nachprüfung schwer zugänglich. (. . .) Risiken von kaum abschätzbarer Bedeutung, Zusammenhänge von kaum je aufzuklärender Kompliziertheit" [145]). Natürlich werden die komplizierten Zusammenhänge solange nicht aufgedeckt, wie die VDI-Kommission, die sie aufklären sollte, an einem Verfahren für die Bestimmung der „Grenzwerte" festhält, bei dem die naturwissenschaftliche Logik der „wirtschaftlichen Vernunft" untergeordnet wird.

Der naturwissenschaftlichen Logik entspräche es, Grenzwerte nicht für einzelne Schadstoffe festzulegen, weil in der Realität meistens nicht „chemisch reine" Luftverunreinigungen, sondern „Gemische" vorkommen. Für diese Gemische müßten die Grenzwerte nach einer „Mischungsformel" ermittelt werden, und diese Methode lehnt die VDI-Kommission ab. Wie wirksam ist nun die „wirtschaftliche Vernunft"? Gemessen an den MIK-Werten, die beispielsweise in den USA oder in der UdSSR verbindlich sind, erscheinen die Grenzwerte in der Bundesrepublik recht hoch festgesetzt. „Da (. . .) kaum ‚chemisch reine' Luftverunreinigungen vorkommen, (. . .) wird die zulässige Grenze, die in der BRD schon viel zu hoch liegt, dadurch noch weiter heraufgesetzt. Tatsächlich ist die Gefährdung durch Einwirkung von Schadstoffgemischen noch größer" [146]). Sind die heute geltenden „Grenzwerte" wirklich geeignet, Belästigungen oder Gesundheitsgefährdungen zu verhindern? Haben die Naturwissenschaftler ihren Anspruch eingelöst?

Warum wird nicht ein analytisches Verfahren entwickelt, das *MGK-Werte: maximale Gesundheitsgefährdungs-Konzentrationen,* ermittelt? Gäbe es das, so müßte wohl auch gefragt werden, ob nach den Erörterungen auf dem VDI-Kolloquium „das Hantieren mit Blei, Zink und Kadmium überhaupt vertretbar ist". Und die Frage würde nicht mit dem billigen Trost: „Es gibt ja Krankenkassen" [147]),

heit und Krankheit", in: Schäfer u. a., Die Bedrohung unserer Gesundheit, Stuttgart 1956, S. 11: „Wir erkennen, wie schwierig die Abgrenzung zwischen Gesundheit und Krankheit ist. Eigentlich ist sie ganz unmöglich, und da sie trotzdem gewagt wird, beruht sie auf Willkür." *Die Frage, fügt Schäfer, ebd., S. 17, hinzu,* welches die „Unterschiede zwischen gesund und normal, krank und abnorm" seien, sei noch keineswegs geklärt, und es gebe „keine allgemein anerkannten Definitionen", mit denen sich die Unterschiede qualitativ oder quantitativ exakt beschreiben ließen.

144) Fritz Eichholz, Biologische Existenz des Menschen in der Hochzivilisation, Karlsruhe 1959, S. 130.

145) Jürgen Dahl, „Wieviel Blei . . ." (s. o. Anmerkung 139), S. 71.

146) Moll, Taschenbuch . . . (s. o. Anmerkung 136), S. 50.

147) Jürgen Dahl, „Wieviel Blei . . ." (s. o. Anmerkung 139), S. 71.

vom Tisch gewischt werden können. Die Naturwissenschaftler in der VDI-Kommission bieten die bewährten boxes of tools auch dann noch unkritisch an, wenn bereits deutlich ist, daß das, was da naturwissenschaftlich legitimiert wird, die falschen Prinzipien der Aneignung, Nutzung und Verwertung von Natur sind. Soll denn in der Tat die kapitalistische Verwertung der Naturverwertungsschäden als die einzig mögliche Lösung der „Umweltkrise" hingestellt werden?

Kaum zufällig haben die im „ökologisch-industriellen Komplex" zusammengefaßten Konzerne jedenfalls ein beträchtliches Interesse an der Ermittlung „objektiver" MIK-Werte, die auf dem Wege der Gesetzgebung allgemeinverbindlich gemacht werden, so daß alle Produktionsbereiche zur Befolgung derselben Vorschriften angehalten werden könnten. Berechtigt und vordringlich wäre schon eine solche Geltung der MIK-Werte, die es erlauben würde, die Industrie zu zwingen, „Schutztechnologien" im Arbeitsprozeß (und im kommunalen „Entsorgungsbereich" Abwasser, Müll u. a.) einzuführen. Aber eine solche generelle Regelung würde zugleich die historische und gesellschaftliche Abfolge von Ursache und Wirkung verschleiern: weniger offenkundig wäre dann, daß auch „Schutztechnologien" das Ergebnis einer spezifischen Form der Naturverwertung sind und deren Widersprüche insofern selbst widerspiegeln, als sie zu Waren werden und somit neue Märkte begründen [148]). Genau das aber regelt ihre Einführung und Verwendung:

Nicht gesellschaftliche Bedürfnisse, nicht die Ausmaße der Naturzerstörung entscheiden in erster Linie darüber, ob und wann etwa eine Kläranlage gebaut, auf dem „Umwelt"-Markt angeboten und schließlich in Gebrauch genommen wird. Darüber entscheiden die Chancen der Verwertung von „Schutztechnologien", und diese Chancen müssen durchaus nicht mit gesellschaftlichen Bedürfnissen zusammenfallen. Was im Bewußtsein der Naturwissenschaftler, die in Umweltbereichen Grenzwerte berechnen, als Logik der Natur, Abteilung Luft oder Wasser, erscheint, bietet sich der gesellschaftswissenschaftlichen Analyse als Logik der Warenverwertung dar.

Daß die naturwissenschaftliche Wahrnehmung und Verarbeitung der Wirklichkeit mit dem Anspruch auf reine Wissenschaftlichkeit auftritt, sollte vielleicht den Naturwissenschaftlern selbst zu denken geben. Die Forderung, daß fachfremde Überlegungen gerade im Bereich naturwissenschaftlicher Disziplinen gemieden werden sollen, damit man nicht Gefahr laufe, der Beeinflussung durch mächtige Sonderinteressen zu erliegen, erweist sich sogleich als fadenscheinig, wenn man nicht in der Ebene der Abstraktion bleibt, sondern die konkreten Zusammenhänge — z. B. die historisch-gesellschaftlichen Hintergründe und Folgewirkungen des MIK-Wertes — durchleuchtet. Dann nämlich stellt sich heraus, daß das „wertfreie" Urteil, das die Naturwissenschaftler zu fällen haben, nur eine Formel ist, auf die im einzelnen das Verhältnis von naturwissenschaftlicher und wirtschaftlicher Vernunft gebracht wird. Die Brücke, auf der sich beide Gestalten der Vernunft treffen, ist die Wertfreiheit von Zahlen.

Wirtschaftliche Vernunft muß quantifizierbar, in Geld ummünzbar sein. Luftverschmutzung war kein Problem von Belang für den deutschen Industriellen oder Finanzier, solange auf diesem Gebiet keine Untersuchungen über das Kosten-Nutzen-Verhältnis existierten. Erst als Untersuchungen über die Luftverschmutzung und die aus ihr resultierenden Schäden in England und Amerika angestellt und in Zahlen konkretisiert wurden, erwachte das Interesse dafür auch

148) Sehr illustrativ sind die Begründungsmuster, mit denen ein konzeptiver Markt-Ideologe wie James B. Quinn (s. o. Anmerkung 128) die Einrichtung dieser „Umwelt-Märkte" fordert.

in der Bundesrepublik. Dann allerdings rechnete man aus, daß bei entsprechender Übertragung vor allem der amerikanischen Ermittlungen auf die deutsche Situation der jährliche Totalschaden aus der Luftverschmutzung in der Bundesrepublik 3 bis 6 Mrd DM betragen müsse. Indes enthält dieser Schadenbetrag „nur die rein materiellen Schäden (...), nicht dagegen die Kosten, die nicht in Zahlen ausgedrückt werden können, z. B. Schäden an der Gesundheit, verminderte Lebenserwartung, Zeitverluste durch Arbeitsunfähigkeit und Störung des Wohlbefindens" [149]).

Quantifizierbar, in Größen darstellbar muß auch naturwissenschaftliche Vernunft sein. Als die kapitalistische Praxis in Amerika die Luftverschmutzung auf einen Kalkülbegriff gebracht hatte, holten die Naturwissenschaftler die verwertete Luft auf die Erde zurück und machten sich daran, den größenmäßig ermittelten Verschmutzungsgrad in MIK-Werten der wirtschaftlichen Vernunft zugänglich zu machen. Beispielhaft präsentiert der Wasserwissenschaftler Rincke das Ineinandergreifen von wirtschaftlicher und naturwissenschaftlicher Vernunft: Langfristige Umweltprogramme „erfordern zum quantifizierten Aufwand auch konkrete Bewertungen des Ertrages, d. h. *costbenefit-Nachweis*". Bisher seien freilich „nur Teilgebiete der Umweltprobleme (...) in Werten oder Schäden allgemein anerkannt kalkulierbar". „Faßbare Größen" seien aber „nicht nur Ausgaben für Bau und Betrieb von Kläranlagen und Wasseraufbereitungsanlagen": „Wir werden auch den unbestreitbaren Wert von einwandfreiem Trinkwasser", „sauberer Luft" „genauso wie sonstige Einflüsse auf Gesundheit und Wohlbefinden der Bevölkerung in eine größenordnungsmäßig quantifizierbare Wertskala einbringen müssen" [150]).

Das deutet die Richtung an, in die auch das von der Bundesregierung geplante Programm einer „Ausarbeitung gemeinsamer Bewertungsmaßstäbe und Bestimmungen für Belastungsgrenzen" [151]) seiner Anlage entsprechend einmünden muß. Klarer zeichnet sich nun auch die Rolle der Naturwissenschaftler im Konzept der Umweltplanung ab: Solange ihnen der historisch-gesellschaftliche Zusammenhang der Naturzerstörung als bloßes Meßproblem erscheint, werden sie zur Identifizierung und Analyse der Umweltkrise wenig beitragen. Und ob Hinweise auf die Kalkulierbarkeit und Marktgängigkeit des Umweltschutzes die Bewältigung dieser Krise voranbringen können, wird man bezweifeln dürfen.

Schlußbemerkung

Daß Enzensberger an seinem Anspruch scheiterte, das „schwer beschreibbare methodische Wirrwarr" innerhalb der Ökologie durch eine „Kritik der politischen Ökologie" zu lichten, hat nur zum Teil Gründe, die durch seinen Untersuchungsgegenstand selbst vermittelt waren. Auch der Umstand, daß ihm die Verfasser der übrigen „Kursbuch"-Aufsätze zwar viel Oberflächenmaterial der Umwelt-Krise für seine „Kritik" angeboten, dafür aber nur ansatzweise das geliefert haben, was als materialistische Ursachenanalyse gelten könnte, reicht zur Erklärung seines methodischen und theoretischen Scheiterns nicht aus.

Hinzu kommt etwas Prinzipielleres: Enzensberger ist nicht willens, seine eigene soziale Position marxistisch zu reflektieren. So weiß er nie recht, ob er als Literat, als Unternehmer oder als linker Theoretiker argumentieren soll. Kaum zufällig, scheint uns, finden sich dann solche Formulierungen wie die, wonach

149) Materialienband ... (s. o. Anmerkung 2), S. 216.
150) Günter Rincke, „Erfordernisse für die Sanierung ..." (s. o. Anmerkung 32), S. 8.
151) Umweltprogramm ... (s. o. Anmerkung 2), S. 9.

die „Revolutionen in den überentwickelten kapitalistischen Ländern (...) *versäumt* worden" seien. So kann man die Konsequenzen der imperialistischen Weltkriege, des Faschismus oder der chilenischen Konterrevolution natürlich auch literarisch umdeuten! Oder an anderer Stelle wird die Einsicht präsentiert, die marxistische Methode müsse „zur methodischen Untersuchung der Wirklichkeit durch Theorie und *Praxis*" angewandt werden. Was heißt denn das konkret für die Erforschung der kapitalistisch geprägten Stoffwechsel-Realität? Bedeutet es etwa, daß Enzensberger konkrete Umwelt-Einsichten durch seine „Haus"-Druckerei in Nördlingen vermittelt wurden, weil dort nämlich Arbeiter, Ingenieure und Angestellte eine Arbeitsorganisation erzwungen haben, die sie nicht länger zwingt, das „Kursbuch" als Ware herzustellen (was u. a. zum lehrreichen Beispiel einer Veränderung der Abwasser-Chemie aus dem Arbeitsprozeß geführt hätte)? Nur in diesem Sinne wäre es ja wohl sinnvoll, von Umwelt-*Praxis* zu reden. Denn: „Die Beziehung von Hypothesen auf Tatsachen vollzieht sich schließlich nicht im Kopf der Gelehrten" oder Literaten, „sondern in der Industrie" (Max Horkheimer).

Fazit: Daß sich Enzensbergers unreflektierte soziale und wissenschaftliche Positionen in seine „Kritik" der Kritik verlängern und dort als literarischer Schein einer marxistischen Umwelt-Analyse auftauchen, wird selbst unseren Kritikern dann einleuchten, wenn wir noch einmal an die Schlußbemerkung erinnern, mit der dies „Kursbuch" endet: „Wir (d. h. die Verfasser des von der „Kursbuch"-Redaktion überarbeiteten Aufsatzes „Marx und die Ökologie") hoffen, mit unserer Argumentation einen formellen Rahmen abgesteckt zu haben, in dem sich eine ökologische Diskussion auf der Basis der marxistischen Theorie entfalten kann. Der angegebene Rahmen muß inhaltlich angefüllt werden. Nur die inhaltliche Konkretisierung kann uns instand setzen, wichtige politische Lösungen zu finden." Genau dazu hätten wir von Hans Magnus Enzensberger gern etwas gehört...

Zur Kritik der Berufsverbote

Berufsverbote durch Gesetz? Wortlaut und Kritik des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Mit Beiträgen von Wolfgang Abendroth, Axel Azzola u. Adalbert Podlech, Frank Benseler, Heinz Düx, Erich Eisner, Klaus Grimmer, Heinrich Hannover, Wolfgang Piepenstock, Ulrich K. Preuß, Helmut Ridder, Peter Römer, Theo Schiller, Hans E. Schmitt-Lermann, Hans-Peter Schneider, Gerhard Stuby, Dimitris Tsatsos, Heinz Wagner, Roderich Wahsner.

Hefte zu politischen Gegenwartsfragen, Bd. 14
Doppelband, 88 Seiten, DM 6,–

Horst Bethge / Erich Roßmann (Hrsg.)
Der Kampf gegen das Berufsverbot
Dokumentation der Fälle und des Widerstands
Kleine Bibliothek Bd. 43
330 Seiten, DM 12,80

Wortlaut und Kritik der verfassungswidrigen Januarbeschlüsse. Materialien für Studenten, Beamte, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst
97 Seiten, DM 5,–

Pahl-Rugenstein

Medienkritik

GENRES UND GEBRAUCHSWERT
4: Le Louche *).

„Denn unser wahrheitsliebender Regent, / Der weise richtet und die Menschen kennt, / Läßt sich von keinem Lügner hintergehn / (. . .) Glorreich belohnt er jeden frommen Mann." So ähnlich, jedoch hessisch eingefärbt, konnte man die Stimme des *Deus ex machina* vernehmen, in W. Deichsels hessischer Bearbeitung von Molière's Tartüff (ZDF, 15. 9.). Die Lebensphilosophie des *Untertanen* Orgon läutert sich vom Zweifel an der Gerechtigkeit der Obrigkeit bis zum Vertrauen in ihre Güte, je nach dem, wieweit er die Verhältnisse und Beweggründe der anderen durchschauen kann oder nicht. Seine Bereitschaft, an Ideale zu glauben, ist eng gebunden an die Möglichkeit, die ihm gegeben wird, auf die letztlich unangetastete Moralität des Regenten und damit der Verhältnisse vertrauen zu dürfen.

Bei Molière stellt sich das Problem für den Zuschauer — und hier weiß er mehr als der *Unterworfene* Orgon — als eines der *Aufklärung* über die niemals in Frage gestellte humane Ordnung der Dinge.

Solche Sicherheit über den eigentlichen Lauf der Dinge, das heißt im je konkreten Fall über den Ausgang der Handlung, wird in Claude Lelouchs Spielfilm „Das Leben, die Liebe, der Tod" (ZDF, 16. 9.) durch das Mittel der Rückblende hergestellt. Das die schließliche Hinrichtung des Delinquenten begründende Urteil bildet den Anfang des Films. Darüber hinaus wird der Zuschauer bis ungefähr in die zeitliche Mitte des Filmablaufs hingehalten, ehe er überhaupt erfährt, für welches Verbrechen hier die Todesstrafe verhängt wird; penetrant wird bei Dialogstellen, die darüber Aufschluß geben können, der Ton weggeblendet. Dies ist ein bewußtes Arrangement des für seinen formalen Perfektionismus berühmten Filmregisseurs. An ihm läßt sich die Verschlagenheit seines ebenfalls gerühmten *Engagements* für die Abschaffung der Todesstrafe erkennen: Die Kritik beschränkt sich auf eine letztlich für den Bestand der gesamten Strafvollzugsordnung unwichtige *Konsequenz* der sie begründenden Auffassung von der Rolle des Verbrechens und seiner individuellen und gesellschaftlichen Ursachen, ohne sie als Konsequenzen darzustellen. Lelouchs Blick, der so *realistisch* die Guillotine zu erfassen weiß, gerät ins Schielen, wenn er ihn auf Richter, Verteidiger und Strafvollzugsbeamte richtet und sie so positiv zeichnet, damit ja keiner auf den Gedanken komme, er kritisiere parteilich. Der Zuschauer kann, wenn er will, sich bei Lelouch davon überzeugen lassen, daß die Welt nach Abschaffung der Todesstrafe gut sein wird — bis dahin wird's kein Happy end geben. Andere, einen glücklichen Ausgang verhindernde Mächte, wie die Liebe und der Tod, sind sowieso unbeeinflußbar. Ihnen zum Opfer zu fallen, ist ehrenvoll.

Franz Xaver Krötzens Stück „Der Mensch Adam Deigl und die Obrigkeit" (ARD, 24. 9.), durch die Mundart ebensowenig wie der *hessische* Tartüff *volkstümlicher* als die großen Komödien und Tragödien, hat Parallelen zu Lelouchs Film, aber wichtige Unterschiede: realistische Darstellung der Gerichtsbehörden und eine überzeichnete Apathie und vor allem *Unschuld* des *Opfers*. Auch hier ist aber das Ergebnis vorgegeben, darüber hinaus ist es die Folge eines *Justizirrtums*. Ob die Unterschiede ausreichen, die Wahrheit auch unter jenen zu verbreiten, die sich lieber vom allgemeinen Zustand der Welt überzeugen lassen wollen?

Günter Giesenfeld

*) louche: frz. schielend, zweideutig, zweifelhaft.

sozialem Wandel, List Verlag, München 1974 (List Taschenbücher der Wissenschaft, Bd. 1610), 315 S., 10,80 DM.

Nicos Poulantzas, Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M 1974 (Bd. 4040), 392 S., 21,80 DM. — Die politische Soziologie hat ihre naiv-bürgerliche Selbstsicherheit, die sie zumindest in den USA, aber auch in der BRD bis vor wenigen Jahren kennzeichnete, verloren. Die alten Konzepte sind brüchig geworden, und neue scheinen wie die Mode jährlich zu wechseln. Die Greven'sche Kritik an verschiedenen Variationen systemtheoretisch formulierter Gesellschaftsmodelle unterstreicht dies ebenso deutlich wie der Eklektizismus von Jarvies Populär-Soziologie. Die Arbeit von Poulantzas, Soziologe an der Universität von Vincennes, versucht eine umfassende Analyse der Herrschaft in kapitalistischen Staaten in der Auseinandersetzung mit bürgerlichen und anderen marxistischen Autoren. Zweifellos kann die politische Soziologie nur über den Umweg solcher Konzept-Diskussionen neu belebt werden.

Heinz Renn, Die Messung von Sozialisierungswirkungen, R. Oldenbourg Verlag, München/Wien 1973, 235 S., 30,— DM.

Kultur und Bildung

Gerd Köhler (Hrsg.), Wem soll die Schule nützen? Rahmenrichtlinien und neue Lehrpläne: Soziales Lernen im Konflikt, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M 1974 (Bd. 1474), 335 S., 6,80 DM.

Hannelore Christ / Horst Holzschuh / Valentin Merkelbach / Walter Raitz / Jörn Stückrath, Hessische Rahmenrichtlinien Deutsch. Analyse und Dokumentation eines bildungspolitischen Konflikts, Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1974, 229 S., 12,80 DM.

Kaspar Maase, Volkspartei und Klassenkultur. Grundlagen, Konzeptionen und Perspektiven der SPD-Kulturpolitik seit Mitte der fünfziger Jahre, Damnitz Verlag, München 1974 (Marxistische Ästhetik und Kulturpolitik), 270 S., 16,80 DM.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Aufruf zum Kongreß für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit am 7. Dezember 1974 in Bonn-Bad Godesberg

(Wortlaut)

Unsere Zeit steht vor zahlreichen noch unbewältigten Problemen. Neue Aufgaben wie der Schutz der Umwelt, die Sicherung der Rohstoffe und die Erschließung ausreichender Energiequellen treten hinzu. Doch gleichzeitig eröffnen sich auch neue Möglichkeiten ihrer Lösung. Denn immer mehr Menschen und Völker, Vertreter der Kirchen und kultureller Organisationen, Gewerkschaftler, Wissenschaftler, Politiker und die Jugend aller Länder setzen sich für Frieden und Gerechtigkeit, Fortschritt und Demokratie ein.

— Noch sind die Kriege aus dem Leben der Völker nicht endgültig beseitigt. Milliarden werden für das Wettrüsten vergeudet, während unzählige Menschen in Armut leben und an Hunger sterben.

— Der sprunghaft steigende Bedarf an Energie und Rohstoffen, an Lebensmitteln und Wasser kann nur unter Anspannung aller Kräfte befriedigt werden. Die immer schnellere Entwicklung von Wissenschaft und Technik erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen

Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, um den sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung zu entsprechen.

— Auch in der Bundesrepublik mehren sich Krisenerscheinungen. Das Defizit sozialer Reformen wächst. Die Arbeitsplätze werden unsicherer. Millionen von arbeitenden Menschen kämpfen gegen Inflation und für soziale Sicherheit. Lehrlinge und Studenten verlangen die Verwirklichung ihres Rechts auf Ausbildung. Eltern setzen sich für mehr Spielplätze, Kindergärten und für kleinere Klassen ein. Krankenhäuser und Altersheime fehlen. Immer mehr Bürger werden initiativ für soziale Mieten und für menschenfreundliche Stadt-, Verkehrs- und Umweltplanung. Militarisierung und Rüstungspolitik stoßen auf wachsenden Widerstand. Gegen diese demokratischen Bewegungen formiert sich eine mächtige Allianz aus rückschrittlichen Politikern, Großindustrie und Militär.

Entscheidende Voraussetzungen für die Lösung all dieser Probleme ist die Sicherung des Friedens, die Beendigung des Wettrüstens und die Abrüstung. Rüstungswettlauf und Gewalt beeinträchtigen die internationale Zusammenarbeit. Sie erzeugen Furcht und gegenseitigen Argwohn zwischen den Völkern. Die 600 Mio Dollar, die tagtäglich für das Wettrüsten ausgegeben werden, und der Verstand und die Energie von 100 Mio Menschen, die für Militär und Rüstung arbeiten, müssen für die Lösung der Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben freigesetzt werden.

Die Wende zur weltweiten Entspannung eröffnet neue Chancen. In Europa sind Verträge über die Unverletzlichkeit der Grenzen, über Gewaltverzicht und die Grundlagen friedlicher Koexistenz und Zusammenarbeit geschlossen worden. Die USA und die Sowjetunion haben ein Abkommen über die Verhinderung des Atomkrieges unterzeichnet und erste Vereinbarungen zur Begrenzung ihrer Atom- und Raketenrüstung erzielt. Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) schafft die politische Grundlage, von der Konfrontation der Militärblöcke zu einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem überzugehen. Die Anerkennung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz macht es möglich, die Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Kultur zu entwickeln.

Diese neuen friedlichen Perspektiven für unseren Kontinent sind günstige Voraussetzungen für Abrüstungsschritte. Die Wiener Verhandlungen von NATO- und Warschauer-Pakt-Staaten über die Verringerung von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa können und müssen daher möglichst bald zu Ergebnissen führen, um die Völker von den Militärausgaben zu entlasten und den Frieden zu festigen.

Um unseren Beitrag in der BRD für eine friedliche abgerüstete Zukunft unseres Kontinents zu beraten und dadurch bessere Bedingungen für sozialen Fortschritt und Demokratie zu schaffen, rufen wir auf zum Kongreß für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit am 7. Dezember 1974 in Bonn. Denn Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit entstehen nicht von selbst. Sie müssen gewollt, geplant, durchgesetzt und verwirklicht werden. Dem Versuch entspannungsfeindlicher Kräfte, Konfrontation und Aufrüstung verstärkt fortzusetzen, muß entgegengewirkt werden.

Die Öffentlichkeit unseres Landes muß sich für die Weiterentwicklung der friedlichen Koexistenz einsetzen. Alle Erfahrung zeigt, daß ohne gemeinsames Handeln des Volkes der Frieden nicht gesichert werden kann. Erforderlich ist das Zusammenwirken aller demokratischen Gruppen und Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Nach ersten Erfolgen bei der Sicherung des Friedens ist jetzt die Frage herangereift, welche nächsten Schritte getan werden müssen.

Wie können die Ergebnisse der KSZE zu einem System der kollektiven Sicherheit ausgebaut werden?

Wie kann die endgültige Überwindung der militärischen Konfrontation und die Auflösung von NATO und Warschauer Pakt erreicht werden?

Wie können die Rüstungen begrenzt, die Rüstungsausgaben verringert und Schritte zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung durchgesetzt werden?

Wie kann die Zusammenarbeit der Staaten zur Förderung der sozialen Sicherheit und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, zur Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung und zur Verständigung der Völker entwickelt werden?

Wie kann der Beitrag Europas unter Bedingungen fortschreitender Entspannung und Abrüstung zur weltweiten, gleichberechtigten Zusammenarbeit aussehen, durch den wirtschaftliche Abhängigkeit, Unwissenheit, Hunger und Armut in den Entwicklungsländern beseitigt werden?

Die Erstunterzeichner:

Prof. Wolfgang Abendroth — Dr. theol. Lothar Ahne — Prof. Dr. Ulrich Albrecht — Prof. Dr. Wilhelm Alff — Karl Altewolf, IGM-Funktionär — Karl Amail, Vertrauensmann der IG Metall — Hans-Karl Arends, Oberstudienrat — Armin Graf, Vertrauensmann — Kurt Bachmann, Mitglied des Präsidiums der DKP — Prof. Fritz Bärmann, Hochschullehrer — Leo D. Bardischewski, Schauspieler — Dieter Baumann, Pfarrer — Heinz Bredow, Betriebsratsvorsitzender — Hans-Jürgen Beerfeltz, Bundesgeschäftsführer des Liberalen Hochschulverbandes — Arno Behrisch, Mitglied des Direktoriums der DFU — Hugo Berrar, Oberlehrer — Arend Bertzbach, Pastor — Horst Bethge, Lehrer — Willi Bleicher, Bezirksleiter IG Metall a. D. — Prof. Dr. Ernst Bloch — Detlef Brandes, Arbeitsgemeinschaft christlicher Schüler im Landesjugendpfarramt, Nds. — Georg Brandt, Pfarrer — Hugo Braun, Vorsitzender der Deutschen Journalisten-Union, Kreis Köln-Bonn — Prof. Dr. Wilfried v. Bredow — Karl-D. Bredthauer, Redakteur „Blätter für deutsche und internationale Politik" — Walter Brehm, Pfarrer — Dr. Wilhelm Breuer, Mitglied des Präsidiums des Weltfriedensrates — Fritz Bringmann, Lagergemeinschaft Neuengamme — Helmut Bublitz, Betriebsratsvorsitzender — Helmut Buck, 1. Bevollmächtigter, IG Metall — Martha Buschmann, Mitglied des Präsidiums der DKP — Dr. Rudolf Deku, Oberkreisdirektor i. R. — Prof. Dr. Lienhard Delekat — Karl-Heinz Deschner, Schriftsteller — Julius Diesenberg, Lehrer — Heinrich Diesselmeier, Pfarrer — Ingeborg Drewitz, Schriftstellerin — Dr. Heinz Düx, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Frankfurt — Prof. Dr. Andreas Dress, Mathematiker — Hartmut Drewes, Pastor — Prof. Dr. Walter Fabian — Rudolf Finteis, Ortsgruppenvorsitzender IG Bergbau — Klaus-D. Fischer, Vorstandsmitglied VDS — Kurt Fischer, Betriebsrat — Rufus Flügge, Stadtsuperintendent — Karl Freitag, Betriebsrat — Ulrich Frey, Geschäftsführer Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e. V. — Helmut Friedrich, Betriebsratsvorsitzender — Prof. Dr. H.-J. Gamm — Wilhelm Garlipp, Pastor — Dr. Heinz Gatermann, Journalist — Wolfgang Gehrcke, Bundesvorsitzender der SDAJ — Prof. Dr. Imanuel Geiss — Michael Gerlach, Pastor — Simon-Peter Gerlach, Pfarrer — Dr. med. phil. W. Gerstacker, Nervenarzt — Alfred Graf, Kaufm. Angestellter, Gemeinderat — Prof. Fritz Griebel — Magdalene Groot, Jugendleiterin — Prof. Dr. W. Grünewald — Pastor Jörn-Erik Gutheil, Vorstandssprecher von amnesty international — Gerda Guttenberg, Journalistin — Dr. Paul Haag, Rechtsanwalt und Notar — Prof. Dr. Friedrich Hahn — Dr. F. v. Hammerstein, Aktion Sühnezeichen — Rudolf Helfrich, Gewerkschaftssekretär — Herbert Hensler, Vertrauensleute-Leitung — Klaus Herborn, Oberstudienrat — Georg Herde, Journalist — Friedrich Hitzer, Schriftsteller, Chefredakteur „Kürbiskern" — Bernhard Höltz, Betriebsrat — Dr. Bernt H. Hoffmann, Facharzt für Neurologie und Psychiatrie — Dieter Hooge, Gewerkschaftssekretär — Dr. Klaus Hübotter, Kaufmann — Dr. Egbert Jahn, Friedensforscher — Prof. Dr. Gerhard Kade — Dr. Mathias Jung, Journalist und Lehrbeauftragter — Prof. Dr. phil. Gerd Kadelbach, Hauptabteilung Bildung und Erziehung, Hessischer Rundfunk — Volkmar Kallenbach, Deutsche Jungdemokraten — Günter Kämper, Uhrmachermeister — Günter Kampkötter, Amtmann — Reiner Kammler, Gewerkschaftsfunktionär — Heinz Kannenberg, Lehrer — Alma Kettig — Wolfgang Kinzelmann, Ortsjugendausschußvorsitzender der IG Metall — Heinz Kissel, Vertrauensleute-Leitung — Dietrich Kittner, Kabarettist — Norbert Klein, Betriebsrat — Prof. Dr. Wolfgang Klafki — Dr. E. M. Klingenburg, Studiendirektor — Prof. Hans Günter v. Klöden — Herbert Knapp, Betriebsratsvorsitzender — Prof. Dr. Erwin Knauß — Rolf Knecht, Betriebsratsvorsitzender und GBR-Vorsitzender, Bevollmächtigter der IG Metall — Lorenz Knorr, Mitglied des Direktoriums der DFU — Dr. Knut Knudsen, Bildhauer — Walter Koppel, Filmkaufmann — Werner Krabbes, Pastor — Caspar Krane, Oberregierungsrat i. R. — Prof. D. Kreck — Ernst Kube, Regierungsdirektor i. R. — H. W. Kühn, Regisseur — Prof. Dr. Reinhard Kühnl — Godwin Kunkel, Oberstudienrat, Kreisverbindungslehrer, Mitglied des Landesbeirats der Hessischen Schülervertretung — Christel Küpper, Psychotherapeutin — Horst Kynast, Gewerkschaftssekretär — Erwin Lange, Ratsherr — Steffen Lehndorff, Vorsitzender der MSB Spartakus — Prof. Hans Leip, Schriftsteller, Maler — Ruth Löchner, Studiendirektorin — Inge Löhr, Betriebsjugendvertreter — Konrad Lübbert, Pastor, Versöhnungsbund — Dr. med. Dorin Maase, Lagergemeinschaft Ravensbrück — Klaus Mannhardt, Bundesvorsitzender des VK — Achim Maske, Doktorand — Hannelore Matthes, Sekretärin — Gunnar Matthiessen, Sekretär Initiativkreis Europäische Sicherheitskonferenz — Gerhard Melzer, Pfarrer — Dr. med. Richard Mentzsen, Facharzt — Günter Meyer, Betriebsratsvorsitzender — Dr. Hans-Joachim Meyer, Facharzt — D. Meyer-Vax, Malerin — Pastor Dr. h. c. Herbert Mochalski, Vorsitzender der Christlichen Friedenskonferenz in der BRD, Vizepräsident der internationalen CFK — Jürgen Möllemann, MdB — Heinz Mührmann, Betriebsrat — Nicki Müller, Vertrauensmann — Otto Niebergall, 1. Vorsitzender der Interessengemeinschaft ehemaliger Deutscher Widerstandskämpfer — Karena Niehoff, Journalistin — Wilhelm G. Niemöller, Realschullehrer — D. Martin Niemöller, Pastor — Hans-Joachim Oeffler, Pfarrer — Willi Orzykowski, Betriebsratsvorsitzender — Katharina Oßwald, Richter — Jörgen Ostersehlte, Bankkaufmann — Alfred Paffenholz, Redakteur „Kulturelles Wort" des NDR, Betriebsratsvorsitzender im Funkhaus Hannover des NDR — Walter Pfau, Gewerkschaftssekretär — Friedrich Pfeifer, Rektor — Günter Platzdasch, Soldat — Dipl.-Vw. Friedrich Pospiech, Journalist, Kreistagsabgeordneter — Prof. Rasenberger-Koch — Prof. Dr. Jürgen Redhardt — Rainer Regiert, Vertrauensmann — Dr. Hans Rickert, Tierarzt — Prof. Dr. Helmut Ridder — Werner Riedel, Betriebsratsvorsitzender, Stadtrat — Paul Riehm, Dipl.-Ing. — Prof. Dr. Dr. h. c. Renate Riemeck — Dr. Rainer Rilling, Wissenschaftlicher Angestellter — Heinz Rinke, Stellvertretender Juso-Vorsitzender des KV Bochum — Rolf Röhm, MdL, Bankdirektor — Prof. Dr. jur. Peter Römer — Eleonore Romberg, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit — Dr. Joseph C. Rossaint, Vorsitzender des Präsidiums der VVN — W. Runge, Redakteur, Sozialistische Korrespondenz — Prof. Dr. Hans Karl Rupp — Hildegard Samstag, Betriebsjugendvertreter — Werner Sanß, Pfarrer — Erich Schach, Vertrauensleute-Leitung — Heinz Schauer, Pfarrer — Irene Schilling, Studiendirektorin a. D. — Heinrich Schlichtmann, selbst. Maschinenbaumeister — Rudolf Schmid, Betriebsrat — Martin Schröter, Pfarrer — Tisa Gräfin Schulenburg, Bildhauerin — Hannelis Schulte, Bundesvorsitzende DFG/IDK — Herman Schulte, Pastor — Heinrich Schulz, Betriebsratsmitglied — Ingrid Schuster, Redakteurin, Mitglied im Hauptvorstand

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

85

Widerspiegelungs-Diskussion

Streitfragen materialistischer Dialektik (III)

Editorial: Widerspiegelungs-Diskussion – zweiter Teil

R. Zimmermann: Semantik, „Widerspiegelung", marxistische Erkenntnistheorie

J. Meyer-Ingwersen: Mit Marx und Sprache gegen den Materialismus? Entgegnung auf Leist und Zimmermann

H. Claas: Brechts „Buch der Vertagungen"

P. M. Sweezy: Utopischer Reformismus – Kritik an Galbraith' neuestem Buch

W. F. Haug: Ein wichtiger neuer Lernschritt in der Planungsdebatte auf Kuba

Dokumentation: F. Castro: Rede vor dem XIII. Gewerkschaftskongreß

Besprechungen: Sprachphilosophie; Hegel- und Lenin-Rezeption; Erziehungswissenschaften; Psychologie der Arbeit; Ideologie der neuen Rechten; Geschichte der Weimarer Republik; Produktivkräfte

16. Jahrgang Juni 1974 Heft 3/4 - Doppelheft

86

Klassenkämpfe in der BRD

Die Arbeiterklasse im Spätkapitalismus (IV)

Editorial: Eine neue Phase der Klassenauseinandersetzungen in der BRD

K. Steinhaus: Streitkräfte in der BRD von 1971 bis 1974

B. Pätzold: Die Entrechtung der ausländischen Arbeiter durch das Ausländerrecht. Rechtsgeschichte der Arbeiterimmigration in Deutschland.

Diskussion: K. D. Lenzen: Literarische Produktion, Phantasie, ästhetische Erziehung

B. J. Warneken: Wie kann sich das Subjekt literarisch entfalten? Zum Beitrag von K. D. Lenzen

Besprechungen: Wissenschaftssoziologie; Fragen der Ästhetik; Linguistische Pragmatik; Heinrich Heine; Psychische und physische Gesundheit im Kapitalismus; Industrialisierung; Frühgeschichte der BRD; Jura; Theorie der Politischen Ökonomie

16. Jahrgang September 1974 Heft 5/6 - Doppelheft

Einzelpreis 8,– DM, im Abonnement 6,– DM
für Schüler und Studenten 6,– DM, im Abonnement 5,– DM

Argument-Verlag 75 Karlsruhe 21 Postfach 21 07 30

der Gewerkschaft HBV — Dieter Schwab, Gewerkschaftssekretär — Anton Senftner, Vizepräsident „Weltföderalisten e. V." — Christoph Speier, Hessischer Landesschülersprecher — Dr.-Ing. Otto Speth, Min.-Rat a. D. — Dr. Alfons Spielhoff, Stadtrat, Kulturdezernat — Eckart Spoo, Vorsitzender der Deutschen Journalisten-Union — Elly Steinmann, Journalistin — Karl Stelzenmüller, Ortsvorsitzender der Gewerkschaft Holz und Kunststoff — Hugo Stößinger, Dipl.-Ing. — Willy Svoboda, Industriekaufmann — Peter Tanzmeier, Jugendvertreter — Christian Thewes, Speditionskaufmann — Heinrich Treblin, Pfarrer — Gösta v. Uexküll, Journalist — Heinz Uphaus, Betriebsratsvorsitzender — Paul Wachtler, Konrektor, Bildungsobmann — Dr. Hajo Wandschneider, Rechtsanwalt — Prof. Dr. H.-W. Wanzlik, Chemiker — Günter Warmons, Polizei-Oberkommissar, Kreistagsabgeordneter — Rolf Weber, Bv. Bezirksjugendreferat — Grit Weisberg, Hausfrau — Klaus Wellhardt, Geschäftsführer — Heinrich Werner, Internationaler Sekretär der CFK — Karl Graf v. Westphalen — Hermann Wirtz, Betriebsratsvorsitzender — Clemens Wlokas, Schriftsteller — Gertrud Wolferts, Studiendirektorin — Prof. Dr. Erich Wulff, Vorsitzender des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees — Dr. Ernst v. Xylander, Diplompsychologe — Jochen Zimmer, Bundessekretär der Naturfreundejugend Deutschlands — Rudolf Zimmermann, Major a. D. — Otto Zimpelmann, Betriebsrat.

Zustimmungserklärungen sind zu richten an den Ausschuß für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115.

Manifest gegen Berufsverbote und Sondergesetz des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi)

(Wortlaut)

Wissenschaftler der Bundesrepublik und Westberlins wenden sich mit diesem Manifest an die Gewerkschaften, demokratischen Parteien und Organisationen, an alle, die an der Verwirklichung und dem Ausbau des demokratischen und sozialen Rechtsstaates mitwirken.

Sie fordern sie dazu auf, mit aller Kraft und mit allen ihnen zur Verfügung stehenden demokratischen Mitteln in ihren Arbeits- und Einflußbereichen dafür einzutreten, daß mit der verfassungswidrigen und für die Demokratie in unserem Lande unheilvollen Berufsverbotspraxis ein Ende gemacht und das von CDU/CSU und Teilen der SPD/FDP-Koalition angestrebte Sondergesetz verhindert wird.

Seit über zwei Jahren wird der in parlamentarischen Demokratien einmalige verfassungswidrige Ministerpräsidentenbeschluß in der BRD und in Westberlin praktiziert. Die Betroffenen werden von einer großen Anzahl von Berufen ausgeschlossen. Lehrer, Sozialpädagogen, Juristen, Ärzte, Wissenschaftler und andere Angehörige des öffentlichen Dienstes sind entlassen worden oder sind von Entlassungen bedroht, nur weil sie sich in Ausübung gewerkschaftlicher Funktionen oder als Sozialdemokraten, Kommunisten oder Liberale für eine Verwirklichung des Demokratie- und Sozialstaatsgebots des Grundgesetzes eingesetzt haben, welches nicht nur demokratische und soziale Reformen fordert, sondern darüber hinaus den Weg zu grundsätzlichen gesellschaftlichen Veränderungen offenläßt. Ein in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin einmaliger Apparat der Bespitzelung und Gesinnungsschnüffelei wird aufgebaut. Zehntausende Bürger werden auf ihre „Einstellung" überprüft, Tausende entwürdigenden „Anhörungen" unterzogen und nach „Gesinnungsprofilen" selektiert. An den Schulen und Hochschulen, in Betrieben und Behörden verbreitet sich eine Atmosphäre der Verhetzung, der Einschüchterung und der Angst vor gewerkschaftlichem und demokratischem Engagement. Mehr Demokratie zu wagen, wird zum Risiko. Mißliebige Meinungen und Theorien werden als „ideologisch" und „radikal" diffamiert, um sie mit dem Vorwurf der „Verfassungsfeindlichkeit" belegen zu können. Durch Theorie- und Lehrverbote, Denk- und Handlungsverbote sind Meinungsfreiheit und Wissenschaftsfreiheit in ihren Grundlagen gefährdet und zum Teil schon außer Kraft gesetzt. Diese Einschüchterung erstickt jede freie geistige Tätigkeit und schürt die Furcht vor der Wahrnehmung demokratischer Rechte.

Die Berufsverbote schützen die Verfassung nicht, sondern höhlen sie aus. Die Berufsverbote schützen nicht die Staatsordnung gegen einen angeblichen „langen Marsch der Verfassungsfeinde", sondern riegeln sie gegen demokratische Kontrolle und Mitbestimmung ab. Die Berufsverbote schützen nicht vor der Aktivität angeblicher „Radikaler", sondern verhindern Veränderungen der bestehenden Gesellschaftsordnung, die für ein Mehr an Freiheit und Demokratie offen ist. Sie sind seit den Notstandsgesetzen der bislang entscheidendste und gefährlichste Versuch der politischen Unterdrückung, Verfolgung und Illegalisierung fortschrittlicher und demokratischer Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland.

Berufsverbote, ob durch Ministerpräsidentenbeschluß oder Sondergesetz, sind verfassungswidrig. Sie verstoßen gegen die Art. 1, 2, 3, 5, 9, 12, 18, 20, 21 und 33 Grundgesetz. Das geplante Sondergesetz schreibt nur einige rechtsstaatliche Selbstverständlichkeiten fest, ohne in der Substanz von der verfassungswidrigen Berufsverbotspraxis abzugehen. Es gibt kein „demokratisches" Berufsverbot, ebensowenig, wie es ein demokratisches Sozialistengesetz 1878, ein demokratisches „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" 1933 oder einen demokratischen Adenauer-Erlaß 1950 gegeben hat. Zwei Jahre Ministerpräsidentenbeschluß haben gezeigt, daß Berufsverbot und Sondergesetz einen großangelegten Angriff der CDU/CSU und ihrer Verbündeten in Wirtschaft und Politik darstellen, der die fortschrittlichen Kräfte in unserem Land zurückdrängen soll. Was heute noch verfassungskonform ist, soll morgen nach dem Diktat der CDU/CSU bereits „verfassungsfeindlich" und übermorgen „illegal" sein.

Diese Rechnung darf nicht aufgehen. Die Erfahrung hat gelehrt, wer in der Weimarer Republik die Verfassung aushöhlte und schließlich der faschistischen Regierung den Weg bahnte, wer heute im Widerspruch zum Grundgesetz unverhohlen rassistischen Regimen wie in Südafrika und terroristischen Militärdiktaturen wie in Chile Beifall zollt: es ist dieselbe politische Rechte, die auch für Berufsverbote und Sondergesetz verantwortlich ist.

Wir fordern die Bürger unseres Landes auf, gegen Berufsverbote und Sondergesetz in solidarischer Betroffenheit Front zu machen. Jeder ist bedroht!
Der Ministerpräsidentenbeschluß muß aufgehoben werden!
Berufsverbote und Gesinnungsschnüffelei müssen aufhören!
Das Sondergesetz darf nicht durchkommen!

Bis Anfang Oktober schlossen sich dem Manifest gegen Berufsverbote und Sondergesetz über 900 Personen, vorwiegend Wissenschaftler, Lehrer, Schriftsteller, an. Darunter:

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Frankfurt/M, Hochschullehrer — Prof. Dr. Wilhelm Alff, Braunschweig, Hochschullehrer — Peter Becker, Marburg, Rechtsanwalt — Prof. Dr. Max Benseler, Paderborn, Hochschullehrer — Prof. Dr. Ernst Bloch, Tübingen, Hochschulleher — Emil Carlebach, Frankfurt/M, Redakteur — Prof. Dr. Wolfgang Däubler, Tübingen, Hochschullehrer — Franz Josef Degenhardt, Hamburg — Dr. Karlheinz Deschner, Haßfurt, Schriftsteller — Ingeborg Drewitz, Berlin, Schriftstellerin — Prof. Dr. Fritz Eberhard, Berlin, Hochschullehrer — Dr. Rolf Eckart, München, Lehrer — Bernt Engelmann, Rottach-Berg, Schriftsteller — Kai Fischer, München, Schauspielerin — Eike Gerken, Frankfurt/M, Funkjournalist — Prof. Dr. Wilfried Gottschalch, Bremen, Hochschullehrer — Max von der Grün, Dortmund, Schriftsteller — Anton-Andreas Guha, Wiesbaden, Journalist — Peter Härtling, Walldorf, Schriftsteller — Heinrich Hannover, Bremen, Rechtsanwalt — Michael Höhn, Duisburg, Pfarrer — Prof. Dr. Urs Jaeggi, Berlin, Hochschullehrer — Prof. Dr. Walter Jens, Tübingen, Hochschullehrer — Prof. Dr. Arno Klönne, Paderborn, Hochschullehrer — Hans Jörg Martin, Wedel, Schriftsteller — Gerhard Melzer, Duisburg, Pfarrer — Prof. Dr. Oskar Negt, Hannover, Hochschullehrer — Dinah Nelken, Berlin, Schiftstellerin — Robert Neumann, Locarno, Schriftsteller — Günter Pfitzmann, Berlin, Schauspieler und Regisseur — Dr. Fritz J. Raddatz, Hamburg, Privatdozent — Jürgen Roth, Frankfurt/M, Schriftsteller — Dieter Süverkrüp, Düsseldorf, Graphiker — Paul Schallück, Köln, Schriftsteller — Volker Schlöndorff, München, Regisseur — Robert Wolfgang Schnell, Berlin, Schriftsteller — Wolfgang Staudte, Berlin, Regisseur — Prof. Dr. Michael Theunissen, Heidelberg, Hochschullehrer— Prof. Dr. Karl Hermann Tjaden, Marburg, Hochschullehrer — Margarethe v. Trotta, München, Schauspielerin — Prof. Dr. Ernst Tugendhat, Heidelberg, Hochschullehrer — Martin Walser, Nußdorf, Schriftsteller — Peter Zadek, Bochum, Regisseur — Gerhard Zwerenz, Nieder-Roden, Schriftsteller.

Zustimmungserklärungen sind zu richten an die Geschäftsstelle des Bundes demokratischer Wissenschaftler, 355 Marburg, Universitätsstraße 62.

Dieses Manifest soll auch als Anzeige in Zeitungen erscheinen. Deshalb bitten wir die Unterzeichner um Spenden auf das Konto des Bundes demokratischer Wissenschaftler Nr. 462, Marburger Volksbank, Stichwort „Manifest". BdWi

Beschäftigungsrückgang durch technischen und strukturellen Wandel

Ab- und Zunahme der Beschäftigten in 43 Branchen der Industrie der BRD und Westberlins von 1962 bis 1972 *)

Den nachstehenden Überblick über Strukturveränderungen der Beschäftigtenzahl in den 43 hauptsächlichen Industriebranchen der Bundesrepublik von 1962—1972, der Rückschlüsse auf die sozialen Auswirkungen von Automation, Rationalisierung und Konzentration erlaubt, stellte die Abteilung Automation beim Bundesvorstand der IG Metall, Frankfurt/M, zusammen. D. Red.

Industriezweig	Beschäftigte Personen		Zu- bzw. Abnahme		Nettoproduktionsvolumen in Preis. von 1962	effekt. jährl. Arb.-Zeit je Beschäftigtem	Arbeitsproduktivität je Beschäft.-stunde
	1962	1972	absolut	in v. H.	in v. H.	in v. H.	in v. H.
	1	2	3	4	5	6	7
	Rückläufige Beschäftigtenzahl						
1) Eisenerzbergbau	15 650	3 367	— 12 283	— 78,3	— 60,2	— 13,1	106,2
2) Ledererzeugende Industrie	30 595	11 603	— 18 992	— 62,0	— 15,4	— 2,7	123,0
3) Kohlenbergbau	486 723	251 969	— 234 754	— 48,2	— 25,9	— 14,1	65,6
4) Kali- und Steinsalzbergbau sowie Salinen	22 665	12 799	— 9 866	— 43,5	40,6	— 6,5	166,5
5) Erdöl- und Erdgasgewinnung	11 704	6 658	— 5 046	— 43,1	180,6	— 0,1	398,9
6) Tabakverarbeitende Industrie	48 520	28 507	— 20 013	— 41,2	48,0	— 7,1	171,4
7) Sonstiger Bergbau [1])	12 732	7 800	— 4 932	— 38,7	7,8	— 6,4	88,3
8) Mahl- und Schälmühlenindustrie	15 047	10 553	— 4 494	— 29,8	— 9,1	— 4,5	35,5
9) Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe erzeugende Industrie	82 812	65 762	— 17 050	— 27,3	60,8	— 7,2	118,3
10) Zuckerindusrtie	15 930	11 808	— 4 122	— 25,9	44,3	— 8,9	113,8
11) Schuhindustrie	102 963	77 124	— 25 839	— 25,0	— 6,5	— 7,6	34,9
12) Eisen-, Stahl- und Tempergießereien	145 617	111 265	— 34 352	— 23,5	— 0,4	— 7,9	41,5
13) Textilindustrie	589 590	458 108	— 131 482	— 22,3	42,5	— 5,6	94,4
14) Sägewerke und holzbearbeitende Industrie	86 655	67 723	— 18 932	— 21,0	50,5	— 5,0	103,0
15) Schiffbau	92 973	75 324	— 17 649	— 18,9	33,4	— 4,7	72,9
16) Feinkeramische Industrie	89 337	75 719	— 13 618	— 15,2	20,5	— 8,4	55,4
17) Eisenschaffende Industrie	362 515	311 893	— 50 622	— 13,9	40,0	— 5,4	72,1
18) Ölmühlen- und Margarine-Industrie	16 918	14 895	— 2 023	— 11,9	28,4	— 4,6	52,8
19) Lederverarbeitende Industrie	40 925	37 226	— 3 699	— 9,0	16,8	— 10,4	43,5
20) Musikinstrumenten-, Spiel-, Schmuckwaren- und Sportgeräte-Industrie	58 606	56 439	— 2 167	— 3,7	39,6	— 9,1	59,6

21)	Industrie der Steine und Erden	263 510	241 457	— 22 053	— 8,3	51,5	— 2,4	69,4
22)	Stahl- und Leichtmetallbau	227 712	210 995	— 16 717	— 7,3	22,7	— 4,2	38,4
23)	Ziehereien und Kaltwalzwerke	72 205	68 700	— 3 505	— 4,8	— 66,7	— 1,2	77,3
24)	Bekleidungsindustrie	384 159	372 152	— 12 007	— 3,1	37,7	— 9,5	57,3
	Summe 1—24	3 276 063	2 589 846	— 686 217	— 20,9	34,7	— 6,5	.
				Stagnierende Beschäftigtenzahl				
25)	Feinmechanische und optische Industrie (einschl. Uhren-Industrie)	154 003	153 930	— 73	— 0,0	38,0	— 8,5	50,9
26)	Stahlverformung	140 257	142 083	1 826	1,3	25,8	— 4,9	30,7
27)	Glasindustrie	92 743	93 957	1 214	1,3	81,2	— 7,8	93,9
28)	Brauerei und Mälzerei	87 963	89 282	1 319	1,4	46,5	— 6,4	54,3
29)	Eisen-, Blech- und Metallwaren-Industrie	406 659	412 483	5 824	1,4	73,6	— 3,5	77,5
30)	NE-Metallhütten, Umschmelz- und Halbzeugwerke	84 581	87 143	2 562	3,0	68,5	— 4,8	71,8
31)	Restliche Nahrungs- und Genußmittelindustrie	339 613	351 385	11 772	3,4	52,5	— 4,8	54,9
	Summe 25—31	1 305 819	1 330 263	24 444	1,7	75,4	— 6,1	.
				Expandierende Beschäftigtenzahl				
32)	Holzverarbeitende Industrie	221 767	237 001	15 234	6,8	96,3	— 5,0	93,4
33)	Maschinenbau	1 056 665	1 154 323	97 658	9,2	31,4	— 6,8	29,2
34)	Druckerei- und Vervielfältigungsind.	201 335	220 482	19 147	9,5	62,6	— 8,8	63,0
35)	Papier und Pappe verarbeitende Industrie	119 997	132 519	12 522	10,4	70,7	— 7,6	67,4
36)	NE-Metallgießereien	27 236	30 110	2 874	10,5	39,5	— 6,3	34,7
37)	Elektrotechnische Industrie	919 607	1 058 415	138 808	15,0	104,8	— 8,0	93,5
38)	Chemische Industrie [2]	502 245	584 164	81 919	16,3	163,3	— 8,0	146,1
39)	Mineralölverarbeitung	31 513	37 136	5 623	17,8	127,0	— 6,7	106,8
40)	Gummi und Asbest verarbeitende Industrie	112 552	135 657	23 105	20,5	68,1	— 8,5	48,0
41)	Straßenfahrzeugbau	437 737	609 201	171 464	39,1	82,5	— 9,1	44,4
42)	Luftfahrzeugbau	25 967	40 143	10 176	54,6	100,0	— 10,9	45,9
43)	Kunststoffverarbeitende Industrie	100 731	180 979	80 248	79,6	270,9	— 5,2	117,7
	Summe 32—43	3 757 352	4 420 130	662 778	17,6	95,1	— 7,6	.
	Industrie insgesamt [3]	8 339 234	8 340 239	1 005	0,0	64,4	— 7,3	76,5

Zusammengestellt von der Abteilung Automation, IG Metall, Frankfurt/M

*) Quelle: Eigene Berechnungen aus: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung „Produktionsvolumen und -potential, Produktionsfaktoren der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland einschl. Saarland und West-Berlin", Statistische Kennziffern, 14. Folge, 1961—1972, Westberlin Dezember 1973 (Rolf Krengel, Egon Baumgart, Arthur Boneß, Rainer Pischner und Käthe Droege).

1) Metallerzbergbau, Flußspat-, Schwerspat-, Graphit, sonstiger Bergbau und Torfindustrie.

2) Einschließlich Kohlenwertstoffindustrie und chemische Fasererzeugung.

3) Ohne öffentliche Energiewirtschaft und ohne Bauhauptgewerbe.

Im

Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Philipps-Universität Marburg

ist eine

H 3-Professur (Hess.Bes.G.) für Wissenschaftliche Politik

zu besetzen.

Der Bewerber soll auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen (speziell der Außenpolitik entwickelter kapitalistischer Staaten) und/oder auf dem Gebiet der Analyse der Unterentwicklung und der sozialen und nationalen Emanzipationsbewegung in Ländern der „Dritten Welt" ausgewiesen sein.

Es wird als selbstverständlich erwartet, daß der Bewerber bereit ist, die demokratischen Bestrebungen zur Reform von Studium und Wissenschaftsorganisation weiter zu entwickeln.

Bewerber mit entsprechender wissenschaftlicher Qualifikation und Lehrerfahrung werden gebeten, ihre Unterlagen (Zeugnisse; Lebenslauf, der insbesondere über den wissenschaftlichen Werdegang und die bisherige Lehrtätigkeit Auskunft gibt; Schriftenverzeichnis und Auswahl wichtiger Publikationen) bis zum 15. 11. 1974 an den Präsidenten der Philipps-Universität, 355 Marburg (Lahn), Biegenstraße 10, zu senden.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 3,—), zuzüglich DM 0,30 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,—. Herausgeber: Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby, Karl Graf v. Westphalen. Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln; Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Verlag und Vertrieb: 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115, Telefon 36 25 01. Redaktion: 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 183, Telefon 36 22 41. Postscheck: Köln 65 14-503. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfr. 28,—/56,—; öSch. 175,—/350,—; hfl. 25,—/50,—; bfr. 360,—/720,—; franz. fr. (NF) 43,—/86,—; £ 3,75/7,50; Lire 5500,—/11000,—; dkr. 55,—/110,—; nkr. 50,—/100,—; skr. 40,—/80,—; $ 9,50/19,—. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

BUTTERWEGGE, Christoph, geb. 1951 in Albersloh/Krs. Münster, Diplomand der Sozialwissenschaft an der Universität Bochum; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HUDY, Harald,* geb. 1947 in Bottrop, Gerichtsreferendar; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *OSTROWSKY, Jürgen,* geb. 1945 in Kattowitz, Studium der wissenschaftlichen Politik und der Soziologie, Wissenschaftlicher Angestellter an der Universität Marburg; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *REUVERS, Hans-Bert,* geb. 1946 in Oedt, Krs. Kempen-Krefeld, Studium der Geschichte, Philosophie und Pädagogik an der Universität Münster. *** *RAUSCHEL, Jürgen,* geb. 1936 in Landshut (Schlesien), freier Wirtschaftsjournalist in Westberlin; zahlreiche Zeitungs- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *SPRIGATH, Dr. Gabriele,* geb. 1940 in Eisleben, Kunstwissenschaftlerin, lebt in München; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *NEUMANN, Thomas,* geb. 1937 in Weimar, Soziologe, z. Z. Dozent an der Fachhochschule Hamburg, Fachbereich Sozialpädagogik. *** *KRUSEWITZ, Knut,* geb. 1941 in Hildesheim, Studium der Pädagogik und der Politikwissenschaft in Darmstadt, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften an der TH Darmstadt; Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegen Werbekarten der Zeitschrift „päd. extra" und der „Deutschen Volkszeitung", ein Gesamtverzeichnis und ein Remittendenangebot des Pahl-Rugenstein Verlags sowie eine „Blätter"-Werbekarte bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

A. Diedenhofen 15
Geldern 1
Neuhausweg 22

Es schrieben bisher u. a.

Wolfgang Abendroth
Ulrich Albrecht
Frank Allaun
Günther Anders
Stefan Andres †
Manfred v. Ardenne
Otmar Frhr. v Aretin
Axel Azzola
Hans-Dieter Bamberg
Geoffrey Barraclough
Hans Werner Bartsch
Friedhelm Baukloh †
Arno Behrisch
Max Bense
Frank Benseler
Igor Bestushew
Kurt Beutler
Wilhelm R. Beyer
Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin
Dieter Boris
William Borm
Achim v. Borries
Wilfried Frhr. v. Bredow
Wilhelm M. Breuer
Klemens Brockmöller
Fenner Brockway
Vittorio de Caprariis
John Collins
Eberhard Czichon
Wilfried Daim
Wolfgang Däubler
Frank Deppe
Hans-Ulrich Deppe
Karlheinz Deschner
Philippe Devillers
Roshan Dhunjibhoy
Johannes Dieckmann †
Barbara Dietrich
Klaus Ehrler
Bernt Engelmann
Hans Magnus Enzensberger
Hermann Etzel
Ossip K. Flechtheim
Friedrich Wilhelm Foerster †
Gertrud v. le Fort †
Wolfgang Friedmann
Erich Frister
Klaus Fritzsche
Georg Fülberth
Hans-Jochen Gamm
Christian Geißler
Albrecht Goes
Werner Goldschmidt
Helmut Gollwitzer
Wilfried Gottschalch
Walter Grab
Kurt R. Grossmann
Heinrich Grüber
Max von der Grün
Dshermen Gwischiani
Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
Martin Hall
George W. F. Hallgarten
Hildegard Hamm-Brücher
Heinrich Hannover
Friedrich Heer
Hans G. Helms
Ernst Henry
Werner Otto v. Hentig
Sebastian Herkommer
Joachim Hirsch
Werner Hofmann †
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
J. L. Hromadka †
Jörg Huffschmid
Nikolai Inosemzew
Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Walter Jens
Gerhard Kade
William K. Kapp
Matti Kekkonen
Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Hellmuth Kirst
Dietrich Kittner
Friedrich Klein
Arno Klönne
Heinz Kloppenburg
Oswald A. Kohut
Karsten Kullmann
Erich Küchenhoff
Reinhard Kühnl
Helmut R. Külz
Karl Kupisch
Manfred Lachs
Bernard Lavergne
Stephan Leibfried
Sidney Lens
Walter Lewald
Carlo Levi
Albert J. Luthuli
Gérard Lyon-Caen
Werner Maihofer
Iwan Maiski
Bodo Manstein
Basil Mathiopoulos
L. L. Matthias †
Gunnar Matthiessen
Ernst May †
Seymour Melman
Daniil Melnikow
Eberhard Menzel
Jules Moch
Herbert Mochalski
Wayne Morse
Friedrich Müller
Kalixte Mukendi
Wolf-Dieter Narr
Oswald v. Nell-Breuning
Friedrich Neunhöffer
Knut Nevermann
Friedhelm Nyssen
Gustav Obermair
Paul Oehlke
Reinhard Opitz
Hans Joachim Orth
László Márton Pákozdy
Sven G. Papcke
Wolfgang Plat
Linus Pauling
Helveg Petersen
Claudia Pinl
Ulf Preuss-Lausitz
Ulrich K. Preuß
Helge Pross
L. A. Puntila
Adam Rapacki †
Harold Rasch
Albert J. Rasker
Hermann Rauschning
Marcel Reding
Marianne Regensburger
Michael Regus
Gerhard Reintanz
Stefan Reisner
Rolf Rendtorff
Felix Rexhausen
Helmut Ridder
Renate Riemeck
Rainer Rilling
Alfred Rinken
Henry Rolin
Günther Rose
Peter Römer
Wolfgang Ruge
Hans Karl Rupp
Bertrand Russell †
Paul Schallück
Franz R. Schick
Theo Schiller
Josef Schleifstein
Richard Schmid
Franz Paul Schneider †
Robert Scholl †
Rudolf Schottlaender
Conrad Schuhler
Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silverman †
Ulrich Sonnemann
Ilse Staff
A. S. Graf v. Stauffenberg †
Max Steenbeck
Gerhard Stuby
Horst Symanowski
Jerzy Sztucki
Bassam Tibi
Tomas Torsvig
Dragoljub Trailović
Grigori Tunkin
John E. Ullman
Imre Vajda †
Fritz Vilmar
Todor Vladigerov
Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
Roderich Wahsner
H. Günter Wallraff
William Warbey
James P. Warburg
Rudolf Weckerling
Günther Weisenborn †
Wilhelm Wengler
Hans Wirtz †
Michail Woslenski
Konni Zilliacus †
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Autoren dieses Heftes

BUTTERWEGGE, Christoph, geb. 1951 in Albersloh/Krs. Münster, Diplomand der Sozialwissenschaft an der Universität Bochum; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HUDY, Harald,* geb. 1947 in Bottrop, Gerichtsreferendar; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *OSTROWSKY, Jürgen,* geb. 1945 in Kattowitz, Studium der wissenschaftlichen Politik und der Soziologie, Wissenschaftlicher Angestellter an der Universität Marburg; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *REUVERS, Hans-Bert,* geb. 1946 in Oedt, Krs. Kempen-Krefeld, Studium der Geschichte, Philosophie und Pädagogik an der Universität Münster. *** *RÄUSCHEL, Jürgen,* geb. 1936 in Landshut (Schlesien), freier Wirtschaftsjournalist in Westberlin; zahlreiche Zeitungs- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *SPRIGATH, Dr. Gabriele,* geb. 1940 in Eisleben, Kunstwissenschaftlerin, lebt in München; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *NEUMANN, Thomas,* geb. 1937 in Weimar, Soziologe, z. Z. Dozent an der Fachhochschule Hamburg, Fachbereich Sozialpädagogik. *** *KRUSEWITZ, Knut,* geb. 1941 in Hildesheim, Studium der Pädagogik und der Politikwissenschaft in Darmstadt, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften an der TH Darmstadt; Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegen Werbekarten der Zeitschrift „päd. extra" und der „Deutschen Volkszeitung", ein Gesamtverzeichnis und ein Remittendenangebot des Pahl-Rugenstein Verlags sowie eine „Blätter"-Werbekarte bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.